

Trotzige Kommentare



veröffentlicht in Trend-Onlinezeitung
2005-2011

Herausgegeben von Robert Schlosser

Inhaltsverzeichnis

Hexenglaube und Antisemitismus	5
Klassenkämpfe nur systemimmanent? Quark!	6
Eine notwendige Korrektur „ökonomischer Wissenschaft“: nicht Wachstum, sondern Moral schafft Lohnarbeitsplätze!	7
„Avantgardepädagogik“	10
Die „Linke“ wird nicht dadurch stärker, dass sie richtige Erkenntnisse durch falsche ersetzt, um modern zu sein!	13
Müssen wir bald Hartz 4 verteidigen? – oder das traurige Drama „der Bewegung“ in Deutschland.....	16
NRW - Die neue Partei der Arbeiter ist endlich gefunden	19
Sozial ist, was Arbeit abschafft!.....	20
Damit zusammen wächst, was zusammen gehört - die Natur des Menschen, die Natur des Goldes und die Natur des Geldes	23
Über Regulation und Deregulation – eine oft verquer geführte Diskussion	26
Es gibt keine Richtungswahl! – Lohnarbeitslosigkeit lässt sich nicht abwählen!	30
Lafontaines Nationalismus	33
Es gibt Bedingungen des geforderten „Bedingungslosen Grundeinkommens“!	36
Rente mit 67? Ein Fall typischer kapitalistischer Gleichmacherei	38
Das letzte Wort der Pädagogik oder The cry for law and order!	41
Privater Wohlstand und „öffentliche Armut“ (Urlaubseindrücke mit ein paar ausschweifenden Gedanken).....	44
Über „Wertschöpfung“ – oder warum die Politische Ökonomie heute mehr über den kapitalistischen Produktionsprozess weiß als ihre modernen Kritiker	46
Dortmunder Anti-Faschismus	49
"Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen!"	51
Über die Schaffung und den Erhalt von Lohnarbeitsplätzen	54
Wie die Ökonomie so arbeitet – schwere Arbeitsunfälle im Kapitalismus	57
Über Privatisierung und „Sozialstaat“	59
Aus Anlass des bevorstehenden Parteitag der Grünen:	62
Die Wölfe fressen jetzt Kreide.	62
Den Fahrstuhl nach unten kann man nicht nur mit tariflichem Lohnkampf stoppen!.....	64
(Der Wert der Ware Arbeitskraft und der Streik der Lokführer/GDL).....	64
Unterwegs im Auftrag des Kapitals	67
Was nicht verwertbar ist, muss vernichtet werden!	68
Das Versagen des kapitalistischen Privateigentums hat viele Gesichter	70
Eine staatliche Bürgschaft für Opel?.....	74
Tagträumereien nach der Bundestagswahl	76
Unterschriften sammeln für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro Mindestlohn??	82

Mehr Netto vom Brutto!?	84
„Eins, zwei, drei und vier ... Arbeitsplätze wollen wir!“ Wirklich??	85
Ideologische und wissenschaftliche Begriffe. Womit arbeiten wir?	89
Die Grünen und ihre „lustigen“ Parolen im Landtagswahlkampf NRW	92
Vom Einzelkapital als Souverän	93
Ein Stück alljährlicher Gehirnwäsche – oder wie Deutschland sich soziale Befreiung wünscht	95
Über die „Zentralität von Lohnarbeit“ im Kapitalismus	96
Abschalten! (Kernschmelzen – oder was Kapital und Atomenergie gemein haben)	100
Sind AKWs „systemrelevant“?	101
Anti-AKW-Bewegung - Eigentlich ganz traditionell sozialistisch?	103
Wirklich eine neue antikapitalistische Organisation?	105
Staatsverschuldung oder der Zusammenbruch der kapitalistischen Marktwirtschaft findet im Staatsbankrott seinen angemessenen Ausdruck	106
Schulden, Kreditfinanzierung und Zinsen – Staat und Kapital	109
Stuttgart 21 – bloß „bürgerbewegter Protest“?	113

Hexenglaube und Antisemitismus (Dialektik der Aufklärung?)

Heute, am 10.01.2005, laß ich in der FR einen Artikel über Hexenglaube und Hexenverfolgung in Ghana. Hexen werden für die unangenehmen Wechselfälle des Lebens, private und gesellschaftliche Katastrophen, verantwortlich gemacht, sprich Missernten durch Trockenheit etc., Krankheit usw. Man zwingt sie Gift zu nehmen, lyncht sie oder vertreibt aus der menschlichen Gemeinschaft, gestattet ihnen ausnahmsweise ein ghettohaftes Leben in speziellen Dörfern, am Rande der Gesellschaft.

Das kam mir bekannt vor und löste folgende Gedankengänge aus:

Offenbar gibt es in vorindustriellen, noch ganz von der Natur beherrschten Gesellschaften ähnliche Mechanismen, wie in hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, mit ihrer verallgemeinerten Warenproduktion. Sind die unangenehmen Wechselfälle des Lebens in vorkapitalistischen, nicht industrialisierten Gesellschaft noch ganz von der Natur bestimmt, so sind sie in hoch entwickelten Gesellschaften Produkt der verallgemeinerten Warenproduktion selbst. (Krisen aus Überfluss etc.)

Was die Hexe in den alten Gesellschaften, ist „der Jude“ in den modernen Gesellschaften. Ideologisch gesehen bildete das Christentum die Brücke, brachte die Hexenverfolgung zur Perfektion und zum Abschluss und bereitete den Antisemitismus moderner Gesellschaften vor. „Der Jude“ ist der Geldbesitzer und Wucherer, Repräsentant und Personifikation der quasi-natürlichen gesellschaftlich verursachten Katastrophen. Wie der Hexe, wird ihm Macht zugesprochen, Böses zu bewirken. Seine Macht beruht nicht auf übersinnlichen Kräften, sondern auf dem Geld. Als Personifikation der gleichsam übersinnlichen Macht des Geldes ist er der Verursacher alles Bösen. Der Nationalsozialismus sattelte noch einen drauf, indem er diese Personifikation der gleichsam übersinnlichen Macht des Geldes, biologistisch-rassistisch in der „Natur“ der Juden veranlagt sah, und so die Bekämpfung des „Geldjuden“ zu einer Sache der physischen Liquidierung der Juden machte.

Was nicht erklärt werden kann, etwa eine allgemeine Krise der Kapitalreproduktion und das daraus resultierenden soziale Desaster, wird einer bösen Macht zugeschoben, die dann verfolgt und vernichtet werden soll. Die Aufklärung bereitete dem Hexenwahn vor dem Hintergrund der Durchsetzung des Kapitalverhältnisses ein Ende. Dies gelang ihr vor allem durch Mehrung der naturwissenschaftlichen Kenntnisse, die durch natürliche Vorgänge verursachte gesellschaftliche Katastrophen und Krankheiten erklären konnte. Die mit der Aufklärung sich entwickelnden Gesellschaftswissenschaften, vor allem in Gestalt der Nationalökonomie, verkündeten dagegen, dass der marktförmige Zusammenhang der Kapitalreproduktion zum Gleichgewicht tendiere und als solcher keinerlei gesellschaftliche Katastrophe verursache. Jedes Angebot verschafft sich eine entsprechende kaufkräftige Nachfrage. Im „Normalfall“ wird damit der Bankrott eines Unternehmens durch Missmanagement erklärt und die Lohnarbeitslosigkeit durch Fehlverhalten der Individuen. Im Falle grundlegender und anhaltender Schwierigkeiten der Kapitalverwertung reichen diese Erklärungsmuster aber nicht aus und so muss eine böse Macht ersonnen werden, die an dem Desaster Schuld ist. In Bezug auf ihren aufklärerischen Gehalt über die Gesellschaft steht die ökonomische Wissenschaft etwa auf dem gleichen Niveau, wie die religiös geprägte

Naturanschauung vor den modernen Naturwissenschaften. Was sie mit ihrer ökonomischen Logik nicht erklären kann, verlangt nach anderer Erklärung. Das Böse wird personifiziert, damit es angreifbar wird. Hexen hier, Juden da.

Die Kritik der Politischen Ökonomie muss bezüglich der Überwindung des modernen Antisemitismus das gleiche leisten, wie die Naturwissenschaften bezüglich des Hexenglaubens. Aber so, wie die Überwindung des Hexenglaubens nur möglich wurde vor dem Hintergrund der Industrialisierung und der Verallgemeinerung der Warenproduktion, so kann die Überwindung des Antisemitismus nur erfolgreich sein, vor dem Hintergrund unmittelbar gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse des Kommunismus. Die Kritik der Politischen Ökonomie kann also die Überwindung des Antisemitismus nur vorbereiten, in dem sie beweist, dass das Kapitalverhältnis und nicht die böse Macht des geldbesitzenden Juden Ursache des gesellschaftlich produzierten Unglücks ist.

Der „böse Jude“ ist nichts als eine Projektion, die aus einem scheinbar naturhaften gesellschaftlichen Zusammenhang erwächst, dessen Wirkzusammenhang nicht erklärt und verstanden ist. „Der Jude“ steht für die die katastrophischen Misserfolge dieser Gesellschaftsformation ein. Das, was wir unter dem Begriff der Aufklärung verstehen, war nichts als ein begrenzter Erkenntnis-schritt vorwärts in der menschlichen Gesellschaft. Die Kritik der Politischen Ökonomie vollendet nicht nur die Philosophie, sondern bringt damit zugleich eine neue Phase der Aufklärung zum Abschluss. Der Antisemitismus wird erst verschwinden mit der Verallgemeinerung der Erkenntnisse der Kritik der Politischen Ökonomie und mit der Überwindung jener Verhältnisse, die die gesellschaftlichen Katastrophen produzieren. In Zusammenarbeit mit Herrn Bush und Co. ist diese Aufgabe sicher nicht zu bewältigen!

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 01/2005

Klassenkämpfe nur systemimmanent? Quark!

Es ist noch nicht lange her, da hat die Bochumer Opel-Belegschaft eine Woche lang keine Autos produziert und sich „gut informiert“, über das was das Management mit ihr vor hat und was mensch dagegen tun könnte. Wir verdanken es tiefschürfender, fundamental wertkritischer Erkenntnis, dass Kämpfe, wie diese „lang anhaltende Informationsveranstaltung“ nicht zur Abschaffung von Ware und Geld führen können. Was unsere Neunmalklugen bei ihren Wirklichkeitsverbiegungen gern übersehen ist unter anderem folgendes:

1. Ca. eine Woche lang wurde die Ware Opelauto nicht produziert und folglich konnte Opel diese nicht produzierte Ware auch nicht verhökern und in Geld umwandeln.
2. Der so oft nichts sagend strapazierte „abstrakte Sachzwang von Ware und Geld“, der die „Warensubjekte“ angeblich unterschiedslos und vollständig beherrscht, versagte für eine Woche seinen Dienst. Sie taten nicht, wie ihnen geheiß!
3. Damit stockte und stoppte für ca. eine Woche die Verwertung eines Einzelkapitals, das ökonomische Gesetz der Verwertung von Wert war einen Moment lang und einem Ort außer Kraft gesetzt.

-
4. Die Menschen verweigerten einen Moment lang nicht nur dem abstrakten, ökonomischen Sachzwang ihre Gefolgschaft, sondern auch den Funktionären des Kapitals. Sie folgten nicht dem fremden Kommando über ihre Arbeitskraft. Sie wurden „vertragsbrüchig“ und stellten damit das Rechtsgefüge der kapitalistischen Warenproduktion in Frage.

Das alles sind sehr bedeutsame Ereignisse, vor allem für diejenigen, die daran beteiligt waren. In solchen Auseinandersetzungen wird soziales Lernen unter Lohnabhängigen möglich, wie sonst nirgends. Es wird möglich, weil durch das Verhalten der Menschen der abstrakte ökonomische Sachzwang durchbrochen und für einen Moment aufgehoben wurde. Ohne solche Kämpfe wird die Überwindung des Kapitalismus allenfalls eingebildete Fiktion der selbsternannten „Weisen des Abendlandes“ bleiben.

Es geht hier nicht darum, eine hohes Lied auf eine nicht vorhandene revolutionäre Arbeiterbewegung anzustimmen, etwas in einen Streik hinein zu interpretieren, was er nicht ist und nicht sein kann, aber es geht darum, dass Sozialrevolutionäre eine angemessen positive Einstellung zu den angeblich bloß „systemimmanenten Klassenkämpfen“ wieder gewinnen und erkennen, welche Potenzen in solchen Auseinandersetzungen schlummern. Wer den Systembruch, den ein solcher Streik bedeutet, nicht erkennen kann, der weiß nicht, was das System ist!

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 02/2005

Eine notwendige Korrektur „ökonomischer Wissenschaft“: nicht Wachstum, sondern Moral schafft Lohnarbeitsplätze!

Seit vielen Jahren ziehen die „Sachverständigen“ und ökonomische Experten jeder Couleur durch das Land und wollen die kapitalistische Lohnarbeitslosigkeit beseitigen. Gebetsmühlenartig verkünden sie ihr einzeigartiges „Knowhow“ in Sachen sozialer, kapitalistischer Wohlfahrt:

Das Wachstum ist zu schwach! Um die Lohnarbeitslosigkeit zu beseitigen brauchen wir einfach mehr Wachstum! Damit mehr Wachstum entsteht, müssen die Unternehmen höhere Gewinne machen, um investieren zu können. Wie das alles zu bewerkstelligen ist, weiß ein Mensch mit ökonomischem Sachverstand natürlich auch:

Durch längeres Arbeiten, durch niedrigere Löhne, durch Abbau von sozialen Leistungen etc. Spätestens die Kohl-Genscher-Wende hat dafür gesorgt, dass diese Rezepte zum Leitfaden der Politik wurden. Die rot-grüne Bande machte da weiter, wo ihre Vorgänger aufgehört hatten, sogar noch „nachhaltiger“. (Grün stand ja schon immer für „Nachhaltigkeit“ in der Politik!)

Ende 2004 las ich auf einer Internetseite:

„Gut 62 Milliarden Euro werden die 30 im Dax gelisteten Firmen nach Schätzungen der Analysten von Thomson Financial am Jahresende eingefahren haben. Topscoorer ist der DaimlerChrysler- Konzern, der seine Gewinne im Vergleich zu 2003 um 677 Prozent steigern konnte. Die Deutsche Telekom folgt mit 238 Prozent, die Münchener Rück macht vor Steuern voraussichtlich 136 Prozent mehr Geld, bei ThyssenKrupp werden es 94 Prozent sein. Insgesamt stieg der Vorsteuer-Gewinn aller 30 Unternehmen um 112 Prozent.“

Wenn das keine Gewinne sind!?! Das sind stolze Zahlen und sie lassen sich leicht durch andere stolze Zahlen ergänzen. Jetzt aber geht ein Aufschrei durchs Land! Der Wert(ab)schöpfer

Ackermann von der Deutschen Bank legte die beeindruckenden Zahlen des Gewinnwachstums (fast 90%) dieser „segensreichen“ ebenso deutschen wie kapitalistischen Institution vor und kündigte gleichzeitig an, dass über 6000 MitarbeiterInnen von der Last der Lohnarbeit „befreit“ werden sollen, damit es auch künftig so ein beeindruckendes Gewinnwachstum geben wird. Ackermanns Adjutant, der „Chefvolkswirt“ der Deutschen Bank, Norbert Walter, möchte die Gemüter beruhigen, in dem er darauf verweist, dass die meisten der Lohnarbeitsplätze ja nicht in Deutschland, sondern im Ausland wegfallen! (FR vom 09.02.2005) Damit hat er das deutsch-nationale Gemüt schon fast für sich eingenommen und die NPD wird erfreut sein! Und merke: Wenn Franzosen, Engländer etc. lohnarbeitslos werden, dann soll das den deutschen Michel nicht jucken!

Auch der ach so liberale Olaf Henkel, ehemals BDI-Chef, gibt sich deutsch-national und findet die Debatte um Ackermanns Entscheidung „verlogen und unberechtigt“. Schließlich wolle der Herr Ackermann die Deutsche Bank nur vor Übernahme aus dem Ausland bewahren. Wenn das keine deutsch-nationale Gesinnung ist, obendrein noch von einem Schweizer demonstriert! Sozial sein heißt eben deutsch sein! Das kommt uns bekannt vor!

Wie war das noch? Durch höhere Gewinne zu mehr Investition und Wachstum und so mehr Lohnarbeitsplätze. Selbst eine Zeitung wie die FR bemerkt dazu:

„Dieser Leitsatz stimmt nicht mehr: Wenn Unternehmen Gewinne machen, investieren sie und es gibt genügend Wachstum, damit sie Arbeitslose einstellen. Für diesen Glaubenssatz spricht die Hoffnung, sonst nichts.“ (FR vom 15.02.2005)

Und in einem weiteren Kommentar der FR heißt es:

„Wer nicht das System als ganzes in Frage stellen will, sollte deshalb prüfen, ob Ackermann dessen eigenen ökonomischen Ansprüchen genügt.“ (FR vom 11.02.2005)

Und wer will das schon, das System als ganzes in Frage stellen? Niemand, denn alle, um die es hier geht, leben wie die Maden im Speck in diesem System, die Politiker und die Manager! Irgendwie blamieren die Ackermanns die bürgerliche Politik bis auf die Knochen! Besser noch, diese „Pragmatiker“ strafen ihre eigenen hohlen Phrasen und die der bürgerlichen Politik als Ideologie in ihrer blödesten Form lügen. Ja, ja, die Gewinne von heute sind die Investitionen und Lohnarbeitsplätze von morgen ... aber das kann dauern! Und so bleibt besonders den „Spezialdemokraten“ in Partei und Gewerkschaften nicht viel mehr als die moralische Empörung. Frau Simonis beispielsweise, 1. Vorsitzende des Landes Schleswig-Holstein etwa hat ja (ökonomisches) Verständnis dafür, dass ein existenziell bedrohtes, mittelständisches deutsches Unternehmen in ein Land geht, wo der Stundenlohn bei 5 und nicht bei 15 Euro liegt. (Interview mit der FR vom 07.02.2005) Aber in Anbetracht dieser Gewinne? Das sei zynisch und habe mit sozialer Marktwirtschaft nichts mehr zu tun. Ist Hartz IV etwa weniger zynisch und asozial, möchte man fragen?

Herr Bütikofer von den Grünen wird ganz streng, wirft Ackermann Verantwortungslosigkeit vor und verlangt von ihm, *„er müsse auch ein guter Staatsbürger sein“*. (In der ARD, zitiert nach FR vom 09.02.2005) Dem armen Ackermann wird der Schreck in die Glieder gefahren sein!

Politik will ja Ausbeutung und Sozialraub mitgestalten (sie nennen das Verantwortung für das Gemeinwesen) und dafür die Zustimmung der Lohnabhängigen einholen. Da ist es ärgerlich, wenn die pragmatisch-blöden Phrasen „ökonomischer Vernunft“ und „sozialer Wohlfahrt“ auf

diese Weise brüskiert werden. Das macht den eigenen Auftrag, der Ausbeutung die demokratische Legitimation zu verschaffen, nicht eben leicht. Selbst ein Mann wie DGB-Chef Sommer hat nun erkannt (erstaunlich, erstaunlich), dass die Politik sich durch Hartz IV entschieden hat und die Würfel somit gefallen seien. Da man daran nichts mehr ändern könne, müsse man die „Reformen“ nun „mittragen“. (FR vom 13.02.2005) Bravo! Man hört Herrn Sommer förmlich ächzen unter der Last der Verantwortung, die so schwer mit zu tragen ist, wenn man DGB-Chef ist. In einem jedenfalls hat Olaf Henkel recht: die aktuelle Debatte um die soziale Verpflichtung des kapitalistischen Eigentums ist „verlogen“! Wirtschaft und Politik ziehen an einem Strang. Die Maßnahmen der Deutschen Bank und Hartz IV sind voll kompatibel und beides zusammen entlarvt das blödsinnige Gerede von der sozialen Verpflichtung des kapitalistischen Eigentums. Die Musik wird gespielt von der Dynamik der Kapitalakkumulation:

„Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Es wird gleich allen andren Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hierher gehört.

Man begreift die Narrheit der ökonomischen Weisheit, die den Arbeitern predigt, ihre Zahl den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals anzupassen. Der Mechanismus der kapitalistischen Produktion und Akkumulation paßt diese Zahl beständig diesen Verwertungsbedürfnissen an. Erstes Wort dieser Anpassung ist die Schöpfung einer relativen Übervölkerung oder industriellen Reservearmee, letztes Wort das Elend stets wachsender Schichten der aktiven Arbeiterarmee und das tote Gewicht des Pauperismus.

... Es folgt daher, daß im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß. Das Gesetz endlich, welches die relative Übervölkerung oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation in Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf Seite der Klasse, die ihr eignes Produkt als Kapital produziert.“ (Karl Marx, Das Kapital Bd.1, S. 673 ff)

Trend-Onlinezeitung .02/2005

„Avantgardepädagogik“

Manchmal sieht man beeindruckende Fernsehbilder.

- Eine unüberschaubare Menschenmenge an den Pilgerstätten Saudi Arabiens, die keine Mühe gescheut hatte, um hierher zu kommen, Steinchen auf den Teufel zu werfen und sich ein wenig tot zu trampeln.
- 83 000 Menschen im Westfalenstadion in Dortmund zum Rückrundenstart der Fußball-Bundesliga. Kommentar eines Fans: „Wenn Dortmund verliert, gehe ich Montag nicht zur Arbeit!“ Streikbereit?

Diese Bilder zeigen, dass auch heute noch Menschen bereit sind, sich in großen Massen zu versammeln, gemeinsame Interessen zu formulieren („Borussiaaaaaaaaaaaaaa“) oder zu gemeinsamen Aktionen zu schreiten (Steinchen auf den Teufel schmeißen). Sie tun das, wenn sie es wollen, und ihnen ist dann kaum ein Opfer zu groß. Wenn es allerdings um die Durchsetzung bestimmter sozialer Interessen geht, um Widerstand gegen das Kapital oder gar um seine Überwindung, dann schrumpft die Zahl derer, die bereit sind, sich zu versammeln und Aktionen durchzuführen.

Was hält die Menschen vom Kampf um soziale Emanzipation ab und was können die wenigen tun, die noch immer oder erneut um soziale Emanzipation kämpfen wollen?

Was sich Kommunismus nannte ist Gott sei Dank verschwunden und die neoliberale Reaktion räumt kräftig auf mit den im Kapitalismus erkämpften sozialen Reformen. Die soziale Realität ändert sich rapide, die Entwicklung des Gegensatzes von Arm und Reich nimmt die Form einer unkontrollierten Kettenreaktion an, wie bei der Kernspaltung in einer Atombombe. Der sich regende Widerstand ist schwach und doch erfreulich. Es tut sich was und schon sind sie wieder da, die mehr oder weniger linksradikalen Politiker verschiedenster Couleur. Endlich kann mensch wieder richtig was tun, keimt Hoffnung auf die erwachenden Menschenmassen. Und so sitzt man wieder in Zirkeln zusammen und berät, wie man die Massen mobilisieren und organisieren kann. Wer sich nicht allzu sehr selbst belügt, dem fällt schnell auf, dass es nicht so viele neue Gesichter in den neuen Zirkeln gibt. Diejenigen, die so tun, als hätten sie aus Fehlern gelernt und wüssten nun, wie man die Menschen in Bewegung setzt und diejenigen, die einfach mit ihren Vorstellungen „überwintert“ haben, geben nicht selten den Ton an. Es fällt auf, dass eigentlich niemand der Versammelten aus seinem Bekanntenkreis oder von seinem Lohnarbeitsplatz Leute mitbringt. Aller Gewissheit über die richtige Agitation und Ansprache zum Trotz sind es nur vereinzelt Einzelne, die sich da treffen. Niemand legt sich Rechenschaft ab über sein alltägliches Scheitern in der „Massenagitation“. Dafür weiß man aber noch immer, wer die Massen abhält, den Aufrufen und Appellen zu folgen. Man hält sich nicht lange auf damit, die eigenen Politikvorstellungen zu hinterfragen. Gott sei Dank gibt es Sozialdemokraten und alle möglichen Leute mit falschen Linien, die man für ihr schäbbiges Werk der Massenbeeinflussung brandmarken kann. Eins ist doch nach wie vor und unausgesprochen klar: die Massen wollen gegen das Kapital kämpfen, man lässt sie nur nicht.

Offenbar hat man mit diesem und jenem oder allem möglich gebrochen, aber nicht mit der guten alten Politikvorstellung der „Avantgardepädagogik“ (Postone). „Die Massen“ sind aber sehr widerständig gegen diese „Avantgardepädagogik“. Offenbar ist es nicht die Agitation der

Avantgarde, die gemeinsamen Widerstand auslösen kann, sondern nur die Erfahrung, die die einzelnen in diesem System machen und ihre ganz individuelle Verarbeitung dieser Erfahrung. Offenbar hängt das mit individuell empfundenem Leidensdruck zusammen. Die Menschen können sich jedenfalls so oder so entscheiden und sie entscheiden sich. Selbst die bürgerlichen Massenmedien veröffentlichen die sozialen Skandale ohne Ende. Aber erstens gibt es die segensreiche Erfindung der Fernbedienung, mit deren Hilfe man schnell weiterzappen kann und sich nicht mit dem Elend unserer Tage konfrontieren muss. Jeden Tag treffen Millionen in Bruchteilen von Sekunden wie selbstverständlich die Entscheidung: Lieber Heino als Monitor z.B. Wer nun gerade Heino nicht mag, der findet viele Alternativen für Momente des Glücks vor der Glotze.

Und auch für die, die sich einen Volker Pispers antun, sind deshalb noch längst nicht bereit an der nächsten Demo gegen Sozialraub teilzunehmen. Das ist ganz offensichtlich. Von Büchern wie „Nebensache Mensch“ will ich hier gar nicht sprechen. Es wurde so aufgebaut und geschrieben, dass es für die meisten Menschen verständlich ist. Es hat einen Preis, der für die meisten kein großes Opfer bedeutet. Lesen muss man es allerdings schon, die Anstrengung bleibt niemandem erspart. Das Buch ist auch nicht verboten und man muss keine Verfolgung fürchten, wenn man es liest.

Die meisten Leute sind sehr eindeutig in ihren Grundeinstellungen zu diesem System und in ihren Verhaltensweisen: Sie beklagen sich über soziale Missstände, soweit sie selbst betroffen sind. Solidarisches Kämpfen halten sie meistens für aussichtslos, weil man nie alle unter einen Hut bekommt. Überwindung des Kapitalismus halten sie nicht für wünschenswert oder meinen, dass der Kommunismus bestenfalls eine schöne Illusion sein mag, aber eben auch nicht mehr als eine Illusion. Insgesamt jedenfalls pflegen die Menschen ihre individuellen Lebensentwürfe und setzen all ihre Hoffnung darauf, dass diese glücken ... im Kapitalismus, versteht sich! ... und über allem thront der Wunsch nach möglichst viel Geld. Sollten diese Menschen wirklich auf Flugblätter und Aufrufe, auf die richtige Ansprache mit dem richtigen Thema, gewartet haben?

Es gibt eine Menge von Dingen, die in den Medien nicht oder kaum angesprochen werden und viele Anklagen werden nicht erhoben. Es sind eben bürgerliche Massenmedien, in denen der Kapitalismus, trotz diverser Enthüllungen über seine Missstände, als beste aller Welten vorgestellt wird. Darum ist es wichtig die Kritik im „öffentlichen Raum“ zu führen, also Flugblätter schreiben und verteilen, Artikel ins Internet stellen usw. Diese Kritik kann dazu beitragen, dass Menschen anfangen, ihre Erfahrung anders zu verarbeiten. Sie ist ferner wichtig dafür, dass diejenigen, die aufgewacht und bereit sind gegen den Kapitalismus zu kämpfen, oder auch nur gegen seine schlimmsten Auswüchse, sich untereinander über die Art ihrer Kritik und ihre Ziele verständigen können. Nur eins sollte man nicht damit verbinden, dass durch diese publizierten Kritiken Menschen unmittelbar „überzeugt“ und aktiv werden.

Die ständige Rasonniererei darüber, dass man noch nicht den richtigen Dreh gefunden hat, diese Massen anzusprechen oder wach zu rütteln, wirkt auf mich nur noch komisch. Das ist nämlich weder eine Frage falscher Inhalte (z. B. „Vorbild“ China, oder „richtige“ Kritik an der Arbeit, etc.) noch eine Frage der „verständlichen“ Sprache. Die Massen sind ganz unbeeindruckt ... auch von „richtiger“ Kritik und „verständlicher“ Sprache. Die absolute Mehrheit der Menschen hat nämlich

einen ganz klaren Standpunkt zu der Gesellschaft in der sie leben, sowie zu ihren eigenen Lebensvorstellungen. (Bei aller Unzufriedenheit über die Schlechtigkeit dieser Welt, soweit sie selbst betroffen sind, setzen sie doch ganz auf den „individuellen Lebensentwurf“ und halten die Gesellschaft insgesamt nicht für veränderbar.)

Dieser klare Standpunkt wird durch keinerlei „Überzeugungsarbeit“ von radikalen Kritikern des Kapitalismus zu knacken sein, sondern nur durch die soziale Erfahrung selbst und deren veränderte Wahrnehmung und Verarbeitung. Erst massenhaftes Scheitern der individuellen Lebensentwürfe und die Aussichtslosigkeit von sozialem Aufstieg können zum Anlass von massenhaftem Umdenken sein. Wohl gemerkt: Anlass zu ... keine Garantie, denn der Schuss kann auch nach hinten losgehen. Faschismus wie islamischer Fundamentalismus zeigen das deutlich genug.

Was bleibt?

Wir können uns nur freuen, wenn z.B. in Berlin 100.000 statt der erwarteten 20.000 zum Protest gegen Hartz IV kamen. Wir sollten diese Zahl weniger auf unsere Agitation als auf die Politik der Bundesregierung, und damit auf die sich verändernden Verhältnisse zurückführen. Wir sollten nicht den Fehler begehen, nunmehr zu erwarten, dass durch unsere Agitation demnächst problemlos 500.000 oder 1 Million zu mobilisieren sei. Die Frage, ob demnächst 1 Million auf die Straße geht, ist keine Frage unserer Agitation, sondern eine Frage, wie sich die Verhältnisse entwickeln werden. Darum sollten wir uns nicht fragen, wie wir die Massen mobilisieren können, sondern **unsere** Kritik, d.h. die Kritik derjenigen, die bereits heute die Schnauze voll haben, öffentlich machen, möglichst gut und möglichst treffend. Wir sollten uns außerdem und besonders die Zeit nehmen, uns unter einander zu verständigen, sowohl über **unsere** Kritik, wie über **unsere** Ziele. (Das ist schon schwierig genug, und wir haben ja auf diesem Feld reichlich Erfahrung, wie wenig überzeugend „Überzeugungsarbeit“ ist. Wer von den versammelten Altlinken hätte sich denn schon mal überzeugen lassen ... bitte schön? Ich kenne keinen. Mich eingeschlossen! Woher nehmen wir also die wahnwitzige Gewissheit, andere überzeugen zu können? Aber selbstverständlich können wir alle lernen und viele tun das auch!)

„Wir“, das sind immer diejenigen, die sich gerade getroffen haben, um etwas zu unternehmen und niemand sonst ... nicht die Belegschaft, in deren „wirklichem“ Interesse wir vermeintlich handeln, nicht „die Arbeiterklasse“ und nicht die „Massen“. Alles andere wird sich finden in Folge der kapitalistischen Revolutionierung des Alltags! Wir sollten endlich die Menschen mit ihren Standpunkten ernst nehmen und aufhören uns zu Kaspern zu machen!

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 03/2005

Die „Linke“ wird nicht dadurch stärker, dass sie richtige Erkenntnisse durch falsche ersetzt, um modern zu sein!

Es ist ganz offensichtlich so, dass die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie (allgemeine Kapitaltheorie) durch die aktuellen ökonomisch-sozialen Veränderung des Kapitalismus an Plausibilität und Nachvollziehbarkeit gewinnt. Als Beispiel will ich hier nur die wohl am meisten umstrittenen Theorien vom „Allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ und vom „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“ ansprechen. Wer die Bücher von Rainer Roth –Das Kartenhaus, Nebensache Mensch - gelesen hat, wird feststellen, dass die Marxsche Kritik ein hervorragendes Werkzeug ist, um sich in der widersprüchlichen Realität des heutigen Kapitalismus zurechtzufinden. Die Theorie bewährt sich in der Aufarbeitung des empirischen Materials und wird so zu einer scharfen Waffe der Kritik. Eine Theorie, die das nicht leisten kann bleibt stumpf.

Man kann in diesem Sinne mit Marx sagen, dass die Theorie zur Wirklichkeit drängt und die Wirklichkeit zur Theorie, womit eine wesentliche Bedingung für die Verbreiterung der Kritik am Kapitalismus gegeben wäre.

Tatsächlich aber passiert nichts dergleichen. Im Gegenteil die Erosion radikal kapitalkritischen Denkens hält weiter an und die theoretischen Versatzstücke „linken“ Denkens werden immer beliebiger, verlieren das wesentliche, die konkrete und zugespitzte Kritik am kapitalistischen Privateigentum aus dem Auge. Ob Gespensterdiskussionen über das Wesen der Deutschen, die Kritik der Arbeit im Allgemeinen, über die Aufhebung des Zwangs zur Lohnarbeit im System der Lohnarbeit (Bedingungsloses Grundeinkommen) bis hin zur „sozialistischen Marktwirtschaft“, deren Berechtigung daraus abgeleitet wird, dass nunmehr ein „anderer Umgang mit Ware und Geld“ möglich sei. Man tut alles, um das Problem des Privateigentums an Produktionsmitteln auszuklammern, zu umgehen. Alles erscheint möglich, nur nicht die vollständige Beseitigung dieses Grundübels, die allein den Einstieg in eine Welt ohne Ware und Geld ermöglicht und damit die Abschaffung eines gesellschaftlich erzeugten abstrakten Sachzwangs, dem die konkurrierenden Individuen auf Gedeih und Verderb folgen müssen.

Sicher, die Kritik am Privateigentum war zur dogmatischen Phraseologie verkommen, die beispielsweise alle Sorten von „K-Gruppen“ (moskau, peking, aber auch manche „trotzkis“) verband. Und, wie der dogmatische Mao tse-tung einmal richtig vermerkte, sind die Dogmatiker faule Kerle. Sie sind jedenfalls nicht in der Lage die Theorie zu einer wirksamen Waffe der Kritik zu machen, indem sie das vorliegende Material verarbeiten und so die Theorie auf die Höhe der Zeit bringen. Der Mühe, die vielfältigen und widersprüchlichen Erscheinungen einer Vergesellschaftung mittels Wert auf die zugrunde liegenden Produktionsverhältnisse zurückzuführen, unterzog sich bald kaum noch jemand. Die Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums in der Gestalt eines Staatseigentums, über das die diktatorische Minderheit der Partei verfügte, begünstigte zudem alle möglichen Kritiken, die durch das Staatseigentum bewiesen sahen, dass die Abschaffung des Privateigentums nicht die Lösung in sich berge oder zu falschen Lösungen führe.

So scheint die Kritik am Privateigentum heute eine perspektivlose Sache zu sein, die keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlockt. Man sucht nach „wirkungsvolleren“ Theorien als der Kritik der

Politischen Ökonomie (die das Geheimnis des inneren Zusammenhangs all der widersprüchlichen Erscheinungen auf die zugrunde liegenden Produktionsverhältnisse zurück führt) und nach verheißungsvolleren Perspektiven als der schnöden Abschaffung des Privateigentums. Wie wirkungslos und begrenzt, ungenügend und fehlerhaft die Kritik am Privateigentum sei, das habe schließlich die Vergangenheit gezeigt.

Tatsächlich stimmt nichts dergleichen. Dass der bisherige Sozialismus/Kommunismus „wirkungslos“ gewesen sei, kann niemand allen ernstes behaupten. Ob in seiner reformistischen oder revolutionären Variante, gestützt auf die Kritik des Privateigentums konnte er viele Menschen ansprechen und wurde zu einer gesellschaftsverändernden Kraft. Ihm „verdanken“ wir sowohl den „Sozialstaat“, wie den „realen Sozialismus“. Das eine ist schon abgeschafft und das andere wird gerade abgeschafft. Beide Varianten des „Sozialismus“ schränkten die Macht des internationalen Kapitals ein, hatten aber nicht im entferntesten etwas mit sozialer Emanzipation von den Zwängen der Kapitalverwertung zu tun. Lediglich die Spielräume für Kapitalverwertung wurden eingeschränkt, damit die Wirkungsweise des Wertgesetzes modifiziert. Im Fall Realsozialismus geschah dies um den Preis der Einführung eines despotischen Zwangskollektivismus und der Mangelwirtschaft.

Die theoretisch modernisierte und modernisierende Linke, die beständig die Wirkungslosigkeit und Fehlerhaftigkeit des „traditionellen Marxismus“ bemüht, um ihre kläglichen Modernisierungsversuche revolutionärer Theorie zu rechtfertigen, ist weit bedeutungsloser als jene alten Bewegungen, die ihre Kritik auf die Kritik am Privateigentum zuspitzten. Es ist schon bezeichnend genug, dass sie ihre (geringe) Überzeugungskraft weniger aus den eigenen Argumenten also aus dem Scheitern traditioneller Theorie herzuleiten versuchen. Immer wieder wird jeder Versuch der konkreten Ökonomiekritik durch Zuspitzung auf Kritik des Privateigentums damit zurückgewiesen, dass es sich hierbei doch um „olle Kamellen“ handele, die man schon vor 30 Jahren runtergebetet habe und die zu nichts Gescheitem führen könnten.

Diese „Linken“, die über den Marxismus hinweg sind und ihn für erledigt halten, sind ein rechter Graus. Vor 30 Jahren haben sie gebetsmühlenartig einige auswendig gelernte, auf Dogmen verkürzte Lehrsätze runtergeleiert und waren nie in der Lage auch nur einige grundlegende Zusammenhänge der durch die Kritik der Politischen Ökonomie gewonnen Erkenntnisse verständlich zu reproduzieren. Heute sind sie über alles erhaben und fabrizieren dabei erneut den größten Nonsens. Sie wollen die Welt verändern und aus den Angeln heben und verstehen rein gar nichts davon, wie diese Welt strukturiert ist. Sie schaffen es auch „theoretisch“ spielend, den Zwang zur Lohnarbeit abzuschaffen, ohne das System der Lohnarbeit selbst in Frage zu stellen. Logik ist nicht ihre Stärke, dafür umso mehr der „gesunde Menschenverstand“, der bekanntlich jede Einlassung auf den konkreten Gegenstand verweigert, und sich in allgemeinen (Erfahrungs-)Sprüchen ergeht. Alle diese modern gewendeten Weltveränderer, gleich welcher Couleur (siehe meine eingangs gemachte Aufzählung) repräsentieren nichts weiter als die Ohnmacht, Perspektivlosigkeit und den Untergang der radikalen Linken, die im Gefolge der Jugendrevolte Ende der 60iger Jahre entstanden ist.

Es ist traurig und bezeichnend, dass diese abgehalfterte „Linke“ Bücher, wie die von Rainer Roth geradezu boykottiert, mindestens jedoch ignoriert und nichts damit anzufangen weiß. Ja, man

kann es nicht anders bezeichnen, als systematische Verweigerung und Ignoranz. Womit die Chance auf einen Verständigungsprozess unter Sozialrevolutionären vertan wird, einen Verständigungsprozess über Grundfragen der Ökonomiekritik und damit grundlegender Kritik der bürgerlichen Gesellschaft. Ohne eine entsprechende Diskussion und ohne den angesprochenen Verständigungsprozess, der die Sektenschranken überwindet, wird sich der Untergang der radikalen Linken weiter beschleunigen begünstigt durch immer neue „Modetheorien“ wie die von Negri oder Postone.

Auf jeden Fall gibt es statt einer begierigen Aufnahme und Diskussion nur ein Schweigen im Walde der Ignoranten. Aber wie sollten solche Glanzstücke konkreter Ökonomiekritik auch auf fruchtbaren Boden fallen, wo dieser (gedankliche) Boden nicht nur nicht bereitet ist, sondern er geradezu als „Umweltbelastung“ empfunden wird. Dank der modernen Medientechnologie kann sich heute auch noch die blödeste und mickrigste Sekte irgendwo produzieren und breit machen. Bedeutendes von Unbedeutendem zu unterscheiden, das hat das verehrte „linke“ Publikum längst verlernt!

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 2005

Müssen wir bald Hartz 4 verteidigen? – oder das traurige Drama „der Bewegung“ in Deutschland

Kampf um Reformen im Kapitalismus bedeutet immer dann bloße Verteidigung eines vorhandenen Status Quo, wenn in ihm nicht das Verlangen nach sozialer Emanzipation seinen Ausdruck findet. Dieses Verlangen nach sozialer Emanzipation drückt sich immer dann im Kampf um Reformen aus, wenn die Reformforderungen ohne Rücksicht auf ökonomische Vernunft und ohne Akzeptanz des Sachzwangs der Verwertung formuliert werden, allein in der Absicht ein Stück soziale Befreiung zu erkämpfen. Gibt es keine Bewegung in der Sozialreformismus eingebunden ist in eine weitreichende sozialrevolutionäre Perspektive, können sich diese beiden Seiten jeder wirklichen antikapitalistischen Bewegung nicht wechselseitig ergänzen und stärken. Finden Forderungen keine Unterstützung, die der Kapitalverwertung Schranken setzen, die ohne Rücksicht auf den ökonomischen Sachzwang gestellt werden, dann gerät die soziale Bewegung immer weiter in die Defensive, kann nur reagieren auf die immer maßloseren Attacken des Kapitals zur Verbesserung seiner Rentabilität. Der zu verteidigende Status quo wird immer beschissener und je beschissener die zur verteidigenden sozialen Ausgangsbedingungen desto weniger lohnend erscheint es, sich dafür einzusetzen.

In Deutschland ist ein Zustand erreicht, in der der soziale Widerstand auf ein erbärmliches Niveau abgesunken ist, wie man unschwer am Pfingstsonntag in Berlin wieder feststellen konnte. Ob es nun 5000 oder 10000 waren, die da gegen Hartz 4 demonstrierten ist egal. Noch am positivsten fiel auf, dass so ziemlich alle Richtungen und Schattierungen der „Linken“ sich dort versammelt hatten, von den Autonomen bis zur MLPD, von Attac bis zu Um so ernüchternder die Zahl, der zum Teil aus dem Bundesgebiet angereisten.

Verständnisfragen / subjektive Eindrücke

Eine übergreifende Debatte über die Ursachen, über den Zustand der „Linken“, besonders ihr Politikverständnis etc. findet nicht statt. Eine solche Debatte hätte auch nach den objektiven Ursachen zu fragen, denn es ist ja kaum noch zu leugnen, dass der sozialen Polarisierung keineswegs automatisch eine „Verschärfung der Klassenkämpfe“ folgt. Dies könnte zu tun haben mit dem Reifegrad des Wertverhältnisses und der daraus resultierenden Befangenheit der Subjekte in Waren-, Geld und Kapitalfetisch.

Groß geworden ist die heute noch bestehende, langsam vergeisende Rumpfmannschaft der deutschen Linken mit der Jugend- und Studentenrevolte. Wichtige Bezugspunkte bei der politischen Radikalisierung waren (mit Marcuse) die Kritik an den Klassikern der Frankfurter Schule und die Theorien des Befreiungskampfes in den Ländern der 3. Welt. In der Ökonomiekritik galt (vom akademischen Marxismus abgesehen) Imperialismus- und Stamokaptheorie mit ihrem Ersatz der Wertkritik durch die Macht- und Herrschaftskritik als das letzte Wort. Alle Theorie wurde politisch instrumentalisiert und in nicht geringen Teilen der Bewegung leidenschaftlich abgelehnt, wenn sie nicht unmittelbar die „Haupttendenz Revolution“ in der Welt erklärte und nachwies. Was die Verweigerung der Massen anbetraf, so hatte man zwei Theorien parat. Die eine ging von der „Manipulation“ durch die Massenmedien aus, die andere von dem boshafte Wirken der Arbeiteraristokratie, bösen Opportunisten, die die kampfbereiten Menschen überall daran

hinderten, dass zu tun, was ihr „historischen“ Beruf war. Das ist zwar alles Schnee von gestern, aber die Aktivität der „Linken“ Minigrüppchen sind noch immer auf die Massenagitation ausgerichtet, ohne sich lange mit theoretischen Fragen herumzuplagen, den Dingen auf den Grund zu gehen, Klarheit zu schaffen und sei es nur in einer bestimmten Reformforderung. Weil „Klärung“ immer gleich maßlose Polemik war (und auch heute noch so daher kommt), wird möglichst auf jede klärende theoretische Debatte verzichtet.

Dem praktischen Tiefstand der Bewegung entspricht der theoretische Tiefstand. Nicht das es keine Theorie gäbe, oh nein. Es gibt sie reichlich und in beliebiger Vielfalt. Lenins Satz, dass man sich erst entschieden voneinander abgrenzen müsse, bevor man sich vereinigt, ist geradezu ein – wenn auch merkwürdig verdrehtes – Programm geworden. Diskutiert man heute im kleinen Kreis (wo sonst?) Grundfragen der Kapitalismuskritik, dann hat man so viele Positionen, wie Leute da sind. Wenn ich bedenke, wie gleichlautend, die (dogmatischen) Grundsatzpapiere etwa der Maoisten Anfang der 70iger Jahre waren, dann finde ich das Theorie- und Sprachgewirr heute wirklich beeindruckend. Man kann sich kaum noch verständigen. Mit der Abgrenzung das klappt vorzüglich, das mit der Klärung hingegen gar nicht. Man kann problemlos Altvater, Heinrich und Postone etc. gleichzeitig gut finden und nimmt gern den Satz von Altvater auf, dass man in der Theorie ruhig ein bisschen eklektisch sein soll. Jeder hat so seine Interpretationsmuster, wie er das alles unter einen Hut bringt. Dieser Hut, dass ist nicht selten die eigene „politische“ Aktivität zur Massengewinnung (oder andere Formen der Selbstgenügsamkeit. Auch die permanente politische Massenagitation ist für mich eine Form der Selbstgenügsamkeit, derjenigen, die sie ständig auf Grund von „Notwendigkeit“ betreiben.). Man legt die nächste Aktion, das nächste Flugblatt etc. fest und schaut sich um, was man dafür brauchen kann. Fündig wird man fast immer. Es gibt ja genug Auswahl auf dem Gabentisch der Theorie.

Heute gibt es im Gegensatz zur den 70igern eine bemerkenswerte Toleranz und Duldsamkeit. Man hört sich zu oder tut zumindest so. Das ist sicher toll aber man hat geradezu Angst vor dem Versuch einer Klärung, weil das den „Zusammenschluss“ der „Politiker“ in Minizirkeln gefährden könnte. Klärung könnte zur Abgrenzung führen und dann wäre es essig mit dem nächsten Fluggi. Aus meiner Sicht ist das ein Zustand der Agoni, der zum sicheren Untergang führt. Untergang heißt hier nur, dass die Fossile aussterben. Und mit dem Tod der Altlinken ist dann auch die Bewegung tot.

Die Praxis verändern, theoretisch arbeiten

Die Frage der Verbindung des Kampfes um soziale Reformen mit dem Kampf zur Überwindung des Kapitalverhältnisses (positiv ausgedrückt: Kampf für den Kommunismus) ist auch eine Frage der Verbindung von Theorie und Praxis. Die Frage stellt sich so natürlich nur Menschen, die den Kommunismus noch wollen und zumindest eine grobe Vorstellung davon haben. Gibt es diese Menschen nicht mehr, und es scheint so, dass es kaum noch welche gibt, dann müsste zunächst und dringend eine Debatte über Kommunismus geführt werden unter all denjenigen, die das Kapitalverhältnis noch überwinden wollen – und seien es nur eine Handvoll Menschen. Diese Debatte müsste auch um den Preis geführt werden, dass man sich in esoterische Zirkel verkriecht. Wird sie nicht geführt und mündet sie nicht ein in ein gemeinsames programmatischen Verständnis der Aufgaben, dann bleibt alles Gerede über Antikapitalismus oder Postkapitalismus

etc. leeres Stroh. Anzunehmen, solche Ziele würden sich sozusagen spontan ergeben, wäre mehr als naiv.

Es gibt sie aber auch noch, die wenigen KommunistInnen und sie können dazu beitragen, dass sich auch eine sinnvolle politische Praxis mit Perspektive entwickelt. Ausgehend von soliden Kenntnissen der Kapitalkritik könnten sie begründet Stellung beziehen und dem Verlangen nach sozialen Reformen eine Perspektive geben, indem sie klare Forderungen herausarbeiten und der Beliebigkeit den Kampf ansagen. Die Broschüre „Zur Kritik des bedingungslosen Grundeinkommens“ von Rainer Roth ist ein gutes Beispiel für eine solche sicherlich ebenso mühe- wie sinnvolle Arbeit, die deutlich macht, wie man ausgehend von radikaler Kapitalismuskritik ein klares Konzept für den Kampf um Reformen entwickeln kann, das in begründete Forderungen mündet, die sich sowohl vom Reformismus wie von Utopismus abgrenzt. Auf der Basis solcher Klarheit lässt sich dann auch eine kontinuierliche Agitation betreiben (wenn es denn genug Leute gibt, die auf dieser Basis arbeiten wollen), wobei es nicht darauf ankommt jeden Tag neue Flugblätter zu verteilen, sondern wiederum gut recherchierte und ausgearbeitete Flugblätter, auf die man immer wieder zurückgreifen kann, wenn es die Situation verlangt. Auch das verlangt theoretische Anstrengung und Gewissenhaftigkeit.

Ohne Klarheit in grundlegenden Fragen der Ökonomiekritik ist das alles nicht zu haben und diese Klarheit gewinnt man nur, wenn man damit arbeitet. Eingestreute Sprüche über Profit und Verwertung reichen dafür nicht! Eine gute Praxis verlangt Schulung, klärende Diskussion, klare programmatische Ausrichtung, damit man „Klartext“ reden kann. Wird die hier skizzierte Arbeit nicht geleistet, wird diese „Linke“ jedenfalls restlos verschwinden. Wird diese Arbeit geleistet, dann garantiert auch das keinen unmittelbaren „Masseneinfluss“, aber sie schafft die Voraussetzungen dafür und macht es möglich, dass neue Leute sich entwickeln und dazustoßen können. Den Rest kann nur die objektive Entwicklung besorgen.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 2005



NRW – Die neue Partei der Arbeiter ist endlich gefunden

Im Vollbesitz seiner Geisteskraft („Kinder statt Inder“, als hätten die Inder nicht auch Kinder!) hat sich Herr Rüttgers nach der gewonnenen Landtagswahl vor Kamera und Mikrofon gestellt und alle Welt wissen lassen, dass nunmehr die CDU die Partei der Arbeiter sei. Kann man ihm widersprechen? Schließlich gewann die CDU in NRW bei den ArbeiterInnen und bei den Lohnarbeitslosen über 14% hinzu und bei den Angestellten über 9%. Die Lohnabhängigen wählten mehrheitlich schwarz. Da hat sich was getan, schon seit längerem!

Es gab mal Zeiten, da mussten Reaktionäre sich der sozialen Demagogie bedienen, um von ArbeiterInnen gewählt zu werden. Das haben sie heute nicht mehr nötig! Der erfolgreichen marktwirtschaftlichen Vernebelung der Gehirne sei Dank. Herr Rüttgers samt CDU wurden dafür gewählt, dass sie den Kälbern das Schlachtmesser zeigten. (Länger arbeiten für weniger Lohn, alle staatlichen Leistungen auf den Prüfstand mit angestrebten Kürzungen bis zu 20%, usw. usw.) Die Kälber sind von der unabänderlichen Notwendigkeit ihrer Schlachtung offenbar ganz und gar überzeugt und sie finden es gut, wenn man ihnen sagt, wie sie geschlachtet werden sollen, damit es „allen“ wieder gut geht. Die neoliberale Offensive trägt ungeahnte Früchte. Als ihre geistigen Väter um von Hayek sie in den 40iger Jahren bereits planten, tönte die CDU in ihrem Ahlener Programm von 1947 noch:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“

Es müsse eine „Neuordnung von Grund auf erfolgen“.

„Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben sein, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes... Ziel aller Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes.“

Tatsächlich?

Für solche scheinbar antikapitalistischen Erkenntnisse wird heute niemand mehr gewählt. Das musste Herr Müntefering mit seiner famosen SPD ebenfalls erfahren. 7 Jahre lang die Sachzwänge der Globalisierung predigen, sich für keine soziale Schweinerei zu schade sein und dann, nachdem das drohende Debakel auch der Blindeste erahnen konnte, ein paar moralinsaure „antikapitalistische“ Sprüche loslassen, das funktioniert nicht. Die soziale Demagogie versagt ihren Dienst, weil sie nicht mehr gebraucht wird. Sie wird nicht mehr gebraucht, weil die Mehrheit der Lohnabhängigen über den Kapitalismus heute kaum anders denkt als etwa ein Herr Walter oder Herr Ackermann von der Deutschen Bank. So wie in Sachen Fussball in jeder Eckkneipe lauter Bundestrainer unterwegs sind, so sind in Sachen Gesellschaftsentwicklung lauter Chefökonomien unterwegs. Auf außerordentlich hohem Niveau tönt es gebetsmühlenartig:

„Wir brauchen mehr Wachstum. Wachstum schafft Arbeitsplätze. Investitionen müssen sich wieder lohnen. Die Belastungen der Unternehmen müssen abgebaut werden. Der privaten Initiative muss mehr Raum gegeben werden. Das Anspruchsdenken bezüglich sozialstaatlicher Leistungen muss weg, der Sozialstaat „umgebaut“ werden usw.“

Alles nickt fleißig, ist begeistert über soviel Sachverstand, kauft Aktien (solange das Geld reicht) und verfolgt gespannt die Börsennachrichten. Für die Masse der Lohnabhängigen hat diese ganze Blödelei nur einen kleinen Haken. Die aus diesem ökonomischen Sachverstand abgeleiteten Maßnahmen treffen viele von ihnen hart, sorgen für zunehmende Armut und existenzielle soziale

Unsicherheit. Und so empören sich alle, wenn es sie selbst betrifft und hoffen darauf, dass es sie nicht trifft. Trifft es sie nicht, dann fühlen sie sich auch nicht betroffen! Zu sozialem Widerstand kann diese Empörung nicht führen, solange sie in marktwirtschaftliche Vernunft eingebettet ist. So ist die Hoffnung auf den Erfolg des „individuellen Lebensentwurfs“ allemal stärker als die Erkenntnis des kollektiven Schicksals als Lohnabhängige.

Klassenbewusstsein? Nein danke. Wir träumen vom Lottogewinn und lassen uns die tollen privaten Perspektiven eines Systems, dessen Motor die Bereicherung ist, nicht madig machen. Jeder und jede darf vom individuellen Reichtum träumen! Die Perspektive radikaler gesellschaftlicher Veränderung zum Zweck der Herstellung allgemeiner sozialer Sicherheit als Basis für (im Durchschnitt erfolgreiche) individuelle Lebensentwürfe reizt uns wenig. Womöglich können wir dann nicht mehr vom Lottogewinn träumen. Millionär sein ist doch toll!

Doch, in gewisser Weise ist Herr Rüttgers zum „Arbeiterführer“ geworden. Es wird noch dauern, bis der Neoliberalismus seinen Bankrott produziert hat, alle Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung neu aufgeworfen werden und sich die Erkenntnis breit macht, dass solche „Arbeiterführer“ eher dem Rattenfänger von Hameln gleichen!

Trend-Onlinezeitung 06/2005

Sozial ist, was Arbeit abschafft!

„Sozial ist, was Arbeit schafft!“ So lautet seit geraumer Zeit die zentrale Parole der organisierten Reaktion vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall, über deren Ziehkind „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ bis hin zu schwarz-gelben Koalition von CDU und FDP.*

„Sozial ist, wer Arbeit schafft“, das war auch schon der Slogan der deutsch-nationalen Reaktion um Alfred Hugenberg am Ende der Weimarer Republik. (vergl. TAZ vom 16.8.2002) Die Nazis, denen die Konservativen um Hugenberg u.a. zur Macht verhalfen, übertrafen alle Erwartungen bei der Schaffung von Arbeit und nannten sich daher nicht nur sozial sondern sogar „sozialistisch“! Sie schufen Arbeit in einer gigantischen Rüstungsindustrie, bauten nicht nur Panzer sondern gleich auch noch die Autobahnen, damit die Panzer zügig über alle Grenzen rollen konnten. Die chemische Industrie boomte und durfte mit Zyklon B glänzen. Und nicht zuletzt schufen die Nazis die Sklavenarbeit in Lagern und Industrie, sowie massenhaft Arbeitsplätze für Folterer und Mörder, ohne deren Tagewerk das System nicht funktioniert hätte. Eine wahrhaft „soziale“ Bilanz der Arbeitsbeschaffung!

Der Slogan, wonach sozial sei, was Arbeit schafft, unterstellt, dass Arbeit an sich schon eine so menschenfreundliche Aktivität ist, dass alles, was sie mehrt nur zu begrüßen sei. Arbeit an sich ist aber ein sehr zweischneidiges Schwert. Sie ist neben der Natur die Kraft, die Menschen mit allem versorgt, was sie zum Leben brauchen. Insofern ist sie notwendig und „sozial“. Aber nicht alles was diese Arbeit hervorbringt ist nützlich, manches eher schädlich. Mehr noch gilt, dass Arbeit für diejenigen, die sie verausgaben sehr unterschiedliche Belastungen und Gefahren in sich birgt. Die moderne Arbeitsmedizin weiß eine Menge davon zu berichten. So birgt beispielsweise die

Produktion von Asbest und die Arbeit mit diesem Werkstoff ein tödliches Risiko für alle, die damit in Berührung kommen. Es hat lange gedauert, bis die menschenfreundlichen Kapitalisten, die nichts anderes im Sinn hatten, als Arbeit zu schaffen, die ihnen wiederum ein bisschen Profit verschafft, auf diese Produktion zu verzichten. Sie musste ihnen verboten werden, denn freiwillig verzichten Kapitalisten niemals auf Arbeit, die ihnen Profit schafft! Sozial ist, was Arbeit schafft, kann pauschal allen Ernstes nur jemand hinausposaunen, der von den Gefahren der Arbeit nicht betroffen ist und selbst von der Arbeit anderer lebt.

Arbeit ist auch eine Bedrohung für Menschen. Ob sie segensreich ist, hängt ganz davon ab, was produziert wird und in welcher Form, unter welchen Umständen produziert wird. Ist Kinderarbeit „sozial“? Ist ein Arbeitstag von 12 Stunden an 7 Tagen „sozial“? Ist stundenlanges Überkopfarbeiten „sozial“? Ist mehrstündiges arbeiten in gebückter Haltung „sozial“? Ist Sklavenarbeit „sozial“? Herr, vergib ihnen nicht, denn sie wissen was sie sagen! Das würde ich rufen, wenn ich gläubiger Christ wäre. Der durch skrupellose kapitalistische Vorkämpfer erzeugte „Sachzwang“ der Globalisierung wird als ideologisches Schutzschild hoch gehoben, wenn die Heuchler der versammelten Reaktion ausrufen:

„Nein, Kinderarbeit meinen wir nicht! Aber man kann keine Politik machen gegen die Sachzwänge des Marktes!“ Und dann hagelt es die Sprüche vom wohltätigen Wirken von Angebot und Nachfrage, von der Mühsal und den Sorgen derjenigen, die zum Vorteil aller darauf achten müssen, dass sich ihre angelegtes Geld mit ausreichender Rendite vermehrt, damit es „allen“ gut geht.

„Wir“ haben über unsere Verhältnisse gelebt und der entfesselte Markt soll nun dafür sorgen, dass „wir“ wieder mit Augenmaß und pragmatischem Realitätssinn uns auf das beschränken, „was uns beschieden ist“ (Kaiser Wilhelm II). Wenn der Weltmarkt für eine Verteilung sorgt, in der die 358 reichsten Personen der Welt über soviel Geldreichtum verfügen, wie die 2,3 Milliarden Ärmsten (UNO, 1997), dann sollen die Menschen das als notwendig und unabänderlich akzeptieren lernen, weil z.B. der Reichtum dieser 358 mit samt ihrem besitzenden Anhang angeblich „unsere“ Existenz sichert. Und wenn unsere Existenz nicht gesichert ist, dann liegt das eben daran, dass z.B. die Besitzer privater Reichtümer noch nicht genug haben. Ein kleines bisschen möchten sie auch profitieren von ihrem selbstlosen Einsatz, z.B. durch eine Rendite von 25%. Sonst macht das Geldanlegen gar keinen Spaß. Welchen Sinn macht schließlich der private Besitz von soviel Geld? Für privaten Konsum ist es mehrere Nummern zu groß. Der Reiz liegt darin, es zu vermehren!

Wenn sie sagen, sozial sei, was Arbeit schafft, dann meinen sie, sozial ist, was Lohnarbeit schafft, die ihren Reichtum mehrt! Ist der Preis der Lohnarbeit zu hoch und gefährdet die Mehrung des privaten Reichtums, dann muss er eben runter! Wie weit er runter muss? Soweit runter, bis die Anlage des Geldes sich wieder lohnt! So einfach ist das! Das schafft Sankt Markt, diese heilige Kuh! Ist dazu die Anwendung von Kinderarbeit erforderlich? Dann wird „der Markt“ sie einführen! Ist dafür eine Hungerlohn erforderlich, von dem die Lohnabhängigen sich gerade noch reproduzieren können? Dann wird „der Markt“ ihn einführen. Es handelt sich nur um ein ökonomisches Gesetz, mit dem die Besitzenden nichts zu schaffen haben. Sie sind für keine ihrer sozialen Schweinereien verantwortlich und waschen die Hände in Unschuld. Schließlich müssen „wir alle“ uns nach den unabänderlichen Gesetzen des Marktes richten, zu denen es angeblich keine Alternative gibt. Sankt Markt beschert den Menschen eine wahrhaft göttliche Ordnung, die von der Masse der Mensche

einen hohen sozialen Tribut verlangt!

Die Dummheit und Heuchelei des Slogans der versammelten Reaktion muss für jeden denkenden Menschen eine Zumutung sein. Der Markt selbst, der alles richten soll, schafft selbst unausgesetzt Arbeit ab, nämlich Arbeit, die nicht (kapital-)produktiv genug ist und daher, kapitalistisch angewendet, den Reichtum der Geldbesitzer nicht mehrt oder sogar durch staatliche Subventionierung Geld kostet, dass besser kapitalproduktiv angelegt werden soll. Zu gern würde unsere „Arbeitspropheten“ Sankt Markt beispielsweise auf die Kohlebergwerke im Ruhrgebiet loslassen und diese Arbeit endgültig und restlos abschaffen, so wie er die nicht den Maßstäben der Kapitalproduktivität genügende Arbeit in den neuen Bundesländern abgeschafft hat!

Man stelle sich einen Moment lang eine Welt ohne kapitalistischen Privatbesitz, ohne Markt und Geld vor, eine Welt, in der Menschen Produktion und Verteilung dessen, was sie konsumieren aus freien Stücken gemeinschaftlich organisieren. Und sei es, dass man diese Vorstellung nur entwickelt, um wieder menschliche Maßstäbe für die Bewertung gesellschaftlicher Prozesse zu erlangen, um nicht ökonomisch-sachlich mit den Christiansen-Runden und anderen Glanzlichtern öffentlicher Meinungsproduktion zu verblöden. Wenn man diesen Moment innehält, dann wird sofort klar, dass sozial ist, was Arbeit abschafft! Mit möglichst geringem Aufwand und bei möglichst kleinen Risiken für Gesundheit und Leben alles das produzieren, was wir zum Leben brauchen und was uns Genuss verschafft. Wie wir produzieren, was wir produzieren und wie wir es verteilen entscheiden wir in Gemeinschaft. Die Reduzierung von notwendiger Arbeit und die Ausdehnung von frei verfügbarer Zeit für alle Individuen bei guter materieller Versorgung wäre der Zweck dieser Gemeinschaft.

Man muss wider alle Tatsachen des sozialen Elends auf diesem Planeten ganz und gar an Sankt Markt glauben, um den reaktionären Phrasen folgen zu können. Es handelt sich um eine neue Religiosität, die sich breit macht. Die Prediger sind wohl organisiert (Initiative neue soziale Marktwirtschaft) und ziehen als Plage durchs Land. Sie nutzen alle Medien und Institutionen, um den ökonomischen Aberglauben zu verbreiten.

Ich weiß nicht, wohin mit meinem Zorn und fange an zu träumen, einen kleinen, bescheidenen Traum vom Bündnis einer vom Untergang bedrohten Spezies, der kapitalismuskritischen Linken, einem Bündnis, das alle sozialreformerischen und sozialrevolutionären Kräfte umfasst. Ich träume davon, dass die noch vorhandenen Kräfte, sich zu der anstehenden „Richtungswahl“ auf ein gemeinsames Ziel verständigen: die Kritik des Slogans „Sozial ist, was Arbeit schafft“! Alle Zeitschriften und Flugblätter, alle Internetprojekte konzentrieren sich auf diesen zentralen Punkt und treten dem ökonomisch-religiösen Wahn von Sankt Markt entgegen. Jede Ausgabe muss mit einem Beitrag zur Kritik aufmachen! Jeden Tag muss es zu lesen und zu hören sein, dass dieser Slogan eine Kampfansage an die Masse der Menschen ist und eine intellektuelle Zumutung obendrein! In jeder Wahlveranstaltung die Reaktionäre mit Tatsachen konfrontieren, die ihren Slogan ad absurdum führen. Mögen die Argumentationen und Ziele der verschiedenen Richtungen und Gruppen auch weit auseinander gehen, so sind doch alle von dem gleichen Wunsch beseelt: den Durchmarsch der versammelten Reaktion verhindern und die Kritik am Kapitalismus oder auch nur an seinen Auswüchsen entwickeln und verbreiten. Ich träume von einem Wahlergebnis, das deutlich macht: „Nicht mit uns! Nicht in unserem Namen!“

Wahlbeteiligung bei 80%, Anzahl der ungültig gemachten Stimmzettel 70%. Denn eins muss auch klar sein: der neoliberalisierten SPD keine Stimme!

Sozial ist, was Arbeit abschafft!

** Ein Grundzug der politischen Reaktion ist die manchmal unglaubliche Dummheit ihrer Slogans. Auch Naturkatastrophen schaffen immens viel Arbeit. Man kann nur sagen: Mehr davon! Da bei Naturkatastrophen nach christlicher Auffassung ja der „liebe Herrgott“ seine Hände im Spiel hat, wäre mit diesem „Programmpunkt“ der segensreichen Arbeitsbeschaffung auch dem C im Namen der CDU Genüge getan.*

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 06/2005

Damit zusammen wächst, was zusammen gehört – die Natur des Menschen, die Natur des Goldes und die Natur des Geldes

Spricht man mit seinen mehr oder weniger geschätzten Kolleginnen und Kollegen über die Absurditäten des Welt-Kapitalismus, über die wahnwitzige soziale Polarisierung zwischen Armen und Reichen, die Rücksichtslosigkeit und Kurzsichtigkeit mit der das Kapital die natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens auf diesem Planeten plündert, die Brutalität, mit der gesellschaftliche Lebensformen zerstört werden (aktuell etwa der Völkermord an den afrikanischen Buschmänner, die kecker Weise Landstriche besiedeln, unter denen man Diamanten vermutet), die nicht mit Kapitalverwertung kompatibel sind, so gelangt man hin und wieder schon an einen Punkt, wo es um die Möglichkeit und Notwendigkeit radikaler Gesellschaftsveränderung geht.

Doch ach, spätestens jetzt wird es heikel, plötzlich ist sie da, „die Natur des Menschen“ und erhebt sich drohend als übermächtiges Bollwerk gegen jede Form sozialer Emanzipation. Man weiß nicht so genau, worin diese ominöse „Natur des Menschen“ eigentlich besteht, dafür ist menschlich aber ganz sicher, dass alle Formen bürgerlicher Subjektivität, die sie kennzeichnenden Bedürfnisse wie die Art sie zu befriedigen, schnurstracks eben dieser „Natur des Menschen“ entspringen. Zu dieser „Natur des Menschen“ gehört vor allem, dass die Individuen von Natur aus ungleich sein. Damit dementiert sich die angerufene Natur des Menschen schon mal ein Stück weit selbst, denn wenn alle Menschen von Natur aus ungleich sind, dann kann es eine „Natur des Menschen“ nicht geben, oder diese reduziert sich auf die Feststellung von Unterschieden. Die natürlich Ungleichheit ist aber nur ein ziemlich plattes gedankliches Werkzeug, um die moderne Form der sozialen Ungleichheit zu erklären. Ausbeutung, Herrschaft und Unterdrückung, ungleiche Verteilung des Reichtums etc. alles ergibt sich auf wunderbare Weise aus der naturhaften Ungleichheit der Individuen. Die „Tüchtigen“ sitzen eben oben auf!

Selbstverständlich haben die Menschen ein „natürliches“ Bedürfnis nach Mobilität, nach Reisen aber auch nach Sesshaftigkeit. Man weiß nichts mehr von menschlicher Gesellschaft, für die Sesshaftigkeit den Untergang bedeutet hätte (Nomaden), weshalb ihnen das Bedürfnis danach eher „spanisch“-fremd (das „spanisch“ ist auch wörtlich zu nehmen) vorgekommen ist. Zum Beweis

der Widernatürlichkeit des Nomadenlebens wurde und wird den Nomaden ihre Existenzgrundlage genommen. Das Streben nach privatem Besitz an Grund- und Boden entspricht „der wahren Natur des Menschen“ und setzt sich „natürlich“ durch.

Anders herum machte und macht man den Bauern Beine. An der „Scholle“ kleben, sich durch Bearbeitung dieser Scholle selbst versorgen? Is nich! Diese Bauern waren einfach zu sesshaft. Es kam ihnen Jahrhunderte lang nicht in den Sinn, das Land zu verlassen, auf der Suche nach neuen attraktiveren Existenzmöglichkeiten (etwa in dunklen, lauten, dreckigen Fabrikhallen) durchs Land zu vagabundieren, sich dabei womöglich noch aufhängen lassen, wie in England, um schließlich in den Slums von Großstädten zu stranden, wo sie wieder ein bisschen sesshaft werden durften und dürfen. Selbstverständlich immer nur auf Abruf, den sie müssen dem „natürlichen“ Strom des Kapitalflusses folgen.

Der moderne Kapitalismus, die bürgerliche Demokratie beruhen auch ganz wesentlich auf Völkermord. Ihrem „natürlichen“ Trieb folgend, machten sich europäische Menschen – sozusagen die Fleischwerdung der „Natur des Menschen“ – auf, um Lebensraum damals im Westen zu gewinnen. Sie stießen dabei auf die nord- und südamerikanischen Indianer, Spezies, die zwar dem Menschen ähnelten, die aber den Teufel als Taufpaten gehabt haben mussten. Sie entsprachen ganz und gar nicht der „Natur des Menschen“ besiedelten aber Land, das gebraucht wurde, damit „die Entdecker“ das schöne Amerika schaffen konnten, wie wir es heute kennen, mit all seinen Offenbarungen „der Natur des Menschen“ (Mord und Todschatz, bis zur restlosen Verblödung gereifte Religiosität, ausgedehnter Konsum weiterer Drogen). Dass diese menschenähnlichen Wesen im Süden des amerikanischen Kontinents an Gold gekommen waren, bedeutete eine ungeheure Vergeudung, Zweckentfremdung und Provokation. Die europäischen Menschen allein wussten, das Gold „von Natur aus“ Geld ist und seinem natürlichen Zweck zugeführt werden muss. Dies wiederum konnte nur ihnen vorbehalten sein, denn die „wahre Natur des Menschen“ kann sich erst dann frei entfalten, wenn die „wahre Natur des Goldes“ entdeckt ist und als Geld das Räderwerk der kapitalistische Akkumulation anstoßen und schmieren kann.

Es ist heute soweit gekommen, dass das Kapital selbst zur eigentlichen „Natur des Menschen“ geworden zu sein scheint. Die Menschen sind (nicht nur freundlich) aufgefordert, sich dieser Natur anzupassen. Will sagen: das gesamte menschliche Zusammenleben muss so organisiert werden, dass es der Kapitalverwertung förderlich ist. Wer störrisch sich dagegen verwahrt, wird platt gemacht, weil er „naturwidrig“ handelt. Dem Tüchtigen („Leistungsträger“) die Vorfahrt. Die vom Marktfundamentalismus besoffenen Profiteure der kapitalistischen Produktionsverhältnisse treiben die Menschwerdung des Affen weiter bis zur Umwandlung der Menschen in Ökonomen. Das Streben nach Bereicherung, die „Privatisierung“ des gesellschaftlichen Lebens in der Form der schrankenloser Öffnung für renditegeile Geldanleger, die unablässige Produktion neuer Bedürfnisse durch die Produktion von Waren, die im Zweifelsfall so überflüssig sind wie ein Kropf, die ausschließliche Anerkennung menschlicher Bedürfnisse in der Gestalt zahlungsfähiger Nachfrage, die „Versorgung“, „Bereicherung“ und Sättigung auch der intimsten menschlichen Beziehungen und Erlebnisfelder mit Waren (Durchstyling der Individuen bis hinein ins Bett, im Extremfall: man kann sich nicht mehr riechen ohne Parfum, man kann sich nicht mehr anschauen ohne Verkleidung und Maske; Vermarktung von Sex in Prostitution und Pornographie) usw. das alles liefert uns die beste aller denkbaren Welten und entspringt flux aus der „Natur des

Menschen“. Man muss den Menschen nur die „Freiheit“ geben, dann schaffen sie das alles (angeblich) von selbst. Auch ohne die Suche nach profitabler Anlage für private Geldmassen, die „von Natur aus“ dafür bestimmt sind, sich selbst zu vermehren? Auch ohne „Geschäftssinn“ (was für ein Wort! Als ob Geschäft irgend etwas mit Sinnlichkeit zu tun hätte!)? Schaffen die Menschen das nicht, dann müssen die „Tüchtigen“ eben ein bisschen nachhelfen, muss ein Markt auch schon mal gewaltsam „geöffnet“ werden. An der „Naturwüchsigkeit“ des Militärs kann nun wirklich niemand zweifeln. Bomber und Bombe gehörten schließlich von Anfang an zu den liebsten Spielzeugen der Pygmäen. Schon die Jäger und Sammler träumten vom VW Touareg.

Was heißt schon Geschichte, wo wir doch deren Ende in „Natürlichkeit“ erreicht haben? Ja, wenn die „Natur des Menschen“ soziale Befreiung ausschließen würde, dann könnte es mehr oder weniger schnell zu Ende gehen mit der Geschichte der Menschheit.

Es gehörte immer zu den vornehmsten Aufgaben der Mächtigen jedes Streben nach sozialer Emanzipation von scheinbar „gottgewollten“ oder „natürlichen“ (was von besonderen Koriphäen des bürgerlichen Geistes auch schon mal gleichgesetzt wurde und wird) Gesellschaftszuständen als Vergehen wider die „Natur des Menschen“ zu denunzieren. Je elender diese Zustände, je offenkundiger ihre Unerträglichkeit, je stärker der Wunsch nach sozialer Emanzipation, desto heftiger das ideologische Trommelfeuer.

Vor dem Hintergrund des Scheiterns eines „Kommunismus“ dessen gesellschaftliche Praxis einer blanken Verhöhnung sozialer Befreiung von den bedrückenden „Sachzwängen“ der Kapitalverwertung gleichkam, fällt es den Ideologen der kapitalistischen Marktwirtschaft leicht, sich „ideologiekritisch“, „pragmatisch“ zu geben. Aber dieser angebliche „Pragmatismus“ bedarf der Heraufbeschwörung der „Natur des Menschen“ wider alle Bestrebungen nach sozialer Emanzipation, um seine Wirksamkeit entfalten zu können.

Trend-Onlinezeitung 07/2005

Über Regulation und Deregulation - eine oft verquer geführte Diskussion

In der Talkshow „Hart aber fair“ (WDR III) vom Mittwoch, den 1.6.2005 ging es hoch her. Warum verweigerten so viele Menschen in Frankreich und Holland ihre Zustimmung zur Verfassung der EU? Dabei ging es auch um Bürokratismus und Marktregulation. „Pfarrer“ Hinse (seiner Zeit Generalsekretär der CDU) gab in diesem Zusammenhang ein bemerkenswertes Statement zur Verteidigung der (Markt-)Regelungswut der EU-Kommission ab und hat sich dabei mächtig erregt und ins Zeug gelegt. Dereguliert werden soll eben nur der Markt für die Ware Arbeitskraft, nicht der für den sonstigen Warenpöbel. Zunächst verglich er die EU mit den USA. Dort, in den USA würde weitgehend auf regulierende Vorschriften für die Beschaffenheit von Waren verzichtet. Dafür gäbe es aber die bekannt scharfe Produkthaftung für Hersteller. In Europa dagegen sei die Produkthaftung nicht so scharf. Hier habe man sich dafür entschieden, die Beschaffenheitsanforderungen an Waren in Vorschriften für die kapitalistischen Warenproduzenten festzulegen, um auf diesem Wege für „fairen Wettbewerb“ zu sorgen. Doch, irgendwie hat der Mann recht. Der alles selbst regelnde „freie Markt“, als Segen für die Menschheit, ist tatsächlich nichts weiter als ein ganz reaktionäres Märchen für dumme Leute. Dem einzelnen Warenproduzenten muss so oder so mit Sanktionen gedroht werden, damit die Sache nicht aus dem Ruder läuft. Das auf Bereicherung ausgerichtete kapitalistische Privatinteresse hat nicht viel übrig für den Schutz von lohnarbeitenden Konsumenten. Das Interesse an deren Schutz erscheint den Kapitalisten als Schranke für ihre Bereicherung. Schutz durch Qualität des Produkts und Arbeitssicherheit kostet Geld, es handelt sich um Kosten, die den Profit schmälern. Unseren famosen Privatproduzenten geht es nur um eins: das angelegte Geld vermehren, selbstverständlich ausschließlich im Dienste der Allgemeinheit. Gäbe es nicht die Androhung von Sanktionen, dann würde die Konkurrenz um niedrigste Kosten und maximalen Gewinn sehr rasch dazu führen, dass immer mehr Waren ohne Rücksicht auf Schutz der Arbeitenden und Verbraucher produziert würden. Die oft bemühte Selbstverpflichtung der kapitalistischen Warenproduzenten auf gesundheitliche Unbedenklichkeit ihrer Waren und Arbeitssicherheit ist nur ein Teil des Märchens vom sich selbst regulierenden Markt. Die sogenannten „schwarzen Schafe“, die es trotz der Androhung von Sanktionen reichlich gibt, würden bald das Aussehen der ganzen kapitalistischen Schafherde bestimmen. Das heißt aber nicht, dass die Kapitalisten gegen jeden staatlichen Eingriff in das blinde Wirken von Angebot und Nachfrage sind, oder davon einfach nur möglichst wenig wollen. Sie haben immer ihren Zweck vor Augen und fragen danach, ob es der Vermehrung ihres vorgeschossenen Geldes dient oder nicht. So sind sie zwar „grundsätzlich“ gegen alle bürokratischen Handelshemmnisse, was sie aber nicht hindert, im Einzelfall eben solche staatlichen Handelsbarrieren zu verlangen.

Nun ist der kapitalistische Produktionsprozess von Waren heute so hochgradig arbeitsteilig, dass es allgemeine anerkannte technische Regeln geben muss, damit überhaupt zusammenpasst, was zusammengefügt werden soll. Diesem Zwang kann sich auch der bornierteste Kapitalistenschädel nicht entziehen. Daher entwickeln die Kapitalistenverbände eine regelrechte Regulationswut, was die technische Spezifikation, erforderliche Eigenschaften von Produkten anbelangt. Die internationale Normung wird so mit großem Aufwand vorangetrieben, sowohl in der EU als auch weltweit. In den Normungsausschüssen sind die Kapitalisten aber nicht unter sich. „Betriebsfremde“ mischen sich ein und faseln von Sicherheits- und Gesundheitsschutz für

lohnabhängig Arbeitende und Verbraucher. Sobald es in den Normen um mehr geht, als um rein technische Spezifikation, also um Sicherheits- und Gesundheitsanforderung an Arbeitsprozess und Produkt, treten die Kapitalisten auf die Bremse und warnen vor Überregulation. Sicherheits- und Gesundheitsschutz kostet zwar Geld, aber vermehrt es nicht und Investition muss sich lohnen! Es ist immer das nackte ökonomische Interesse von Geldbesitzern, das ihre Sprüche und ihr Handeln bestimmt. Darum sind sie gegen alles, was den Profit schmälert und für alles, was ihn mehrt. In jeder konkreten Frage! Darum sind sie für Regulation des Marktes, die ihnen nutzt und gegen Regulation des Marktes, die ihrem Profitinteresse zuwider läuft. Einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen Regulation und Deregulation gibt es für Privatproduzenten jedenfalls nicht! Der kann allenfalls von gewissen links-interessierten Seiten aufgemacht werden.

Die ganze neoliberale Bande arbeitet an neuen Rahmenbedingungen des globalisierten Marktes für verbesserte Kapitalverwertung. Zu diesen neuen Rahmenbedingungen gehören vor allem:

- Der Abbau von Handelshemmnissen aller Art durch das Setzen neuer Regularien (z.B. Abschaffung alter nationaler Bestimmungen und erlassen von EU-Richtlinien, die das Inverkehrbringen von Waren regeln)
- Die Deregulation des Marktes für die Ware Arbeitskraft, Abbau von staatlichen Sozialleistungen.

Dass die Deregulation des Marktes für die Ware Arbeitskraft und der Abbau von staatlichen Sozialleistungen immer mehr Menschen in Armut stürzt und damit auf der anderen Seite den forcierten Ausbau der staatlichen Repressionsapparates verlangt (siehe USA) interessiert die „uneigennütigen“ Geldvermehrter, die durch Mehrung ihres Privatbesitzes der Allgemeinheit dienen wollen, rein gar nicht! Lauthals schreien sie nach verstärkter Sicherheit vor „kriminellen Nichtsnutzen“. Das unmodifiziert zur Entfaltung kommende Wertgesetz, der wirklich „freie Markt“, wäre ausschließlich ein Gesetz der Bereicherung und Verelendung, der rücksichtslosen Polarisierung zwischen arm und reich. Kann das Wertgesetz seine Wirkung „rein“ entfalten, ist es zugleich ein Gesetz des ungehinderten Raubbaus an Mensch und Natur und stellt dabei unweigerlich sich selbst in Frage, nämlich die Kapitalform als funktionierende Form gesellschaftlicher Reproduktion. Weil im Markt das Privatinteresse absolut dominiert, bedarf es der Regulation, damit Markt überhaupt funktionieren kann.

Die Regelungswut der europäischen Bürokratie mit ihren absurden Blüten wie auch die Produkthaftung der USA mit mindestens ebensolchen verrückten Folgen (Gerichtsurteile) gehören beide zu den bürgerlichen Dementis auf die eigene Glaubenslehre von den Wohltaten des Privatinteresses und des „freien Marktes“. Das Beste wird sein, die kapitalistische Privatproduktion abzuschaffen und an ihre Stelle die freie Assoziation der ProduzentInnen zu setzen, dann braucht es weder Verbraucherschutz durch bürokratische Produktrichtlinien/Verordnungen noch durch absurde Produkthaftung, weil die Gemeinschaft der ProduzentInnen zugleich die Gemeinschaft der KonsumentInnen ist. Da muss der eine nicht vor dem anderen geschützt werden!

Ja was denn nun, Regulation oder Deregulation? Die hochgradig arbeitsteilige kapitalistische Weltwirtschaft (in einem Auto können Teile aus über 200 Ländern stecken) kommt ohne Regeln nicht aus. Das beginnt bei der Technik und endet beim Handel (Warenkaufs- und verkaufsbedingungen). Arbeitsteilige Massen- und Serienproduktion verlangt nach Standardisierung. Es

müssen technische Regeln aufgestellt werden, auf die sich die Privatproduzenten verständigen, um Endprodukte in gesellschaftlicher Arbeitsteilung erzeugen zu können. (Beispielsweise Gewinde für Schrauben, Muttern und Bohrungen; metrisches Gewinde. Eine M8-Schraube passt in ein M8-Gewinde) Die Ausdehnung der Produktion und des Marktes wird daher begleitet von der Erzeugung technischer Regeln durch die Kapitalisten und ihre Verbände selbst. In diesem Punkt sind die Kapitalisten schon mal begeisterte Regulierer! Je entwickelter die Produktion, desto ausgeprägter und umfangreicher die technisch Regulation durch Normung. Die Normung bezieht sich immer auf Wirtschaftsräume, Märkte (zunächst national heute mehr und mehr international : z.B. DIN-Normen für den deutschen Markt, EN-Normen für den europäischen Markt oder international anerkannte ISO-Normen).

Da in der kapitalistischen Wirtschaft auf der Handlungsebene der Individuen das Privatinteresse der Bereicherung (aus einer Mark zwei machen) absolut dominiert, müssen sich die von einander unabhängigen Privatproduzenten auch beim Tausch ihrer arbeitsteilig erzeugten Waren auf bestimmte Regeln (Kauf- und Verkaufsbedingungen) verständigen. Ohne diese Regeln würde die entfesselte Konkurrenz der Privatinteressen ein Feuerwerk des gegenseitigen Betrugs auslösen. Das Privatinteresse muss gezügelt werden. Kauf und Verkauf werden in Verträgen besiegelt, die die verbindlichen Modalitäten festlegen, in denen die Privatproduzenten ihre Interessen gegenseitig anerkennen. Hier trauen die Kapitalisten sich wechselseitig nicht und wissen um das Problem der „Freiheit“, wie sie sie verstehen. Niemand von ihnen würde die Abschaffung des Staates verlangen unter Verweis auf die „freiwillige Selbstverpflichtung“. Die Einhaltung der abgeschlossenen Verträge gelingt nur unter Androhung von Sanktionen und mit Hilfe von Einrichtungen, die Strafen verhängen und diese durch Gewaltmonopol auch durchsetzen können. Der Staat setzt die Rahmenbedingungen für die wechselseitige Anerkennung der gegensätzlichen Privatinteressen und überwacht ihre Einhaltung. Als Klasse haben die Kapitalisten ein elementares Interesse an der Regulation des Marktes, weil sie sich selber kennen und nur zu gut wissen, das „freiwillige Selbstverpflichtung“ der Privatproduzenten nur ein Spruch für Dummerchen ist, wenn es darum geht, das Privatinteresse im Namen sozialer Gleichheit und Sicherheit zu zügeln. Gegen nahezu jedes Vorhaben, Regeln im Namen sozialer, ökologischer etc. Ein- und Vorsicht aufzustellen, die die Freiheit des Privateigentums sich mit möglichst großer Rendite zu vermehren, einschränken, laufen sie dagegen Sturm. Solche Regeln bedrohen ihre „Freiheit“, die darin besteht, dass sie alles das tun dürfen, was notwendig ist, um auf dem Markt zu bestehen und ihre angelegtes Geld mit möglichst großer Rendite zu vermehren. Es handelt sich um Regulation, die an ihren Geldbeutel geht und da sind sie in ihrer Seele getroffen!

Mir ging es hier nur um die Frage, ob sich mit den blutleeren Abstraktionen „Regulation“ und „Deregulation“ Interessengegensätze von Lohnarbeit und Kapital fassen lassen, was ständig versucht wird. Ich kann nicht finden, dass die Kapitalisten grundsätzlich für Deregulation sind und das Regulation automatisch etwas mit wohlmeinender sozialer Reform zu tun hätte. Die Besinnung auf grundlegende Charakteristika der kapitalistischen Produktionsweise zeigt, dass die Privatproduzenten eine grundlegendes Interesse sowohl an der Regulation bestimmter gesellschaftlicher Bereiche haben (etwa technische Standardisierung, „Wettbewerbsrecht“), wie auch ein grundlegendes Interesse an der Deregulation anderer gesellschaftlicher Bereiche („Arbeitsmarkt“, „Sozialrecht“)

Die Besinnung auf diese grundlegenden Charakteristika und der sich daraus ableitenden Interessenbildung von Privatproduzenten, soll nicht den Eindruck erwecken, als sei die Thematik damit erschöpft. Im politischen Raum artikulieren sich die unterschiedlichsten Interessen und prallen aufeinander. Die Auseinandersetzungen schlagen sich in der konkreten Ausgestaltung des Staates, seiner Gesetze nieder. So gibt es Gesetze für den Verbraucherschutz, Kinderschutz, Naturschutz oder auch den „Arbeitsschutz“. Alle diese Regularien tangieren das ökonomische Bewegungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft, ihre konkreten Gestaltungen sind aber nicht unmittelbar aus ihm ableitbar. Soweit sie die Verwertung von Wert einschränken oder gar gefährden sind und bleiben sie Gegenstände der sozialen und politischen Kämpfe in denen das dominierende ökonomische Interesse der Privatproduzenten unüberhörbar zu Tage tritt.

Fazit

Alle kapitalistischen Privatproduzenten wollen das ungehindert tun dürfen, was es ihnen ermöglicht, ihr vorgeschossenes Geld zu vermehren. Das ist ihr Begriff von „Freiheit“. Gibt es Regularien, die ihre Rendite schmälern, dann wollen sie sie abschaffen (Deregulation). Sind die „Freiheitsspielräume“ für die Ausbeutung von Ware Arbeitskraft unterschiedliche groß, so schreien diejenigen, die in in der Konkurrenz den kürzeren ziehen nach Schutzmaßnahmen gegen „unfairen Wettbewerb“ (Regulation).

Die Kapitalisten haben ein Interesse daran, ihre Konkurrenz untereinander zu regulieren. Sie haben ferner ein Interesse daran, dass die Konkurrenz unter den LohnarbeiterInnen – auf der ihre Macht beruht – möglichst dereguliert und ungehemmt ihr Werk verrichtet.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 2005

Es gibt keine Richtungswahl! – Lohnarbeitslosigkeit lässt sich nicht abwählen!

„Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Überbevölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Es wird gleich allen andren Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hierher gehört.“ (Marx, Kapital Bd. 1, S. 673, 674)

Rot-Grün oder Schwarz-Gelb? Sie sagen, es gehe um eine „Richtungswahl“ und behaupten wieder einmal, bei den Wahlen würden die Weichen gestellt für Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung. Der „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ steht wieder ganz oben an. Mit „ideologiefreier“, pragmatischer Wirtschaftspolitik zurück zur „Vollbeschäftigung“. Es stört die Anti-Ideologie-Ideologen wenig, dass ihr wirtschaftlicher Sachverstand sich seit Jahrzehnten blamiert und als pure Ideologie erweist, die allenfalls dazu taugt ihre sozialen Schweinereien zu rechtfertigen, aber nicht die Lohnarbeitslosigkeit zu beseitigen. Das ökonomische Bewegungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft reguliert die Politik und nicht die Politik die Ökonomie!

Im Schlusswort „Über den menschlichen Willen“ seines Buches „Nebensache Mensch“ führt Rainer Roth auf eindrucksvolle Weise vor, wie blamiert und abgedroschen mittlerweile die Phrasen über die Beseitigung der Lohnarbeitslosigkeit im Kapitalismus sind. Lohnarbeitslosigkeit lässt sich nicht abwählen! Um sie selbst samt ihren sozialen Folgen zu beseitigen, muss das System der Lohnarbeit abgeschafft werden! Jede Phase kapitalistischer Entwicklung wird durch die bürgerliche Politik „zeitgemäß“ interpretiert.

Selbst die CDU formulierte im Ahlener Programm von 1947 noch – dem damaligen Mainstream folgend – dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung den sozialen Interessen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden sei. Weltwirtschaftskrise, Depression, Krieg und Zusammenbruch ließen wenig Interpretationsspielraum. Mitte der 60iger Jahre – vor dem Hintergrund des „Wirtschaftswunders“, das sich nur der besonderen sozialen und ökonomischen Wirksamkeit des Weltkriegs verdankte - wollten bürgerliche Politiker in diesem unserem Lande den Menschen weiß machen, dass nunmehr alle angeblich dem Kapitalismus „angedichteten“ Tendenzen zu sozialer Polarisierung und existenzieller Unsicherheit überwunden seien. Es gehe nunmehr nur noch aufwärts mit Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

„Unsere Wirtschaft blüht, unser Wohlstand ist keine Privileg für wenige mehr, sondern eine Selbstverständlichkeit für alle. Ist schon der Wirtschaftsaufbau des total verwüsteten Landes vielen wie ein Wunder vorgekommen, muß man heute 20 Jahre nach Kriegsende, erst recht die Dauer unserer Konjunktur bestaunen. Wir kennen keine allgemeine Wirtschaftskrise mehr, kaum noch Rückschläge, nicht einmal mehr Stillstand in der Wirtschaft. Die Vollbeschäftigung ist längst zum Dauerzustand geworden.“ Theodor Blank

auf dem CDU- Parteitag von 1965.

Mit dem Auslaufen des Nachkriegsbooms wurden diese Sprüche eingestellt. Seit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 entwickelt sich die Kapitalakkumulation geradezu idealtypisch in der von Marx beschriebenen Form, inkl. mehr oder weniger schroffer Krisen und der progressiven Produktion einer industriellen Reservearmee. Seit dieser Zeit streiten sich die politischen Freunde der Marktwirtschaft darüber, wie die Arbeitslosigkeit zu überwinden sei. Die Lohnabhängigen seien Schuld, zu hoch ihre Ansprüche, zu teuer daher die Arbeit. Je stärker die asoziale Dynamik des Kapitals hervortritt, desto lauter werden die Rufe, auf „überzogene“ soziale Ansprüche zu verzichten, sich den Erfordernissen der Akkumulation zu beugen und den Kräften des Marktes zu vertrauen. Diese marktgläubige Ideologie und die daraus abgeleiteten Maßnahmen zur Erhöhung des Drucks auf Lohnabhängige, jede „nicht sittenwidrige“ Arbeit und jede Verschlechterung ihrer sozialen Lage zu akzeptieren, nennen sie dann Pragmatismus und beschimpfen alles als ideologisch, was die ökonomischen Ursachen und sozialen Folgen der Misere halbwegs nüchtern bilanziert.

Glauben ist gefragt, wo Sprüche und Versprechungen beständig durch die Wirklichkeit lügen gestraft werden. Das wiederum treibt manche „modernen“ Menschen lieber gleich zurück zum religiösen Original. Linke Alternative? Der in Meinungsumfragen ermittelte Zuspruch zu dem neuen Projekt einer linken Partei, die sich dem Anspruch nach nicht einfach der ökonomischen Logik als Zwangsgesetz beugen will, zeigt, dass es immerhin eine nennenswerte Anzahl von Menschen gibt, die den Ideologen der Marktwirtschaft nicht mehr traut. Aber die „Neue Linke“ ist eine Reformpartei und alle, die die Lohnarbeitslosigkeit im Kapitalismus selbst in praktischen Schritten überwinden wollen, müssen vor dem Hintergrund der „Globalisierung“ letztlich nationalistisch werden. Lafontaines ekelhafte Sprüche über die „Fremdarbeiter“, die „uns“ angeblich mit Dumping-Preisangeboten die Arbeitsplätze wegnehmen, und die sozialen Standards kaputt machen, sind der folgerichtige Ausdruck eines Sozialreformismus, der nicht daran denkt, das Privateigentum an Produktionsmitteln, die Warenproduktion und das Geld in Frage zu stellen. Schießen die einen gegen die Ansprüche auf zu hohe Bezahlung von Lohnarbeit, so die anderen gegen die Billiganbieter von Lohnarbeit aus „fremden“ Ländern. Schuld an der Misere ist in keinem Fall das Kapital, sondern sind die Lohnabhängigen selbst.

Marktwirtschaftlicher Pragmatismus eben, Vordergründiges! Bloß nicht „ideologisch“ werden, bloß nicht Privateigentum und Markt in Frage stellen! (In einem Fernsehinterview verteidigte Herr Lafontaine den Gebrauch des Wortes „Fremdarbeiter“ damit, dass der auch in den anderen Parteien schon benutzt worden sei. Klar, die neue Linkspartei ist ganz normal ... eben auch normal nationalistisch. Was soll die Aufregung?) Das alles spricht nicht gegen das Vorhaben von Reformen, wohl aber gegen einen Reformismus, der auf der irrigen Annahme beruht, man könne die Lohnarbeitslosigkeit und deren verheerende soziale Folgen aus der Welt schaffen, ohne die verursachenden Produktionsverhältnisse abzuschaffen.

Die Lohnarbeitslosigkeit verschwindet weder durch „angebotsorientiertes“ Senken der Löhne noch durch „nachfrageorientiertes“ Anheben der Löhne. Von außergewöhnlichen Umständen wie den ökonomischen Auswirkungen eines imperialistischen Weltgemetzels einmal abgesehen, produziert das Kapital progressiv eine industrielle Reservearmee für seine Verwertungsbedürfnisse. Der gefeierte und massiv betriebene Fortschritt in der Arbeitsproduktivität dient im Kapitalismus der

Kostensenkung und damit der Ausdehnung der unbezahlten Mehrarbeit. Der Profit als treibendes Motiv der Produktion verlangt bei Bedarf die Freisetzung von Lohnarbeitskräften. Wer sich dem Tabu „Privateigentum“ beugt muss sich natürlich die Frage nach der „Bezahlbarkeit“ wohlgemeinter Reformen gefallen lassen und vorrechnen können, wo das Geld herkommen soll. Bezahlbarkeit heißt: Wie lässt sich das mit den Erfordernissen von Kapitalverwertung vereinbaren? Bedroht die Reform das ökonomische „Naturgesetz“ der Verwertung? Dabei sehen dann alle Reformisten so schlecht aus wie Oskar Lafontaine! Im Lichte „ökonomischer Vernunft“ sind die meisten Reformen heute nicht bezahlbar. Haben wir nicht schon genug Pleiten? Das Kapital muss entlastet werden, mehr Profit machen können, sonst gibt es noch mehr Arbeitslose.

Kommunismus – was sonst?

Nein, der Kommunismus ist nicht out! Seine Entstellung im Realsozialismus kann man durch die Brille der kapitalistischen Marktwirtschaft oder unter Bezugnahme auf die Ziele sozialer Emanzipation kritisieren. Der Anspruch auf gesellschaftlich geplante Produktion und Verteilung ist vor dem Hintergrund kapitalistischer Entwicklung zumindest theoretisch so aktuell, wie er nur sein kann.

Schaut man sich den Realsozialismus durch die Brille der kapitalistischen Marktwirtschaft an, dann gab es da auch Lohnarbeitslosigkeit, nämlich „verdeckte Lohnarbeitslosigkeit“. Das ist ganz einfach! Jede Lohnarbeit, die nicht kapitalproduktiv ist, also nicht das vorgeschossene Geld vermehrt, gilt als nutzlose, vergeudete Arbeit. Nach diesen Kriterien hätten eben im Realsozialismus viele Menschen arbeitslos sein müssen. So die beeindruckenden Befunde der Ökonomen. Eine gesellschaftliche Produktion, die nicht der Vergrößerung einer angelegten Menge Geldes dient, können sich diese Giganten des Geistes einfach nicht vorstellen und darum ist Arbeit, die bloß Gebrauchsgegenstände schafft und nicht ihren Gegensatz als Kapital progressiv reproduziert eine wegzurationalisierende Größe, bloßer Kostenverursacher, der den Profit schmälert, statt ihn zu schaffen.

Die eigentliche Ursache des Elends und Untergangs dieses Realsozialismus kommt dabei gar nicht in Betracht. Es handelte sich nämlich nicht um gesellschaftliche Planung von Produktion und Verteilung, sondern um Parteiplanung von Produktion und Verteilung, eine Planung zudem, die zwar auf staatlichem Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln beruhte, aber die Produktion von Waren und demzufolge die Verteilung mit Hilfe von Wertausdrücken (Preisen) plante. Es war eine geplante, staatssozialistische Marktwirtschaft, gelenkt durch eine Partei mit diktatorischer Machtfülle, der die meisten Menschen unterworfen und ausgeliefert waren. Von daher macht es natürlich Sinn, dieses System mit den Kriterien der Marktwirtschaft zu begutachten und ihr „verdeckte Arbeitslosigkeit“ anzudichten. Schließlich waren ja fast alle Merkmale der Marktwirtschaft vorhanden. (Im Gegensatz zu den Ökonomen, machen aber „die Betroffenen“ sehr wohl und zu Recht einen Unterschied zwischen „verdeckter“ und tatsächlicher Lohnarbeitslosigkeit.) Das Scheitern des Realsozialismus beweist keinesfalls die Unmöglichkeit gesellschaftlicher Planung von Produktion und Verteilung. Es beweist allein das Scheitern einer staatlichen Planung von Warenproduktion im Vergleich mit privatkapitalistischer Warenproduktion. (Es muss hinzugefügt werden, dass es sich hierbei nicht um ein rein ökonomisches Scheitern im Sinne eines Zusammenbruchs handelte, sondern um eine politisch gewollte und/oder zugelassene Abschaffung eines Systems, das seinen proklamierten Zielen Hohn sprach und dessen soziale Bilanz immer katastrophaler wurde. Man sollte so auch mit dem Privat-

Kapitalismus verfahren! ... und wenn der sich so unblutig abschaffen ließe, wie der „blutrünstige Kommunismus“, dann wäre das sehr schön!

Wer an dem Anspruch festhält, die durch das Kapital selbst erzeugte existenzielle Unsicherheit und Not zu überwinden, der kommt an der Notwendigkeit gesellschaftlicher Planung von Produktion und Verteilung nicht vorbei. Die effektiven Formen dieser gesellschaftlichen Planung können nur in theoretischer Arbeit angedacht und müssen letztlich in praktischen Suchbewegung gefunden werden. Es steht lediglich fest, dass dazu das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln und damit das System der Lohnarbeit fallen muss. Nur so wird der Weg frei für eine Produktion und Verteilung, in der die Arbeitsprodukte ihren Warencharakter verlieren und daher die Individuen ihre Gesellschaftlichkeit nicht mehr in Gestalt des Geldes als verdinglichte, fremde Macht reproduzieren müssen. Nur auf dieser Basis lässt sich gesellschaftlich entscheiden wie der Produktivitätsfortschritt genutzt werden soll (Größe des Mehrprodukts, Umfang der Akkumulation, Länge der individuellen Arbeitszeiten, Art und Umfang der Konsumtion, etc.) Durch Wahlen lässt sich das alles nicht bewerkstelligen, sondern nur durch die solidarische, auf soziale Emanzipation gerichtete Aktivität der lohnabhängigen Menschen in ihrer überwältigenden Mehrheit.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 09/2005

Lafontaines Nationalismus

Herr Lafontaine meint und verteidigt folgende Aussage:

„Der Staat ist verpflichtet zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter ihnen zu Billiglöhnen die Arbeitsplätze wegnehmen.“

Soweit ich das bisher verfolgen konnte kritisiert die „Linke“ daran zu recht und mit Nachdruck den Gebrauch des Wortes „Fremdarbeiter“, diesen skrupellosen Gebrauch des Nazijargons. Sollte es aber nichts gegen diesen Satz einzuwenden geben, wenn es statt „Fremdarbeiter“ beispielsweise „befreundete Menschen aus den Nachbarländern“ heißen hätte? Dann wären immer noch Menschen, die vom Verkauf ihre Arbeitskraft leben, die angeblichen Akteure, Subjekte des Geschehens, die andern lohnabhängigen Menschen die Arbeitsplätze „wegnehmen“. Warum wird das nicht kritisiert, ist der Antikapitalismus schon so weit auf den Hund gekommen? Hat Mensch sich an diese Sprüche schon zu sehr gewöhnt, um nicht zu erkennen welcher Affront gegen die Kapitalismuskritik darin steckt?

Die Konkurrenz unter den VerkäuferInnen von Ware Arbeitskraft wird gesetzt durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, das Privateigentum an Produktionsmitteln, die Trennung der unmittelbaren ProduzentInnen von den gegenständlichen Bedingungen ihrer Reproduktion. Wird gleich qualifizierte Arbeitskraft zu unterschiedlichen Preisen angeboten, dann kaufen die Kapitalisten die billigere Arbeitskraft. Egal, ob sie „fremd“ oder „nicht fremd“ ist. Entwickelt sich ein internationaler Markt für die Ware Arbeitskraft, dann vergrößert sich das Reservoir an AnbieterInnen billiger Arbeitskraft aufgrund des unterschiedlichen Entwicklungsstandes der nationalen Kapitale/Märkte.

Das Kapitalverhältnis selbst ist die Ursache für den „Verdrängungswettbewerb“ unter den AnbieterInnen von Arbeitskraft. Das Kapital, der ökonomische Prozess seiner Verwertung, nimmt die Arbeitsplätze weg! Niemand und nichts sonst! Am Kapitalverhältnis aber will der Herr Lafontaine nicht rütteln! *„Die Kapitalisten, die brauchen wir, es muss sie geben...“* So ein anderer markanter Spruch von ihm. Wo es Kapitalisten gibt, da gibt es Lohnabhängige und ein entsprechendes Verhältnis zwischen beiden Sorten Mensch. Die Kapitalisten tun im Wesentlichen nur das, was das ökonomische Gesetz der Verwertung von Wert, die Vermehrung des angelegten Geldes, von ihnen verlangt, nämlich möglichst billig produzieren und möglichst teuer verkaufen. Zur billigen Produktion gehört die billige Ware Arbeitskraft und die billige Ware Arbeitskraft ist überall dort zu haben, wo es einen Überschuss davon gibt, der im Fortgang der Akkumulation durch die besondere kapitalistische Nutzung des technischen Fortschritts und durch Krisen permanent erzeugt wird. Die überschüssigen Lohnarbeitskräfte, die lohnarbeitslos sind, wo immer sie auch geboren sein mögen, tun auch das, was die Verhältnisse von ihnen verlangen, sie suchen nach einem Job und bieten sich zu Preisen an, die der Markt von ihnen verlangt. Sie nehmen nicht weg, was ihnen nicht gehört („Arbeitsplätze“), sie bieten nur an, was sie haben, ihre Arbeitskraft. Alles Gerede davon, dass irgendwelche LohnarbeiterInnen anderen den Lohnarbeitsplatz „wegnehmen“ ist reaktionäres Gewäsch! Wer wirklich etwas gegen Lohnarbeitslosigkeit tun will, der muss die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, das Privateigentum an Produktionsmitteln und die durch das Kapital selbst bedingte Konkurrenz unter den Lohnabhängigen beseitigen. Herr Lafontaine, in Anbetracht der Unverzichtbarkeit der Kapitalisten, setzt stattdessen auf „Vater Staat“:

„Der Staat ist verpflichtet zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden ...“

Und welche Möglichkeiten hat „Vater Staat“ einer nationalen, kapitalistischen Republik, die es zunehmend mit internationalen Märkten zu tun hat? Nationale Politik eben! Die billigen fremden „Arbeitsplatzwegnehmer“ draußen halten. Das macht „Vater Staat“ nicht nur mit billiger, fremder Ware Arbeitskraft so, sondern auch mit billigen anderen Waren aus andern Ländern, z. B. Textilien aus China. Der „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ wird so geführt als Kampf zum Schutz der deutschen Industrie. Das ist die bürgerlich-nationale Variante des Kampfes gegen die Lohnarbeitslosigkeit, für die sich jede sogenannte „Linke“ entscheiden muss, wenn sie die kapitalistischen Produktionsverhältnisse aus ihrer Kritik ausklammert und sie nicht abschaffen will.

In Lafontaines so oft zitierten und kritisierten Satz steckt also noch eine ganze Menge mehr, was Sozialrevolutionäre zu kritisieren hätten. Man hört diese Kritik aber kaum, was mir reichlich Anlass zur Sorge über den Zustand der sogenannten „Linken“ gibt! Es gab so viel Aufschrei der Empörung über diverse Aussagen oder Versprechen von Herrn Dr. Stoiber oder Frau Dr. Merkel, was aber sich Genosse Lafontaine geleistet hat, ist in seinem Zynismus nicht zu übertreffen, wird aber von den Medien nicht so oft zitiert, haben wir mal hier wieder mit der berühmten selektiven Wahrnehmung der linken Medienlandschaft in Deutschland zu tun? Hier das Zitat:

„Die Nazis waren nicht fremdenfeindlich, sondern in erster Linie rassistisch, denn sie haben Fremde im Deutschen Reich beschäftigt.“

Das hat Herr Lafontaine auf dem Kasseler WASG-Bundesparteitag gesagt. Das berühmte Fremdarbeiter-Zitat (Kundgebung in Leipzig):

„Der Staat ist verpflichtet zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil

Fremdarbeiter ihnen zu Billiglöhnen die Arbeitsplätze wegnehmen."

Schon 2001: *"Zusätzliche ausländische Arbeitskräfte brauchen wir nicht!"*

Als Bundesfinanzminister hat er 1998 interessanterweise gesagt:

"Wenn man eben dann hingehet und sagt, die Ausländer sind an allem schuld, dann gibt es eben junge Leute oder auch ältere Leute, die das glauben. Und daher ist es Verantwortung demokratischer Parteien, solche einfachen Antworten nicht anzubieten und nicht also Ausländerfeindlichkeit zu schüren."

Statement zur Wortwahl "Fremdarbeiter" (nach Leipzig):

"Vielleicht kann man also das Wort, kann man die Sprachregelung des Dudens in Deutschland noch anwenden, ohne dass irgendwelche Betroffenheitslyriker versuchen einen am Zeug zu flicken."

Auf dem Bundesparteitag der WASG in Kassel:

"Die Nationalsozialisten waren nicht in erster Linie fremdenfeindlich, sondern rassistisch. Fremde sind hier im Deutschen Reich sehr wohl beschäftigt worden, sofern sie arischer Abstammung waren."

Rechtfertigung wenig später vor Journalisten:

"Widerlegen Sie, dass Fremdarbeiter, die arischer Abstammung waren, im Deutschen Reich nicht willkommen waren."

Klassenkampf gegen Hartz IV:

"Die Kapitalisten, die brauchen wir, es muss sie geben. Aber jeder muss wissen, ihr Interesse deckt sich niemals mit dem Interesse der Allgemeinheit und sie sind stets darauf aus, die Öffentlichkeit in die Irre zu führen. Wüsste das doch einer der Volksvertreter, die diesen Schandgesetzen im Bundestag zugestimmt haben." (danke, Oskar - wenigstens du weißt es...)

Auszüge aus seinem Buch "Politik für alle":

"Wertigkeit hat der brave deutsche fleißige Arbeiter."

Im Kapitel "Ausländer und wir" (!?):

"[...] rund 18% der türkischen Haushalte beziehen in Deutschland Arbeitslosen- und Sozialhilfe."

Er bringt auch ein uraltes Zitat, um wohl gegen Amerika zu hetzen:

"Und wir Amerikaner sind das auserwählte Volk, das Israel unserer Zeit. Wir tragen die Bundeslade mit den Freiheiten der Welt."

Angeblich steht in diesem Buch auch noch "eine Idee oder Anregung, die Staatsbürgerschaft an 'die Zahlung von Steuern und Abgaben' zu binden."

Dazu hab ich nichts gefunden, und das Buch (natürlich) nicht gelesen. Zu einem Folter-Zitat, dass ja auch stark durch die Medien geistert, hab ich nur gefunden, dass er beim "Fall Daschner" (damals bei der Entführung des Bankierssohns wurde dem Entführer Folter angedroht) massiv pro Daschner war und für ein "Erlauben von Folter in Ausnahmefällen" sein soll. Fazit: Oskar L. weiß ganz genau was er macht und sagt. Ein Rattenfänger. Aber ist ja nichts bahnbrechend Neues...

Gruß

SpeedMaster

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 09/2005

Es gibt Bedingungen des geforderten „Bedingungslosen Grundeinkommens“!

„Grenzenlose Freiheit“ verspricht die Fiat-Werbung für den Punto. Die Forderung nach „Bedingungslosem Grundeinkommen“ im Kapitalismus trägt ähnlich phantastische Züge. Wer seine Sinne beieinander hat, der sollte eigentlich wissen, dass alles was ist, seine Bedingung hat. Bedingungslos ist rein gar nichts zu haben und in der kapitalistischen Gesellschaft sowieso nicht. „Grenzenlosigkeit“ und „Bedingungslosigkeit“ sind bürgerliche Träume, die ihre Grundlage in der scheinbar grenzen- und bedingungslosen Verwertung von Wert und nicht zuletzt in der betörenden Geldillusion haben. 1. Die erste Bedingung jeder Form von Geldeinkommen, also auch von einem möglichen „Bedingungslosen Grundeinkommen“, im Kapitalismus ist die Akkumulation von Kapital. Alle Revenueformen (Lohn, Profit, Rente) und auch alle Transferleistungen hängen davon ab.

Das wir im Kapitalismus leben und dass dieser auf der Verwertung von Wert beruht bestreiten ja auch die Befürworter der Forderung nicht. Sie unterstellen allerdings, dass diese Verwertung von Wert, die fortschreitende Akkumulation selbstverständlich funktioniert. Würde sie aber selbstverständlich funktionieren, dann gäbe es die wachsende Zahl von Lohnarbeitslosen nicht und niemand käme überhaupt auf die Idee für diese Menschen eine solche Forderungen aufzustellen. Die Forderung nach „Bedingungslosem Grundeinkommen“ ist also ein Reflex, eine Reaktion auf das bisherige Versagen der Kapitalakkumulation. Die sprunghafte Vergrößerung der Lohnarbeitslosigkeit erfolgte mit jeder zyklischen Krise. Es begann mit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 und setzte sich mit jedem Konjunkturreinbruch fort. Es begann in Deutschland mit 1 Million und wir liegen heute bei 5 Millionen.

1. Bedingung erfolgreicher Kapitalakkumulation ist, dass die Lohnarbeit sich ausdehnt und nicht schrumpft. Gelingt es nicht die Anwendung von Lohnarbeit auszudehnen, dann gerät die Kapitalakkumulation in die Krise und produziert progressiv Lohnarbeitslosigkeit. Die Klientel für „Bedingungsloses Grundeinkommen“ wächst also ständig, wenn es nicht gelingt, die Lohnarbeit auszudehnen. Erklärtes Ziel der Befürworter des „Bedingungslosen Grundeinkommens“ ist es aber gerade, den Zwang zur Lohnarbeit im Kapitalismus zu reduzieren, die Lohnarbeit zu reduzieren. Wenn aber die Lohnarbeit nicht ausgedehnt wird, können sich auch die Einkommen aus Lohn, Profit und Rente nicht vermehren und die Spielräume für soziale Transfers, in welcher Form auch immer, werden enger. Bedingung eines „Bedingungslosen Grundeinkommens“ im Kapitalismus wäre also gerade die Ausdehnung der Lohnarbeit.
2. Bedingung einer Existenzsicherung durch „bedingungsloses Grundeinkommen“ wäre, dass diesem Geldeinkommen ein entsprechendes Warenangebot gegenüber steht. Mensch soll ja davon leben. Auch dies halten die Befürworter für eine Selbstverständlichkeit, die es aber nicht ist, nicht im Allgemeinen und schon gar nicht im heutigen Kapitalismus. Gerne wird darauf verwiesen, dass ja genügend Geld da sei und man es nur umverteilen müsse. Welch eine Illusion! Bekanntlich driften Geld- und Realakkumulation immer weiter auseinander. Die Vermehrung des Geldes beruht nicht zu letzt auf Spekulation, Zins etc. Diesen Geldmengen steht gerade kein entsprechendes Warenangebot gegenüber. Sie umzuverteilen und für den Konsum nutzbar machen zu

wollen, ist ein schlechter Witz! Die mit dem Geld verbundenen Ansprüche auf Genuss des materiellen Reichtum würden sich in Luft auflösen, eben weil diesem Geld kein entsprechend produzierter materieller Reichtum entspricht. Mangelhafte Verwertung des Kapitals, weil zu wenig billigste Lohnarbeit zu Verfügung steht, führt eben zur Einschränkung der Produktion. Ausreichende Produktion von materiellem Reichtum ist im Kapitalismus durchaus keine Selbstverständlichkeit. Im Extremfall stellt das Kapital die Produktion fast ganz ein, weil sie nicht genug Profit abwirft. (Beispiel Argentinien) Aber das würde das „Bedingungslose Grundeinkommen“ wohl kaum berühren ... oder?

3. Das „Bedingungslose Grundeinkommen“ von dem mensch einigermaßen gut soll leben können, ist ja nicht so hoch. Einigermaßen leben kann mensch davon nur, wenn die Preise für Lebensmittel aller Art niedrig sind. Dass diese Preise so niedrig sind, davon gehen die Befürworter dieses farnosen Einkommens auch unhinterfragt aus. Resultieren die niedrigen Preise wirklich nur aus der hohen Produktivität der Lohnarbeit (ja, nicht der Arbeit sondern der Lohnarbeit) ? Können wir das wirklich dem Kapital, dem Privateigentum überlassen? Tatsächlich ist die „selbstverständlich“ hohe Arbeitsproduktivität nur eine der Bedingungen für die niedrigen Preise, die es erlauben mit dem angetriebten Grundeinkommen einigermaßen leben zu können. Die andere Bedingungen ist die, dass ein immer größerer Teil dieser Lebensmittel zu Niedrigstlöhnen und unter bedrückenden, teils mörderischen Verhältnissen von Menschen in China, Indonesien etc. produziert werden. Was wäre das Grundeinkommen in der angestrebten Höhe tatsächlich Wert, wenn diese Bedingung nicht erfüllt wäre?

Heute ist es kaum noch möglich, sich über die gesellschaftlichen Bedingungen unter denen wir unsere Forderungen erheben, zu verständigen. Mit Kapitalismuskritik ist man schnell durch! Klar Profit! Klar Verwertung von Wert! Aber was das bedeutet und wie das funktioniert, welche Schranken sozialer Emanzipation sich daraus ergeben, das bleibt im Dunkeln und wird verdunkelt im Namen der „grenzenlosen Freiheit“ mit der wir unsere Forderungen erheben. Nicht das Privateigentum sei das Problem, sondern die Lohnabhängigkeit, der Zwang zur Lohnarbeit! Welche eine Erkenntnis! Das System der Lohnarbeit beruht darauf, dass die Masse der Menschen der gegenständlichen Bedingungen ihrer Reproduktion beraubt ist, also auf Enteignung. Die Folgen dieses Systems, allen voran der Zwang zur Lohnarbeit selbst, lassen sich nur aus der Welt schaffen durch eine Aneignungsbewegung. Wer den Zwang zur Lohnarbeit abschaffen will, ohne eine solche Bewegung zur Aneignung dieser gegenständlichen Bedingungen menschlicher Reproduktion, also der Produktionsmittel, wer den Arbeitsprozess der Gesellschaft nicht zum Gegenstand sozialer Emanzipation machen will, sondern gerade darauf beharrt, dass mensch nach Belieben den Arbeitsprozess links oder rechts liegen lassen kann, der verbreitet die gleichen Freiheitsillusionen, wie die Bürgerlichen selbst, auch dann, wenn er oder sie es gut meint. Er oder sie nimmt beiläufig auch in Kauf, dass Menschen anderswo auf diesem Planeten sich zu Billigstlöhnen zu Tode arbeiten, wenn nur das Grundeinkommen ausreicht. Man kann das eben alles dem Kapital überlassen.

In der Forderung nach „Bedingungslosem Grundeinkommen“ im Kapitalismus wird die Forderung nach einem „Recht auf Faulheit“ konkretisiert. Dieses „Recht auf Faulheit“ wird sich unter gegebenen kapitalistischen Bedingungen ebenso blamieren wie die altherwürdige Forderung

der reformistischen Arbeiterbewegung nach einem „Recht auf Arbeit“ im Kapitalismus. Mag das „Recht auf Faulheit“ auch tausendmal sympathischer sein als das „Recht auf Arbeit“, beide Forderungen beruhen auf den gleichen Irrtümern und Illusionen über den Charakter der kapitalistischen Produktionsweise. Ohne Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln und Aneignung derselben durch die assoziierten ProduzentInnen kann es keine gesicherte Grundversorgung der Masse der Menschen geben! Alle notwendigen Forderungen zur Abwendung der schlimmsten Folgen des Kapitals können niemals zu einer gesicherten Grundversorgung führen und sollten daher auch nicht mit solchen Illusionen geziert werden.

Das Dilemma vor dem wir stehen, warum die Diskussionen so merkwürdig verlaufen, sehe ich darin, dass auch alle bisherigen Versuche, das kapitalistische Privateigentum abzuschaffen, sich kräftig „blamiert“ haben (wobei des Wort „Blamage“ in diesem Zusammenhang ein Euphemismus ist). Tatsächlich lastet der „Realsozialismus“ wie ein Albtraum auf der sozialen Bewegung, vor allem in Deutschland. Solange keine wirkliche Offenheit entsteht, erneut über die Formen nachzudenken, in denen sich das Privateigentum an Produktionsmitteln überwinden lässt, gibt es keine Chance einer wirklich weiterbringenden Diskussion, bleibt die gedankliche Blockade in den sozialen Bewegungen. Diese Offenheit, das habe ich verstanden, wird kaum durch angemessene Ökonomiekritik vollbracht – auch wenn diese unbedingt nötig ist. Diese Offenheit der Köpfe kann nur das Kapital selbst erzeugen, indem das Privateigentum praktisch versagt. So ist auch die tatsächliche Erkämpfung einer Grundsicherung für alle, jenseits des Kapitals, an Bedingungen geknüpft.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 02/2006

Rente mit 67? Ein Fall typischer kapitalistischer Gleichmacherei

Wer kennt ihn nicht, den Vorwurf, Sozialismus bedeute Gleichmacherei. Doch gerade der Kapitalismus hat seine ihm eigene Gleichmacherei. Beispiel: Rente. Der Schrei nach längerer Lebensarbeitszeit, nach Rente ab 67, wird zumeist hinausposaunt von Leuten, die mit 8 Jahren „Arbeit“ als Politiker einen Pensionsanspruch erworben haben, der keine Wünsche übrig lässt. „Wir müssen alle länger arbeiten!“ so lautet das Motto bürgerlicher Gleichmacherei. Dass das kein Problem sei, dass betonte Altbundeskanzler Helmut Schmidt mal vor laufender Kamera mit dem Verweis darauf, dass er ja schließlich im Alter von über 80 Jahren noch täglich mehrere Stunden „arbeite“. Bravo! Zeitungen und Bücher lesen, Schreiben und Vorträge halten. Ja, das möchte ich auch noch in hohem Alter. Was aber würde der gute Mann wohl sagen, wenn man ihn in irgend eine scheiß Fabrik stellen würde – wortwörtliche, nämlich stundenlang stehen -, und er von dem dort verdienten Geld auch tatsächlich leben müsste? (Keine dicke Pension im Hintergrund!)

Der Schrei nach längerer Arbeit für alle trägt Züge eines abstoßenden sozialen Zynismus. Würde die Rente ab 67 tatsächlich für alle durchgesetzt, müssten alle bis 67 arbeiten, dann wäre das so eine Art Euthanasie-Programm, um Menschen, die heute schon mit Mitte 55 von ihrer schweren Arbeit in Fabrik und Handwerk verschlissen sind, den Rest zu geben. (Aber der demographischen

Kurve täte das sicher gut!) Die Jobs hier alle aufzuzählen, die zum „vorzeitigen Ausscheiden aus dem Berufsleben“ zwingen(!), würde zu weit führen. Unsere sauberen politischen Ökonomen könnten sich ja mal bei den Berufsgenossenschaften ein paar arbeitsmedizinische Erkenntnisse anlesen und nachschauen welchen enormen Belastungen und gesundheitlichen Gefährdungen die Menschen in vielen Berufen ausgesetzt sind.

Ich glaube, niemand hätte etwas dagegen über 80 Jahre alt zu werden, noch immer recht fit, um dann ein paar Stunden zu lesen, zu schreiben oder zu sprechen. Das alles in ansehnlichem Wohlstand, den man sich mit paar Jahren in Staatsdiensten „verdient“ hat. (Apropos: Eine neuere Untersuchung aus SPD-Kreisen weist übrigens nach, dass die Bezieher niedriger Renten, die ihre Leben lang oft schwer körperlich arbeiten mussten, im Schnitt ca. 9 Jahre eher versterben. Ihre Beiträge in die Rentenkassen, sorgen dann dafür, dass die länger lebenden Betuchten auch ordentlich was von der Rente haben.)

Immerhin, man freut sich schon, wenn da ein paar Zwischentöne zu hören sind, etwa vom Rheinland-Pfälzischen Ministerpräsidenten Beck, dem doch wenigstens der Dachdecker einfiel, der vielleicht mit 67 doch etwas überfordert wäre, sollte er noch auf Dächern herum turnen und Ziegel durch die Luft werfen und fangen. Oder auch der IGM Typ, der anlässlich der neuen Vorruhestandsregelung bei VW darauf hinwies, dass Fließbandarbeit mit 67 vielleicht nicht mehr geht. Aber diese Zwischentöne gehen unter in Mitten des Schreis nach längerer Arbeit. Ganz so dumm, wie sie tun, sind unsere Politiker und Unternehmer aber in Wirklichkeit nicht. Sie wissen sehr wohl, dass das Arbeiten bis 67 für sehr viele Menschen nicht geht. Sie wollen gerade diesen am härtesten arbeitenden Menschen die Rente kürzen. Sie bejammern die demographische Kurve und meinen, alles sei nicht mehr bezahlbar. „Deutschland“ sei verschuldet. „Deutschland“ ist nicht verschuldet, vielmehr ist „das Ausland“ bei „Deutschland“ verschuldet. „Wir“ sind Exportweltmeister! Verschuldet ist nur der Staat und die Frage, bei wem er verschuldet ist, wagt kaum jemand zu fragen. Wo ein Schuldner ist, da ist aber auch ein Gläubiger. In diesem Fall ist es eine stolze Zahl von privaten Gläubigern, bei denen Vater Staat verschuldet ist. Die Reichtümer in der Privathand einer kleinen radikalen Minderheit quellen über. Sie wissen nicht wohin damit und zocken mittlerweile immer häufiger an der Börse oder leihen es dem armen Staat, um Zinsen dafür zu kassieren.

Die demographische Kurve hat nicht verhindert, dass das Bruttoinlandprodukt pro Kopf der Wohnbevölkerung (!) bis in die 90iger Jahre hinein ungebrochen anstieg (aktuelle Zahlen liegen mir nicht vor.) Wohlgemerkt, pro Kopf der Wohnbevölkerung, nicht der Erwerbstätigen! Man könnte also darauf verweisen, dass genug da ist, auch für Kinder und alte Menschen, und man es nur unverteilen bräuchte, damit es allen stetig immer besser geht. Aber so einfach ist die Sache nicht! Warum wurde denn bisher so verteilt, dass der Staat bei den privaten Akkumulatoren des Reichtums so verschuldet ist? Woher überhaupt haben sie dieses viele Geld, diesen Reichtums? Niemand hat es ihnen gegeben und vom Himmel ist es auch nicht gefallen. Sie haben es sich selbst „erworben“ nämlich durch einen genialen Tausch. Die Geldbesitzer legen ihr Geld an, kaufen Fabriken und Arbeitskraft damit, die ihnen dann ihr Geld vermehrt, indem sie eine Menge schöner Sachen produziert, deren Verkauf mehr Geld zurück lässt, als die Geldbesitzer angelegt haben. Wirft der Einsatz dieser Arbeitskraft nicht mehr genug ab, ist die Rendite im Spielkasino der Börse höher, oder sind die Zinsen höher, die man erhält, wenn man dass aus der Produktion stammende

Geld Vater Staat leiht, dann machen die Geldbesitzer lieber das.

Ohne an diesen Verhältnissen etwas zu ändern, ohne das Produktionsverhältnis des kapitalistischen Privateigentums, dass für diese Verteilung sorgt zu attackieren und zu beseitigen, wird es keine gesicherte soziale Verteilung geben und wir werden alle länger arbeiten müssen, stündlich, täglich, wöchentlich, monatlich, jährlich und bezogen auf unser ganzes Leben, selbstverständlich bei gekürzten Löhnen und Renten. Damit sich die Geldanlage in Produktion und Dienstleistung ordentlich lohnt und die Rendite steigt!

Die Forderung nach einer Rente ab 55 (vielleicht), von der man leben kann, sollte man sich deshalb allerdings nicht verkneifen. Als Maßstab für den Renteneintritt kann man getrost, die tatsächliche Verrentung durch das Kapital nehmen, also den üblichen „Vorruhestand“ so ab Mitte 50. Bezahlen sollen die kapitalistischen Geldbesitzer!

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 03/2006



Altersvorsorge ... Moritz Müller, Mindestlöhner

Das letzte Wort der Pädagogik oder The cry for law and order!

Kein Zweifel, die Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten rapide verändert Die Produktion hat sich verändert, die Konsumtion hat sich verändert, Politik hat sich verändert, die Medien haben sich verändert, Familie hat sich verändert usw. Dynamisches Wirtschaftswachstum zu großen Raten, „Vollbeschäftigung“ etc. das alles gehört der Vergangenheit an.

Schule ist kein abgeschlossener Raum, auch wenn die Klassenzimmer nach Beginn des Unterrichts oft so wirken, als seien sie das, in dem an den gesellschaftlichen Realitäten vorbei „Erziehung“ passiert.

- Als ich noch zur Schule ging (von 1956 bis 1968), stellte sich nur die Frage, was man später mal werden sollte, nicht ob man überhaupt was werden könnte! Das ist heute anders!
- Als ich noch zur Schule ging, gab es erst ein, später zwei Fernsehprogramme mit einem „sauberen“ Familienprogramm, keine 20 oder 30 Programme, die rund um die Uhr ausstrahlen.
- Als ich noch zur Schule ging, gab es keine Computer, Spielkonsolen, DVD-Player etc. begleitet vom tausendfachen Angebot Gewalt verherrlichender Spiele, Pornovideos etc.
- Als ich noch zur Schule ging, gab es keine Handys mit denen in Windeseile „Informationen“ verbreitet werden können. Es gab erst recht keine Handys, mit denen man fotografieren und Filme abspielen kann.
- Als ich noch zur Schule ging, gab es keine Zeitungskioske, die vollgestopft sind mit Druckerzeugnissen, die all die technischen Wunderwerke und kulturellen „Höchstleistungen“ der interessierten Leserschaft nahe bringen. Es gab nicht diese Ausstellungsfenster, in denen uns entblößte Frauenbrüste und mehr geradezu „anspringen“.

Die Büchse der Pandora

... wer sie öffnet

Die modernen Massenmedien gieren förmlich nach (ökonomisch) verwertbaren Informationen. Die Lust des Voyeurismus wird zur Sucht gemacht, weil die Verwertung es verlangt! Der Rubel muss rollen! Rund um die Uhr müssen Sensationen beschafft werden. Wo es keine gibt müssen sie gemacht werden, für Zeitungsartikel, Videos, Talkshows, von denen eine abartiger ist als die andere und auch die alltäglichsten und intimsten Erlebnisse solange bearbeitet werden, bis sie als Sensation dem voyeuristischen Publikum präsentiert werden können.

Gewalt und Sex, besser noch die Kombination von beiden (es geht wirklich immer weniger beim Sex um die Darstellung von Sex, als auch hier um die Darstellung von Unterwerfungstechniken, die sich auch in der Sprache ausdrücken. Das Wort „ficken“ steht oft synonym für Schlagen oder Misshandlung), sind die Renner, bei denen das meiste Gänsehaut hervor treibende Verlangen erzeugt wird. Dabei muss die (Reiz-) Schwelle immer höher gelegt werden, wenn sich was verkaufen lassen soll! Das ist nicht einfach da bei den Konsumenten! Es muss geschaffen werden! Es wird geschaffen, um die Nase vorn zu haben beim Umsatz. Moderne Massenmedien schaffen

ein gewalttätiges, sexistisches Alltagsklima öffentlicher Meinung, indem sie gesellschaftliche „Fakten“ aufbereiten, verstärken, aufbauschen oder überhaupt erst zu „Fakten“ machen. Sie spiegeln nicht einfach nur wieder, was ist! Sie spiegeln Gesellschaft, indem sie gleichzeitig aus Eigeninteresse der ökonomischen Verwertung bestimmte Impulse verstärken. (Das liegt sowohl an der „Natur“ von Information bzw. ihrer Verarbeitung – das Verlangen nach Information steigt mit ihrer Einzigartigkeit und Neuigkeit -, wie an der der ökonomischen Verwertung – damit die Informanten immer wieder verkaufen können, müssen sie Informationen liefern die „einzigartig“ und „neu“ sind!) ... und wer dafür zur Verantwortung gezogen werden soll

Nun stellen „besorgte“ LehrerInnen und Politiker fest, dass all das bei Kindern und Jugendlichen Wirkung zeigt. Die modernen Medien und die angebotenen Inhalte der „Massenkommunikation“ werden tatsächlich genutzt, und die Inhalte werden massenhaft konsumiert! Nicht genug damit: Dank der Technik können Konsumenten selbst zu Produzenten werden. Gelegenheit schafft Diebe! Die Krönung des Ganzen besteht dann darin, dass unsere famosen Massenmedien die Missetaten der Kids als Krönung der Informationssensation vermarkten können.

Es rumort in der Gesellschaft, und es rumort in den Schulen. Lehrer fühlen sich überfordert, ja geängstigt und bedroht. Man ruft nach „wirkungsvollen“ Gegenmaßnahmen. Handyverbot an Schulen! Kaugummi-Verbot (Lach)! Respekt voreinander! Androhung von Sanktionen! Gegen wen? Die Frage ist leicht beantwortet: Gegen die Übeltäter natürlich, die Schülerinnen und Schüler, die immer frecher und undisziplinierter werden, Gewalt und Pornographie konsumieren und unter einander „kommunizieren“! Aber: Schlich da nicht neulich Lehrer XY im Rotlichtmilieu aus der Peep-Show? SchülerInnen der Klasse xy sahen ihn. Oder haben sie sich getäuscht und kann das gar nicht sein?

Es ist gerade so, als hätten die Kinder die Technik entwickelt und die kulturellen „Höchstleistungen“ in Sachen Gewalt- und (unterwerfender) Sexdarstellung erzeugt. Muss dem Treiben der Kinder nicht endlich Einhalt geboten werden? Oder nutzen die Kinder nicht einfach nur dass, was die Welt der Erwachsenen ihnen anbietet? Sie nutzen es frech und ohne Scham und Heuchelei! Häufig macht nur das den Unterschied, zumindest in Sachen Pornografie! Jawoll, hier ist Konsumentenverantwortung gefragt. Die Kinder müssen endlich „verantwortungsbewusst“ konsumieren! Sie müssen unterscheiden lernen, was gut und was schlecht ist, so wie der Lehrer XY, bei dem der „sexuelle Notstand“ ausgebrochen ist, weshalb er sich in der Kabine einen wischte, um vor der Klasse zu erklären, dass man so was nicht tut (wenn er überhaupt den Mut hat, so was anzusprechen! Angeboten werden darf „frei“, denn die Freiheit des Privateigentums ist unser höchstes Gut!

Wir leben in einer „freien“, angebotsorientierten Gesellschaft! Aber was von Privateigentümern in unkontrollierter gesellschaftlicher Arbeitsteilung erzeugt und angeboten werden darf, dass wird auch konsumiert! Und die Kinder und Jugendlichen werden sich einen Dreck um Verbote scheren, solange die Erwachsenenwelt eine Massenkultur der Gewaltverherrlichung und Pornographie erzeugt und in erheblichen Teilen auch genüsslich konsumiert. Der Ruf nach „Ordnung“ an den Schulen, nach Sanktionen gegen SchülerInnen ist nicht nur reaktionär, sondern auch hilflos! Was für Kleingeister sind es, die da nach Sanktionen, nach Ordnung in den Schulen schreien und gleichzeitig jede Gesellschaftsveränderung widerstandslos schlucken, die diese famose

Massenkultur hervorbringt? Da kann man nichts machen! Schließlich verdienen Anleger mit der ganzen Scheiße Milliarden und schaffen viele, viele (elende) Arbeitsplätze, auf die sich die Kinder freuen dürfen. Mutig und drohend energisch dagegen tritt man den missratenen Kindern entgegen! Ihr dürft nicht ..., sonst ...!

Der Gipfel dieser ganzen Scheiße besteht dann darin, dass dem einzelnen Lehrer oder der einzelnen Lehrerin auch noch „absolutistische“ Macht zugesprochen werden soll. Sie allein sollen etwa entscheiden, wann sie sich durch Schüler beleidigt fühlen! Bravo! Das Kollegium wird zur Solidarität mit ihnen verdonnert! Sonst ... ist die Schulleitung gefragt und muss gegen die Dissidenten vorgehen ... damit Ordnung herrscht und der Unterricht pünktlich beginnen kann!

Man möchte ausrufen: Gott sei Dank gibt auch noch so etwas wie einen „demokratischen Rechtsstaat“, so dass man die „absolutistischen“ Lehrer im Zweifelsfall vor den Kadi zerren kann, um überprüfen zu lassen, ob der „gefühlten“ Beleidigung eine entsprechende Handlung von Schülern entspricht!

Wer nicht gewillt ist für eine Gesellschaft einzutreten, in der in gemeinsamer Verantwortung darüber diskutiert und entschieden wird, was und wie produziert werden soll und was nicht, der darf sich nicht wundern, wenn die in privater Verantwortung erzeugte Scheiße auch ihren Weg zum Verbraucher findet und dort ihre Wirkung zeigt (ständige Fastfood macht fett und ständiger Konsum von Gewaltdarstellungen – realen wie fiktiven - stumpft ab und die Schwelle zur Gewaltbereitschaft sinkt)! Wer die Produktion nicht kontrollieren will, der wird auch die Konsumtion nicht kontrollieren können. Wenn er es versucht, kann das nur ein ebenso reaktionäres, wie auf Dauer wirkungsloses Unternehmen werden!

Das alles bedeutet nicht, dass ich etwa die Situation von Lehrerinnen und Lehrern beneidenswert finde! Keine Frage, sie baden asoziale Gesellschaftsentwicklung aus! Das gibt ihnen aber nicht das Recht, selbst asoziale Entwicklung zu befördern und auf das schwächste Glied in der Kette einzudreschen, oder sich wenigstens in „gefühlter“ Ohnmacht nach einem solchen Eindreschen auf die missratenen Kids zu sehnen! Sie wären vielmehr verpflichtet, sich über die wirklichen Ursachen des „Elends“ an den Schulen Gedanken zu machen und sich am Widerstand gegen die gesellschaftlichen Kräfte zu beteiligen, die hierfür tatsächlich die Hauptverantwortung tragen. Die grundlegenden Ursachen bleiben außen vor ... in Sorge und ängstlicher Verantwortung

Es bleibt dabei, dass die grundlegende Struktur dieser Gesellschaft eine Dynamik der zunehmenden Rücksichtslosigkeit auf Seiten der Individuen erzeugt. Diese Rücksichtslosigkeit wächst mit den Schwierigkeiten, das verkündete Glücksversprechen in der Verfolgung von Privatinteressen tatsächlich einzulösen. Die Individuen verhalten sich zueinander nicht als Subjekte einer Solidargemeinschaft (Gesellschaft), sondern als Konkurrenten, die ihre Interessen gegeneinander, bis hin zur Unterwerfung, durchsetzen müssen. Je schwieriger das wird, desto brutaler die Konkurrenz und das Einüben der Techniken zur Behauptung in dieser Konkurrenz. Sie verhalten sich nicht zueinander als sich wechselseitig respektierende Subjekte, sondern jeder für sich behandelt sein Gegenüber immer stärker als Objekt, dessen Leidensfähigkeit nicht in Betracht kommt (Gewalt und gewalttätiger „Sex“)! Man kann sich darüber moralisch empören und einzelne sich anders verhalten, allein es wird nichts nützen, solange diese Gesellschaft bleibt was sie ist, eine kapitalistische Gesellschaft, in der das Streben nach Bereicherung ein dominierendes,

allseits akzeptiertes Grundmotiv ist!

Das „natürliche“ Pendant zum Privateigentum ist nicht der Sozialstaat, nicht die „Freiheit“. Beides muss gegen das Privateigentum erkämpft werden, was nur unter ausnahmsweise günstigen Bedingungen halbwegs gelingen kann. Das Privateigentum hat nur ein Interesse an ökonomischer Freiheit, was auch die Freiheit der Verwertung von Information (daher Meinungsfreiheit!) einschließt. Entfaltet das kapitalistische Privateigentum die ihm eigene Dynamik der sozialen Polarisierung zwischen arm und reich, dann wird das begleitet vom Ausbau staatlicher Repression. Die Repression erscheint als die Lösung der durch das Privateigentum erzeugten sozialen Misere ... auch in der Schule! Wer da mittut, soll nicht von „pädagogischer Verantwortung“ faseln!

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 06/2006

Privater Wohlstand und „öffentliche Armut“ (Urlaubseindrücke mit ein paar ausschweifenden Gedanken)

Hinter mir liegt eine Woche Wanderurlaub im schönen Sauerland. Den ganzen Tag an der frischen Luft, herrlich! Übernachtet haben wir in Hotels und kleinen Pensionen. Die kleinen Ortschaften waren „wie aus dem Ei gepellt“. Wohin das Auge auch blickte, kleines, gediegenes Privateigentum. Schmucke Häuschen, entweder neu oder aufpoliertes Fachwerk. Da steckt „Kohle“ drin! Größere Ortschaften haben auch schon mal ein kleines „Villenviertel“, schön gelegen, oberhalb der Ortschaft, am Berghang. Keine Frage, hier wohnt „die Mitte der Gesellschaft“, ob Selbständige oder recht gut verdienenden Lohnabhängige.

Immer wieder ging mir der Gedanke durch den Kopf, welches Interesse Menschen, die hier leben, wohl an einer radikalen sozialen Umwälzung der Gesellschaft entwickeln sollten? Die Gesamtheit der Lebensumstände lässt sich aus dem Anblick des schmucken Eigentums kaum ablesen, aber auf materielle Not lässt das alles nicht schließen und damit auch nicht auf Notwendigkeit einer solchen Umwälzung.

Der ins Auge springende private Wohlstand soll nicht verwechselt werden mit dem überschießenden privaten Reichtum, der nach rentabler Geldanlage schreit, also mit Kapital, das sich verwerten muss, aber er drückt ein außerordentlich hohes Konsumniveau aus, das viele Wünsche zu befriedigen vermag oder für attraktive Ersatzbefriedigung sorgt. Dieser Wohlstand der „gesellschaftlichen Mitte“, um deren Gunst die Parteien werben, ist Produkt des Nachkriegskapitalismus. Erst die rapide steigende Zahl privater Insolvenzen zeigt an, dass dieser Wohlstand „abgetragen“ wird. Grundstücke und Häuser, der Inbegriff des Privateigentums des „kleinen Mannes“ geraten unter den Hammer und werden versteigert. Die „Mitte der Gesellschaft“ ist jedoch sehr breit und es bedarf großer Erschütterungen, diese Form des Privateigentums zu zerstören. Das Sauerland steht in Deutschland nicht alleine da, es gibt einige solcher „kleinbürgerlichen Idyllen“, die die Menschen an eine Perspektive im Kapitalismus glauben lassen.

Unser Wanderweg endete in Dillenburg und von hier sollte es mit dem Zug zurück ins Ruhrgebiet gehen. Unser erster Zug sollte uns von Dillenburg nach Siegen bringen und von hier mit einem

Anschlusszug (10 Min. später) direkt zu unserem Heimatort. Der Bahnhof war leer. Kein Servicepersonal weit und breit und die Anzeigetafeln waren ebenso leer. Null Information! Statt des Zuges kam dann eine Lautsprecheransage, dass der Zug ca. 15 Minuten Verspätung haben sollte. Es kam, wie es kommen musste, als wir in Siegen ankamen, war der Anschlusszug weg. Wir konnten zwischen 2 anderen Zügen wählen. Auf denen einen, wiederum durchgehenden, Zug hätten wir ca. 50 Min. warten müssen. Der andere sollte mit nur 10 Min. Wartezeit nach Hagen fahren. Für den entschieden wir uns, in der Hoffnung auf Anschluss in Hagen. Dieser Zug hatte gerade 1 oder 2 Haltestellen hinter sich gelassen, als die Durchsage kam, der Zug würde in Kreuztal enden. Dort müssten wir in einen anderen Zug umsteigen. Auf dem Bahnhof in Siegen hatte es keine entsprechende Information gegeben! Der Bahnhof Kreuztal war eine echte Perle „öffentlicher Armut“, der dem viel geschmähten „Realsozialismus“ alle Ehre gemacht hatte. Verfallende Bahnsteige aus denen die Birken sprossen, stehende und zerstörte Uhren, vergammelte, verrostete Schilder usw. Ein wunderschöner Kontrast zwischen den blitz-blank geputzten Häuschen und diesem Bahnhof! Aber was red ich von „öffentlicher Armut“!? Die Bahn wird ja privatisiert! Die Bahn ist kein Verkehrssystem mehr sondern eine Geldanlage, die sich lohnen muss. Was interessieren die Anleger Bahnhöfe, Fahrpläne und Züge? Sie interessiert der Kurs der Wertpapiere, die sie kauften. Wenn der Kurs dieser Papiere es verlangt, das Strecken still gelegt werden, Service- und Reparaturpersonal „eingespart“ wird, dann geschieht das. Die „verdeckte“ Arbeitslosigkeit in Staatsbetrieben, wie es die Bahn mal war, wird rigoros in „offene“ Arbeitslosigkeit umgewandelt, von der man sich den „natürlichen Preis“ der Arbeit erhofft, nämlich Löhne, die allenfalls das Existenzminimum abdecken. Solange dieser Punkt nicht erreicht ist, werden die „faulen“ Arbeitslosen „motiviert“, indem ihnen die Leistungen gekürzt oder gestrichen werden. Da das Kapital eine Tendenz produziert, mehr Lohnarbeitsplätze zu vernichten als zu schaffen, produziert es aber auch eine dem entsprechende neue „verdeckte“ Arbeitslosigkeit: man rät den Lohnabhängigen zur „Selbständigkeit“, weil der Bedarf an Lohnarbeit schrumpft. Ein Kapital, das nicht nach Lohnarbeit schreit, sondern sie für zu teuer erklärt und die „Selbständigkeit“ predigt, ist an Schranken seiner Verwertung gestoßen. Es entledigt sich damit seiner lästigen „sozialen Verpflichtung“ Lohnarbeitsplätze für die zu schaffen, die – außer vielleicht einem netten kleinen Häuschen - nichts besitzen als ihre Arbeitskraft.

Wenn Bahnhöfe eines ehemaligen Staatsbetriebes verrotten und es immer schwieriger wird mit der Bahn halbwegs pünktlich von Punkt A nach Punkt B zu kommen, dann handelt es sich dabei um unvermeidliche „Kollateralschäden“ von Privatisierung und Renditeerwartung. (England lässt grüßen.) Ein von mir geschätzter Kabarettist würde zu all dem wohl sagen: „Is' ja ekelhaft! Aber was reg ich mich auf!?“

Die Aussicht auf soziale Revolution wird wohl erst in dem Maße realistischer werden, wie das Aussehen der Privathäuser des „kleinen Mannes“ sich dem Aussehen des Bahnhofs von Kreuztal annähert. Das Kapital arbeitet daran!

Apropos Kapital, zurück in der „segensreichen“ Privatwirtschaft, am ersten Arbeitstag, flattert mir per Email gleich eine zukunftsweisende Nachricht von „ganz oben“ auf den Bildschirm:

Nachdem „unser“ glorreicher Konzern Produktion mit Erfolg nach Ostasien verlegt hat, will er nun auch Osteuropa beglücken. Entlassungen am deutschen Standort sind vorerst nicht geplant.

Sollte sich das ändern, so verspricht die Nachricht, dann wird man uns rechtzeitig darüber informieren. Erleichtert sinke ich zurück in den Stuhl! Hatte schon gedacht, man wolle die Entlassungsjahre künftig weiter durchziehen, ohne uns darüber zu informieren. Das wäre schrecklich!

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 07-08/2006

Über „Wertschöpfung“ – oder warum die Politische Ökonomie heute mehr über den kapitalistischen Produktionsprozess weiß als ihre modernen Kritiker

Mensch gebe einmal die Begriffe „Wertschöpfung“ oder „Wertschöpfungsprozess“ bei google ein und nehme sich nur eine Stunde Zeit für flüchtige Lektüre einiger der Seiten und Dokumente, die da aus den Tiefen des Internet hervorgezaubert werden.

Da heißt es dann z. B:

„Produktion ist ein Wertschöpfungsprozess. Wertschöpfung entsteht in jedem einzelnen Produktionssystem, wenn aus einzelnen oder komplexen Teilen wertgesteigerte Teile erzeugt werden.“

oder:

„Wertschöpfung ist das originäre Ziel produktiver Tätigkeit. Diese transformiert vorhandene Güter in Güter mit höherem Nutzen und damit - in einer Geldwirtschaft - in Güter höheren Geldwertes. Der geschaffene Mehrwert wird zu Einkommen.“

Die aktuelle, zeitgemäße Politische Ökonomie (hier: Betriebswirtschaftlehre) betrachtet den „Wertschöpfungsprozess“ durch Produktion von Waren (Produktionsmittel, Konsumtionsmittel, Dienstleistungen) als Kernprozess jedes kapitalistischen Unternehmens, den es kontinuierlich zu „optimieren“ gilt. („Produktion als primäre Wertschöpfungsaktivität, keine Wertschöpfung ohne Produktion“) Er wird flankiert durch „Leitungsprozesse“ und „unterstützende Prozesse“

Aufgabe der „Leitungsprozesse“ ist es für folgendes zu sorgen:

„rationelle Produktion zu Vergrößerung der Gewinnspanne/Marge“, „finden von Abnehmern und entsprechende Produktpolitik“ Entsprechend werden Aufgaben etwa wie folgt formuliert:

„Die ständige Verbesserung des Wertschöpfungs-Prozesses ist eine unabdingbare Voraussetzung für dauerhaften Erfolg Die Straffung und Optimierung der Geschäftsprozesse - nämlich derjenigen Vorgänge im Unternehmen, mit denen Geld verdient wird - ist der Schlüssel zum Unternehmenserfolg, heute und in Zukunft! Durch die Konzentration auf den Wertschöpfungsprozess werden die Unternehmensabläufe transparenter, Schwachstellen werden offensichtlich und die Gesamtleistung kann oft schon durch kleine Korrekturen wesentlich verbessert werden. Hier gilt es klar und präzise den Wertschöpfungsprozess des Unternehmens aufzuzeigen, Wesentliches von Unwesentlichem zu trennen, die ergebniswirksamen Stationen im Ablauf aufzuzeigen und das Unternehmen straff und konsequent danach auszurichten.“

Wie die Theorie der Politischen Ökonomie, so die Praxis! Während die Sachwalter des Kapitals ihre Kräfte darauf konzentrieren, die kapitalistischen Produktionsprozesse auf Teufel komm raus zu restrukturieren, zu reorganisieren etc., und die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Durchsetzbarkeit ihrer rigiden Maßnahmen zu schaffen, weil sie den kapitalistischen Produktionsprozess, den Arbeitsprozess als „Wertschöpfungsprozess“ verstehen, interessiert das, was da

abgeht, theoretisch und praktisch eigentlich niemanden mehr in den luftigen Höhen von „kritischer Wissenschaft“ oder „theoretischer Kritik“. Wie sollte auch, wenn „erkannt“ wurde, dass es keine Wertschöpfung gibt, dass Wert nicht in der Produktion der Waren entsteht, vielmehr die einzelnen Waren nur Gebrauchsgegenstände sind, der Arbeitsprozess nur technischer Arbeitsprozess ist. Oder wenn erkannt wurde, dass die wertschöpfende Arbeit eh schon so gut wie verschwunden sei, man von Mehrwert gar nicht reden dürfe, weil es sonst nur noch um Verteilung desselben gehe. Stattdessen interessiert man sich sehr für die „Entbettung“ des Marktes, für kaufen und verkaufen durch kaputte „Warensubjekte“ etc., starrt auf das jeder Kontrolle entwachsene Finanzkapital. Was man noch kritisiert ist die Wertform, der Tauschwert und die aberwitzigen Erscheinungen des Marktes. Im Gegensatz zu den Sachwaltern des Kapitals ist der „Kritik der Politischen Ökonomie“ jedes der gesellschaftlichen Praxis angemessene Verständnis zwischen „Wertschöpfung“ (Produktion von Wert und Mehrwert) und Wertrealisierung abhandeln gekommen. Diese sogenannte „Kritik der Politischen Ökonomie“ fällt hinter die Erkenntnisse der Politischen Ökonomie selbst zurück. Eine verdrehte Welt ist das! Man beschränkt sich auf die Kritik der unheimlichen „Wertschöpfung“ von Spekulation etc., als einer „Wertschöpfung“, die der sozialen Kontrolle entwachsen sei. Teilweise möchte man Kontrolle des Finanzkapitals und verkürzt die Kapitalkritik auf eine Kritik an den „Heuschrecken“. Ja, auch die teils scharfsinnig analysierten Mechanismen der „Wertschöpfung“ des Finanzkapitals laufen in der Konsequenz auf platte „Heuschreckenkritik“ raus, weil der Zusammenhang mit dem Produktionsprozess des Kapitals theoretisch aufgehoben ist. (Von einer Durchsetzung des Wertgesetzes ist nichts mehr zu sehen: Spekulation des Finanzkapitals als Folge des Falls der Profitrate, der „Klassenkampf von oben“ als Versuch, den Fall der Profitrate aufzuhalten und umzudrehen.) Das ist keine Kritik des Kapitals mehr, aber es ist sehr populär. Für die „Heuschreckenkritik“ ist leicht eine Mehrheit zu bekommen, doch wehe, diese „Heuschrecken“ werden als logische Quintessenz des Kapitals selbst benannt. Da sperrt sich der gesunde Menschenverstand und auch die in Selbstauflösung begriffene „Kritik der Politischen Ökonomie“.

Die Sachwalter des Kapitals drücken auf

- Verlängerung der Arbeitszeit
- Flexibilisierung der Arbeitszeit
- Streichung oder Kürzung von Pausen
- Ausdehnung von Nacht- und Schichtarbeit

Ihr Traum besteht nach wie vor darin, alle Lebenszeit der Lohnabhängigen in Arbeitszeit für das Kapital zu verwandeln. Nur soziale Bewegung und gesellschaftlicher Zwang kann dem Grenzen setzen oder diesem Traum der Kapitalisten ein für alle Mal die Grundlage entziehen. Damit die Zeit, die die Lohnabhängigen für ihre eigene Reproduktion arbeiten, verkürzt wird, müssen natürlich auch die Löhne sinken, egal um welche Form des Lohnes es sich dabei handelt, um direkt ausbezahlte Löhne oder jene Lohnbestandteile, die das Kapital an Sozialversicherungen abführt.

Umwandlung der Lebenszeit von Lohnabhängigen in Arbeitszeit fürs Kapital bedeutet Ausdehnung der unbezahlten Mehrarbeit. Das ist die Quintessenz einer „optimierten Wertschöpfung“ durch Arbeit. Als jemand, der von diesen radikalen Veränderungen betroffen ist und sie aufmerksam verfolgt, bin ich immer wieder sprachlos über das Ausmaß der theoretischer Ignoranz gegenüber dieser sozialen Reaktion. Und:

Wer sich auf Grund „reiflicher theoretischer Überlegung“ und eines erfolgreichen „Abschieds vom Proletariat“ nicht für den kapitalistischen Produktionsprozess interessiert, der interessiert sich auch nicht für die mehr oder weniger verheerenden psychischen, physiologischen und sozialen Folgen von langer Arbeitszeit, Flexibilisierung der Arbeitszeit, Ausdehnung von Nacht- und Schichtarbeit, etc. (Nachgewiesen durch arbeitsmedizinische Untersuchungen). Was die Arbeit mit den Menschen macht ist nicht Gegenstand von Kritik und Forderungen, wird allenfalls mit Phrasen von der Abschaffung von „Arbeit überhaupt“ abgetan. Während das Kapital ein klares Programm zur Veränderung der Arbeit entwickelt hat und verfolgt, haben die „Linken“ entweder gar keins oder faseln von „abstrakter Vernutzung von Mensch und Natur“ oder der „Abschaffung der Arbeit als solcher“. Beides ist gleichermaßen perspektivlos. Über die verderblichen Auswirkungen des Marktes kann man dagegen überall lesen (was nicht falsch, aber ungenügend ist).

Fast alles Denken und Handeln der bürgerlichen Welt konzentriert sich komischer Weise auf die „Optimierung der Wertschöpfung“ und die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten für „Wertschöpfung“. Eigentlich sind unsere Kapitalisten ziemlich dumm, weil sie nicht verstanden haben, dass die Produktion für die „Wertschöpfung“ irrelevant ist, vielleicht gar schon eine Sache der Vergangenheit oder Wert allenfalls eine „gegenständliche Reflexion“ auf die gesellschaftliche Gesamtarbeit ist. Aber die Sachwalter des Kapitals sind instinktiv „Materialisten“ (sei es, weil sie ihr nun einmal in produktives Kapital angelegtes Geld mit ordentlicher Rendite vermehren wollen, sei es, dass sie als Politiker oder Verbandsfunktionäre eine ungefähre Vorstellung vom Gesamtproduktionsprozess des Kapitals haben, die um den Zusammenhang von „Wertschöpfung“ durch Arbeit und Wertrealisierung auf dem Markt weiß) und misstrauen der verselbständigten „Wertschöpfung“ mit dem Handel von Wertpapieren.

Die wichtigsten sozialen Prozesse, Zusammenhang und Ausmaß der sozialen Reaktion, die über uns hinweg rollt, betreffen allesamt den kapitalistischen Produktionsprozess, spitzen sich auf seine Veränderung und Ausdehnung zu. Aber mit dem „Abschied vom Proletariat“ ist nicht nur das revolutionäre Subjekt abhanden gekommen, damit die Sache rund wird, fällt auch die revolutionäre Zuspitzung von Kritik der Politischen Ökonomie. Sei es, dass der Wert primär eine Sache des Austausches sei, sei es, dass die „wertschöpfenden“ Potenzen der Arbeit eh schon erschöpft seien, man kann den kapitalistischen Produktionsprozess in jedem Fall getrost ausblenden. (Wehren tut sich obendrein kein Schwein.) Die Verwertung von Wert in der kapitalistischen Produktion ist einfach kein Thema mehr, was eine ganz verheerende Auswirkung auf die Stoßrichtung der theoretischen Kritik und mögliche Perspektiven einer praktischen Politik hat. Es ist der Weg der „Linken“ in die absolute Bedeutungslosigkeit, angereichert mit ein paar weltfremden esoterischen Zirkeln, die sich bei Bedarf mal eben selbst zerfleischen.

Für die Perspektive sozialer Emanzipation ist Kritik und Veränderung der Arbeit ein zentraler Programmpunkt. Dabei geht es weder um Phrasen von der Abschaffung der Arbeit noch um das Ausmalen von Utopien. Es geht um die konkrete Kritik der kapitalistischen Arbeit und deren Folgen, sowie daraus unmittelbar ableitbare Forderungen. Das Kapital selbst setzt die Frage des Normalarbeitstages wieder auf die Tagesordnung! (Wird seinem Treiben nicht angemessen bewusst begegnet, dann wird die veränderte Realität allein ein tüchtiger Leermeister sein.) Forderungen nach Begrenzung der Arbeitszeit, die dem Stand der Produktivkraftentwicklung

entsprechen, sowie nach Verboten für Überstundenarbeit, Nacht- und Schichtarbeit etc., die den arbeitsmedizinischen Erkenntnissen über die schädlichen gesundheitlichen und sozialen Auswirkungen solcher Arbeitsformen entsprechen, sind die zentralen Eckpunkte für Diskussionen über die Veränderung der Arbeit, ohne die sich kein Bewusstsein und keine soziale Bewegung entwickeln kann.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 07-08/2006

Dortmunder Anti-Faschismus

Am 1.Mai entschloss ich mich mal wieder nicht zu der DGB-Trauerveranstaltung in Bochum zu gehen. Stattdessen fuhr ich nach Dortmund, wo die Neo-Nazis eine „Groß-Demo“ geplant hatten. Straßenkämpfer bin ich nicht, also kamen die Autonomen nicht in Frage. Wohin also gehen, zur Dortmunder DGB-Trauerveranstaltung? Nein! Was blieb noch? Die antifaschistischen Mahnwachen in Dortmund Brakel. Also auf zum jüdischen und Ausländerfriedhof, wo eine Start-Kundgebung stattfinden sollte. Auf dem Friedhof war ich noch nicht, und die Idee, die sogenannten „Stolpersteine“ abzulaufen und den Nazis hier den Weg zu versperren fand ich gut. Kein Nazi-Springerstiefel auf einen Stolperstein! („Stolpersteine“ sind kleine in den Fußweg eingelassene Gedenktafeln für Opfer des Nationalsozialismus, die in Dortmund-Brakel lebten.)

Auf den Friedhof stand ich staunend und erfreut vor einem Denkmal, auf dem eine Schriftzug in russischer Sprache stand. Oben drauf prank der bekannte fünfzackige Stern mit Hammer und Sichel. Gut so, dachte ich und fühlte mich an den Friedhof für russische Kriegsgefangene in Bergen-Belsen erinnert, den ich vor gar nicht langer Zeit besucht hatte. „High noon“ sollte die Auftakt-Kundgebung beginnen. Nein, man kann wirklich nicht behaupten, dass viele gekommen waren. Ein bisschen VVN, ein bisschen DKP. Aus dieser Ecke kam auch die kurze Rede eines älteren Herren, der ich teils mit Wohlwollen, teils mit Grausen folgte, nämlich spätestens von da ab, als es „antikapitalistisch“ wurde. Unter Beifall vernahm ich mit Erstaunen, dass „die Gewerkschaften“ mehr und mehr den Kampf gegen das Kapital aufnehmen würden. Das macht schon sprachlos, aber später sollte es noch besser kommen.

Ok! Mit leichter Verspätung hatten sich so rund 200 Leute (gut geschätzt) aus allen Generationen eingefunden und wir „marschierten“ los, Richtung „Stolpersteine“. Bullen waren natürlich auch nicht weit und wollten sich noch einmal vergewissern, dass wir wirklich nicht störten, was wir denn auch taten. Auf dem Brakeler Hellweg wurde eine andere Truppe gesichtet, etwa in der gleichen Größenordnung, mit der wir uns vereinigen sollten. Meine erste Freude darüber wich schnell einiger Skepsis, als ich mich plötzlich mit allerhand MLPD-Fahnen und -Transparenten umringt sah. Aber wir waren jetzt doppelt so viele und es ging auf zum nächsten „Stolperstein“, wo wieder eine Kundgebung abgehalten werden sollte. Wo dieser „revolutionäre“ Trachtenverein namens MLPD auch auftritt, umgibt er sich natürlich vornehmlich mit IGM- oder Verdi-Fahnen und reden tun vorzugsweise Betriebsräte und Vertrauensleute, wo immer möglich. (Von MLPD war wirklich nie die Rede, nur von Kollegen der IGM etc) Vorsitzende des Vertrauensleute-Körpers einer Betriebes. Das mochte peinlich werden ... und wurde es! Der nächste „Stolperstein“ bzw. die dort abgehaltene Kundgebung wurde für mich zum sehr realen Stolperstein.

Erst sprach ein Hoesch-Betriebsrat, dann – na sag ich doch – der Vorsitzende des Vertrauenskörpers. Von der Belegschaft war allerdings weit und breit nichts zu sehen. Es kam, wie es kommen musste: mit wachsendem Erstaunen vernahm ich, dass die Nazis hauptsächlich Sozialisten und Kommunisten bekämpften. Die Hauptkritik am DGB bestand darin, dass er die Einheit mit Sozialisten und Kommunisten verhindere. Da unsere Freunde vom „revolutionären Trachtenverein“ alles im Griff hatten, waren sie großzügig, und boten jedermann/frau das Mikrofon an. Es meldete sich aber nur eine Frau zu Wort, offensichtlich vom „Trachtenverein“, die noch einen drauf setzte: Der Faschismus richte sich in erster Linie gegen die „revolutionäre Arbeiterbewegung“ und last but not least: „Wir sind das Volk“! (Schade, das „Wir“ so klein geworden sind!?) Jetzt war ich fast so weit und wollte mir das Mikro greifen, was ich mir aber verkniff, weil ich keine Lust hatte mich zum Gespött der hier versammelten zu machen. (Das hatte ich in jungen Jahren genug getan!) Was hätte ich wohl sagen wollen? Z.B.:

Welche „revolutionäre Arbeiterbewegung“ meint ihr denn? Tatsächlich hat es die früher gegeben und die Nazis haben alles daran gesetzt, sie zuerst zu zerschlagen. Aber heute? Wollt Ihr Euch vielleicht selbst als „revolutionäre Arbeiterbewegung“ bezeichnen? Ihr gestattet, dass ich lache. Die Neo-Nazis bedrohen heute vor allem Menschen anderer Hautfarbe, Schwule, Juden und Behinderte. Nicht Euch, nicht die MLPD und andere „Trachtenvereine“! Nein, diese von den Neo-Nazis hauptsächlich bedrohten Menschen haben unmittelbar keine Gemeinsamkeit, aber die Neo-Nazis setzen sie alle gleich und betrachten sie als minderwertig und dass es gerechtfertigt sei, sie zu töten. Was denn auch, wo möglich, schon reichlich ins Werk gesetzt wird. Warum sprecht Ihr hier nie über den Skandal dieser Morde und Verfolgungen, ihrer geduldeten Ankündigung in Liedern und Ansprachen?

Auch die alten Nazis waren vor allem Rassisten und haben Sozialdemokraten, Kommunisten, bürgerliche Demokraten und humanitär gesinnte Christen aus dem Weg geräumt, um ihr rassistisches Werk vollbringen zu können. Die Zahlen des Holocaust, der Mord an Millionen von „lebensunwerten“ Russen, Ostvölkern etc. sprechen für sich! (Und was die Nazis noch alles vorhatten, schließlich war der Krieg gegen die Sowjetunion für sie nur ein Auftakt für den Kampf gegen die „Ostvölker“! Alles vergessen oder nicht gewusst?

Schaut Euch an, was die Neonazis in Gestalt von „White Power“ international vorhaben!) Von wegen „Hauptziel“ etc! Die Nazis hatten und haben eine Weltanschauung und wollen diese mit allen Mitteln umsetzen! Diese Weltanschauung ist wesentlich rassistisch und nicht kapitalistisch! Allein, wenn es passt, kommen Kapitalisten und Rassisten zusammen, nämlich dann, wenn das Kapital sich bedroht fühlt! Das Kapital ist sowenig rassistisch, wie die Nazis kapitalistisch sind. Auch die Nazis liebäugeln erst dann mit dem Kapital, wenn und in soweit dieses ihren Rassismus akzeptiert! Wann wird man das je verstehen? Für mich ist es eine Beleidigung der alten und neuen Opfer des Nationalsozialismus, wenn Ihr, in dieser Form der historischen Klitterung und des Mummenschanzes einer angeblich existierenden „revolutionären Arbeiterbewegung“, den Kampf gegen die Neonazis aufnehmen wollt. Da lobe ich mir die Autonomen und wäre sicher bei ihnen, wenn mein Alter nicht so „fortgeschritten“ wäre.

Das in etwa hätte ich sagen wollen. Aber weil ich diese verbohrten Dumpfbacken a la MLPD zur Genüge genossen habe, bin ich nun rasch nach Hause gefahren!

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 05/2007

"Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen!"

So konnte man es vor gar nicht langer Zeit von einem gewissen Herrn Müntefering, seines Zeichens „Spezialdemokrat“, wieder erfahren. Auch dem Dümmden ist bekannt, dass derjenige, der nichts isst, recht bald stirbt! Soll der reaktionäre Spruch uns vielleicht die Botschaft übermitteln, wonach derjenige der nicht arbeitet, auch nicht leben, also sterben soll? Die Nazis haben diese Vision umgesetzt unter der schönen Lagerbegrüßungsparole "Arbeit macht frei!"

Die Frankfurter Rundschau berichtet in ihrer Ausgabe vom 19.04.2007 vom Hungertod eines 20jährigen Hartz IV-Empfängers in Speyer.

Behörde weist Vorwürfe nach Hungertod zurück

Speyer - Nach dem Hungertod eines 20 Jahre alten Hartz-IV-Empfängers in Speyer sieht die zuständige Behörde bei sich keine Versäumnisse. "Wir hätten nichts tun können", sagte Hans Grohe von der Arbeitsgemeinschaft (Arge) für die Betreuung von Hartz-IV-Empfängern am Mittwoch. "Ich kann meinen Mitarbeitern keinen Vorwurf machen." Der verhungerte 20-Jährige war am Sonntagabend in seiner Wohnung gefunden worden, in der er mit seiner ebenfalls arbeitslosen Mutter gelebt hatte. Die stark geschwächte 48-Jährige sagte, sie hätten kein Geld gehabt, um Lebensmittel zu kaufen. Den beiden war von Oktober 2006 an schrittweise die Unterstützung gestrichen worden, nachdem der Sohn Termine versäumt hatte. Auf die Streichung der Mittel habe die Familie nicht reagiert, sagte Grohe. Die Arge habe nicht den Auftrag, in derartigen Fällen von sich aus aktiv zu werden. Der Speyerer Bürgermeister Hanspeter Brohm betonte, es habe keinen Hilferuf der Familie gegeben, auf den hätte reagiert werden können. Mutter und Sohn, die als Bedarfsgemeinschaft eingestuft worden waren, hatten vor der Kürzung ihrer Unterstützung insgesamt 621 Euro im Monat sowie die Miete für ihre Wohnung erhalten. Laut vorläufigem Obduktionsergebnis starb der 20-Jährige schon in der vergangenen Woche. (dpa [document info] Copyright © FR online 2007 Dokument erstellt am 18.04.2007 um 17:12:02 Uhr Erscheinungsdatum 19.04.2007)

Die Familie hat auf die Kürzungen von Seiten des „Arbeitsamtes“ (lassen wir es dabei) nicht reagiert. Da konnte die Behörde nichts machen! Auch die Message ist deutlich: Wer verhungert ist selbst Schuld! Na klar, der moderne bürgerliche Staat ist selbstverständlich Teil der von manchen Linken immer wieder heraufbeschworenen „Zivilgesellschaft“. Mord und Massenmord sind nicht seine Sache, es sei denn im weit weniger zivilen Ausland, unter den „Barbaren“, und dann geschieht Massenmord auch nur als „Kollateralschaden“ im chirurgisch sauberen Krieg, der wiederum nur dem Frieden dient. Wahrscheinlich fehlt auch dort einfach der Hilferuf, auf den die Strategen bürgerlicher „Befreiung“ warten.

Doch zurück zu Herrn Grohe. Wer schon mal arbeitslos war, der kennt das ja vom „Arbeitsamt“: ein Hilferuf genügt und die Stütze fließt weiter! Man ist dort ganz der Nächstenliebe verpflichtet. Oder? Wahrscheinlich hätte man den 20ig-Jährigen eher zwangsernährt, als ihm das nötige Geld zum Leben zu geben. Jahrelang läuft eine Kampagne nach der anderen gegen die „Faulpelze“, den Missbrauch sozialer Leistungen, dem man nun endlich Herr werden will! Die Beschnüffelung und Verfolgung von Lohnarbeitslosen nimmt immer krassere Formen an. Immer häufiger wird mit Leistungsentzug gedroht und man schafft sich immer mehr Möglichkeiten, diesen Leistungsentzug auch durchzuführen. Für all diese Maßnahmen gibt es Personal und „Arbeitszeit“. Man ist extrem hellhörig! Der Hilferuf des bürgerlichen Staates wird gehört und man setzt ihn sofort um. Schließlich stehen diesem Hilferuf alle Medien offen, er macht Schlagzeilen!

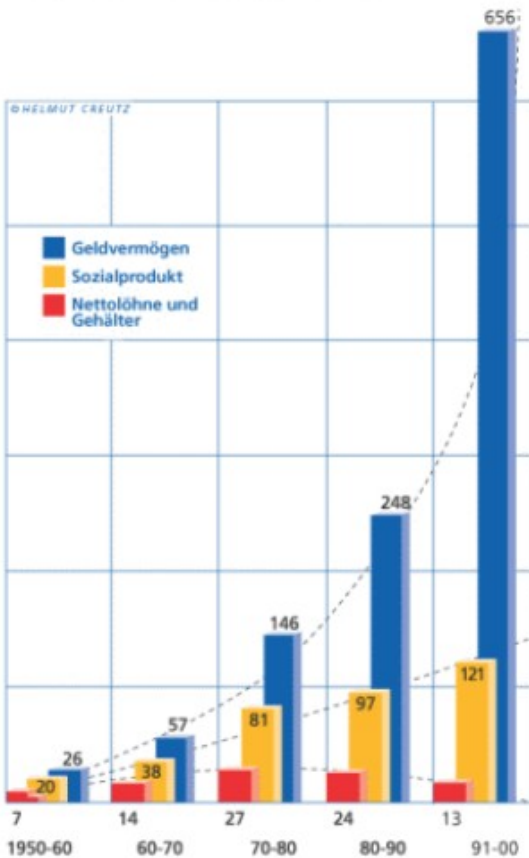
Die Nachricht vom Tod des 20jährigen Hartz IV-Empfängers war der Frankfurter Rundschau gerade mal eine kleine Nachricht in der Rubrik „Aus aller Welt“ wert. Genau, da hört es ja hin, etwas skuril, weit weg, fremd, eben „aus aller Welt“. Schlagzeilen ohne Ende dagegen macht der neuerliche Amoklauf eines Menschen in den USA. Er bekommt nicht nur Schlagzeilen, sondern die gebildete Intelligenz darf seitenlang über Ursachen eines solch erschreckenden Ereignisses, dass man eigentlich ja gar nicht verstehen kann, wo alles so toll bestellt ist, räsonnieren. Wenn Menschen in existentieller Not in dieser besten aller (Business-)Welten sich Gehör für ihre Hilferufe verschaffen wollen, dann müssen sie sich schon was einfallen lassen, damit Medien, Staat und Verwaltungsbürokratie für Armut und Not etwas hören. Normalerweise sind sie ziemlich taub auf diesem Ohr. Wenn sie aufschrecken, dann geschieht das primär nicht aus sozialem Engagement, sondern aus Angst, dass ihre eigene mehr oder minder privilegierte, jedenfalls erträgliche Position vielleicht von solchen Verzweiflungstaten irgend wann auch erreicht werden könnte. Nur dem gilt die Sorge der Schlagzeilen! Hätten wir eine Presse, die nicht Kapital ist, die nicht darauf achten muss, dass sie gewinnbringende Schlagzeilen liefert, deren Inhalt nicht von Leuten bestimmt wird, die ihrem Privatinteresse verpflichtet sind, dann stünde der Tod des 20igjährigen Hartz IV-Empfängers überall als „Superskanal“ auf der 1. Seite! Da das nicht so ist, bleiben die Titelseiten reserviert für die Hartz, Schröder, Clement und Müntefering und für jene, die durch ihre Verzweiflung über das, was ihnen in dieser feinen bürgerlichen Gesellschaft widerfährt, amok laufen!

Warum ein Mensch (zunächst mal einer) in diesen deutschen Landen mit überschießendem Reichtum verhungert, das lässt sich vordergründig schon mal ganz einfach illustrieren:



Zuwachsraten im Vergleich

Deutschland 1950 bis 2000
Jahresdurchschnitte in Mrd. D-Mark



© INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 05/2007

Über die Schaffung und den Erhalt von Lohnarbeitsplätzen

Das gleiche Interesse zwischen Lohnarbeit und Kapital schwindet auch da, wo es sich angeblich am deutlichsten äußert

Neulich sah ich die SWR-Sendung „Lohnsklaven – Was ist die Arbeit heute noch wert.“ Richtig hätte die Frage lauten müssen „Was ist die Ware Arbeitskraft heute noch Wert.“ Doch zunächst einmal egal. Die Redakteure der Sendung zeigten nicht nur deutlich, dass heute der Preis für die Ware Arbeitskraft unter ihren Wert gedrückt wird, sondern auch wie das passiert ... durch die viel gelobte Freiheit der Unternehmertätigkeit und die daraus entspringende Konkurrenz. Man schätzt, dass heute bereits zwischen 1 und 2 Mill. „Erwerbstätige“ sich mit Löhnen begnügen müssen, die unterhalb der Reproduktionskosten für die Ware Arbeitskraft liegen. Tendenz steigend. Es sind Armutslöhne von 3, 4 oder 5 Euro die Stunde, von denen man unter aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen nicht oder kaum leben kann. Teilweise werden diese Löhne sogar in Tariflöhnen von den Gewerkschaften abgesegnet. Es soll mittlerweile ca. 200 solcher Tarifvereinbarungen geben. Wenn Gewerkschaften so etwas mitmachen, dann zeigt das, dass sie nicht die viel beschworene „soziale Gegenmacht“ sind, sondern ganz dreist dem Kapital dabei behilflich werden, extreme Ausbeutungsverhältnisse durchzusetzen. Der entschuldigende Hinweis, man sei halt zu schwach, um das zu verhindern (niedriger Organisationsgrad) macht die Sache nicht besser, steht aber in der Tradition sozialdemokratischen Selbstverständnisses. Würden die bestimmenden Organe der Gewerkschaften es ernst meinen mit der „sozialen Gegenmacht“, dann würden sie solchen Tariflöhnen, einem solchen elenden „Klassenkompromiss“, niemals ihre Zustimmung geben. „Nicht mit unseren Unterschriften! Nicht in unserem Namen!“ würde es dann heißen und zu breitem Widerstand aufgerufen. Es geht ihnen aber mehr um die Bewahrung ihres Einflusses, als um die „soziale Gegenmacht“. Um auch weiterhin als „Sozialpartner“ der Unternehmerverbände akzeptiert zu werden, den unvermeidlichen Kampf zwischen Lohnarbeit und Kapital zu vermeiden, wird nahezu jede Schweinerei mit gemacht.

Die Gewerkschaften fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro die Stunde. Wenn man sich schon zu schwach fühlt, Tariflöhne gegen Branchekapitalisten durchzusetzen, von denen mensch leben kann, wie kann man sich dann stark genug fühlen, eine gesetzliche Regelung gegen die ganze Kapitalistenklasse durchzusetzen? Oder geht es vielleicht doch nur darum, sich nicht für zuständig zu erklären und die Message rüber zu bringen: „Da kann man halt nichts machen!“ Abgesehen davon, dass dieser Lohn zu gering ist, handelt es sich dabei um eine politische Forderung, die unter den aktuellen politischen Voraussetzungen nur von der Klasse der Lohnabhängigen durchgesetzt werden könnte. Dazu wäre eine entsprechende politische Mobilisierung durch die Organisationen des DGB bis hin zu politischen Streiks nötig. Nichts in dieser Richtung passiert, weil die Gewerkschaften jeden politischen Kampf ablehnen. Auch das gute alte Tradition der deutschen Sozialdemokratie! Sie beugen sich jeder Entscheidung des Parlamentes und der Regierung. Das letzte politische Wort soll immer die Stimmabgabe alle 4 Jahre bleiben, damit politisch ja nichts anbrennen kann in dieser feinen bürgerlichen Demokratie. Aus diesem Grunde wird es nicht einmal einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro die Stunde geben, geschweige denn einen von 10 Euro, wie er von Linken gefordert wird.

Die Hartzgesetze, von Sozialdemokraten geplant und durchgesetzt, sind ein entscheidendes Instrument, um Hungerlöhne durchzusetzen. Wer dagegen Entscheidendes nichts tun will, wird

auch keinen gesetzlichen Mindestlohn durchsetzen. Die Gewerkschaften als Organisation waren in der Bewegung gegen Hartz IV eine Marginalie, sie sind es auch im Kampf um einen gesetzlichen Mindestlohn.

Der gesetzliche Mindestlohn, so tönt es von Funktionären der Arbeitgeberverbände, von CDU und FDP im Chor, bedrohe und vernichte Arbeitsplätze. Da haben sie zweifellos Recht! Ja, manche Klitsche und manches „gesunde“ Unternehmen würde in Folge des allgemeinen, durch das Kapital selbst erzeugten Drucks auf die Profirate wohl dicht machen, wenn sie keine menschliche Arbeitskraft zu Hungerlöhnen ausbeuten könnten. Also fielen auch die durch dieses Kapital „betriebeben“ Lohnarbeitsplätze weg. Eine Katastrophe für die Geldanlage in den erwähnten Betrieben wäre das zweifellos. Der gesetzliche Mindestlohn bedroht die Renditen von Geldanlagen, die nur dann hoch genug sind, wenn das Geld Arbeitskräfte zu Hungerlöhnen „beschäftigt“.

Das Kapital vernichtet aber Lohnarbeitsplätze auch ganz ohne gesetzlichen Mindestlohn. Es vernichtet diese Lohnarbeitsplätze mit jeder ausgedehnten Neuanlage von Kapital, die menschliche Arbeitskraft durch angewandte Technologie überflüssig macht. Es vernichtet sie mit jedem erneuten Versuch, die Kosten weiter zu senken und dem durch Rationalisierungsinvestitionen erzeugten Fall der Profirate entgegen zu wirken. Alles jubelt über niedrige, „konsumentenfreundliche“ Preise und niemanden interessiert es, welchen sozialen Preis, die unmittelbaren ProduzentInnen dafür zu zahlen haben. Den „konsumentenfreundlichen Preisen“ entsprechen „produzentenfeindliche Preise“ (für die Ware Arbeitskraft). Beides resultiert aus dem Fortschritt menschlicher Arbeitsproduktivität in seiner kapitalistischen Form (Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, progressive Produktion von Arbeitslosigkeit und letztlich Hungerlöhne). Der ökonomische Zusammenhang zwischen allgemein niedrigen Preisen und niedrigen Preisen für die Ware Arbeitskraft wird verdunkelt. (Kapital verlangt seine „Schnäppchen“ auch auf dem „Arbeitsmarkt“!) Die Spur der sozialen Verwüstung, die das Kapital erzeugt, verweist auf sein eigenes „Schuhwerk“. Die Spur soll verwischt werden, und derjenige der sie erzeugt hat, unsichtbar bleiben.

Die Apostel der Kapitalverwertung wenden sich gegen einen gesetzlichen Mindestlohn, von dem Mensch leben kann und propagieren gleichzeitig den Kombilohn, damit unter veränderten Bedingungen beides möglich bleibt: die profitable Verwertung von Kapital und Geldeinkommen auf Seiten der Lohnabhängigen, von denen sie leben und damit auch (lohn)arbeiten können. Der Staat soll aus Steuereinnahmen, die mehr und mehr nur von Lohnneinkommen bezogen werden, die Subventionierung des unter schwacher Profirate leidenden Kapitals betreiben. So wird der nicht selten in Betrieben ausgesprochene Satz wahr, wonach die Lohnabhängigen ihre Geld gleich selbst mitbringen sollen, damit sie arbeiten dürfen. Kombilohn, egal in welcher Form, bedeutet, dass der Verteilungskampf zwischen Lohnarbeit und Kapital ersetzt werden soll durch den Kampf der Lohnabhängigen unter einander. Der Kampf soll entbrennen zwischen jenen, die Lohnarbeitsplätze zu einem Reproduktionslohn „besitzen“ und jenen, die solche Lohnarbeitsplätze nicht haben. Eine saubere Strategie von teile und herrsche!

Die erfolgreiche Sozialpartnerschaft zwischen Lohnarbeit und Kapital funktionierte in der Rekonstruktions- und Boomphase des Kapitals nach dem 2. Weltkrieg bis zur Weltwirtschaftskrise

1974/75. Seit dieser Zeit wird sie Stück für Stück demontiert, nicht durch die aufbegehrenden Lohnabhängigen, sondern durch die Sachwalter des Kapitals. Nicht nur der Bedeutungsgehalt des Wortes „Reform“ hat sich seit dieser Zeit geändert und ist zu einer Drohung geworden. Auch die sonstigen ebenso ökonomisch-frommen wie sozialen Phrasen werden mit neuen Inhalten „angereichert“.

Das gemeinsame Interesse von Lohnarbeit und Kapital an der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen erweist sich allmählich als grundlegendes „Missverständnis“ zwischen den beiden Kontrahenten. Formulieren Lohnabhängige ihr Interesse an Lohnarbeitsplätzen, dann verbinden sie damit Löhne, von denen mensch leben kann. Formulieren die Sachwalter das Kapitals ihr Interesse an Lohnarbeitsplätzen, dann meinen sie schon immer Lohnarbeitsplätze, die ihnen Profit produzieren. Solange ihnen auch Lohnarbeitsplätze ausreichend Profit produzierten, deren Löhne zugleich den Lohnabhängigen ihre Reproduktion ermöglichte, konnte die Sozialpartnerschaft funktionieren. Jetzt aber verlangen „ökonomisches Wachstum“, Wachstum des Profits, immer stärker Löhne, die unter dem Wert der Ware Arbeitskraft, spricht unter ihren Reproduktionskosten, liegen.

Massenarbeitslosigkeit und Hungerlöhne sind jene beiden Elemente gesellschaftlicher Erfahrung, die den Glauben an Existenzsicherung durch Lohnarbeit untergraben werden. Sie sind zugleich ein Erfahrungshintergrund, der der radikalen Kritik am System der Lohnarbeit empirische Plausibilität verleiht und damit die Suche nach Möglichkeiten einer Überwindung des Kapitalverhältnisses befördert.

Für einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde!

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 06/2007



Wie die Ökonomie so arbeitet – schwere Arbeitsunfälle im Kapitalismus

Neulich sah ich eine Fernseh-Dokumentation über den schweren Seilbahn-Unfall von Sölden (Österreich), bei dem es 9 Tote und mehrere Schwerverletzte gegeben hatte. Die Seilbahn-Gesellschaft hatte ein Bauvorhaben ausgeschrieben. Für dieses Bauvorhaben war es erforderlich Beton für Fundamente, in die Berge zu transportieren. Üblicherweise wird dieser Betontransport bei solchen alpinen Bauvorhaben mit Hubschraubern zur Baustelle transportiert (ein Betonkübel wird an einem langen Seil befestigt und zur Baustelle geflogen). So sollte es auch hier geschehen. Der Unfall ereignete sich, als der Hubschrauber die Seilbahn überfliegen wollte. Das Seil, an dem der Betonkübel hing, löste sich, der gefüllte, 700 kg schwere Betonkübel fiel auf das Seil der Seilbahn, eine Gondel mit ihren Insassen stürzten in die Tiefe und aus 2 weiteren Gondeln wurden Insassen herausgeschleudert. Der genaue technische Hergang ist bis heute ungeklärt. Annähernd geklärt sind jedoch folgende Umstände:

1. Die Seilbahngesellschaft erteilte natürlich den Auftrag für den Beton-Transport dem billigsten Anbieter.
2. Der Anbieter kalkulierte mit einem vergleichsweise unerfahrenen Hubschrauberpiloten – schätze mal er war auch vergleichsweise billig – und der kürzesten Flugroute. (Es gab mehrere Möglichkeiten, die Baustelle anzufliegen. Die kürzeste und billigste Route kreuzte die Seilbahn.)
3. Die Seilbahngesellschaft hielt es nicht für nötig, den Personentransport mit Gondeln für die Zeit des Betontransports einzustellen. Warum wohl? Na wegen der ausfallenden Einnahmen.
4. Außer dem Hubschrauberpiloten will niemand etwas von der geplanten Route gewusst haben. „Hauptsache billig“, sagte sich wohl die Seilbahngesellschaft! „Hauptsache wir kriegen den Auftrag und machen unseren Schnitt“, der Betreiber der Hubschrauber-Fluggesellschaft!
5. Um die „Ökonomie“ des Unfallgeschehens komplett zu machen, noch folgendes: ganz schnell nach dem verheerenden Unglück bot eine Versicherungsgesellschaft Eltern getöteter Kinder eine Summe von 15.000 Euro pro Kind an. Für dieses Geld wollten die Gesellschaften natürlich eine Unterschrift, mit der die Angehörigen der Toten auf alle weiteren Ansprüche verzichteten. Die Kosten gering halten eben!

Die Medien verloren ihr Interesse ebenso schnell, wie es aufgekommen war. Auch sie wollen mit der Ware „Nachricht“ vor allem Gewinn machen. Dazu brauchen sie aktuelle, sensationstüchtige Schlagzeilen und Berichterstattung. Langwierige, klärende Untersuchungen sind langweilig, versprechen keine hohen Auflagen, keinen großen Umsatz von Nachricht in Geld und damit auch keinen ausreichenden Profit. So sahen sich die Angehörigen der Opfer in ihrem Bemühen um Klärung bald allein gelassen, denn welcher Staatsanwalt, sollte wohl die Ökonomie anklagen? Es gibt schließlich ein „öffentliches Interesse“ daran, dass die kapitalistische Ökonomie in solchen Fällen möglichst ungeschoren davon kommt. Schließlich leben wir alle davon. Oder nicht?

Auf die Anklagebank hätte eigentlich die Ökonomie gehört, Produktionsverhältnisse und die zwanghafte Logik, die sich daraus für die Akteure ergibt. Auf der Anklagebank landete aber nur

der Pilot des Hubschraubers, der auch verurteilt wurde. Alle anderen Akteure hatten sich schließlich nur um Preise, Kosten, Umsatz und Gewinn gekümmert und waren ganz ahnungslos, was die Risiken des konkreten Arbeitsablaufs anbetrifft. Alle taten das, was „ökonomisch vernünftig“ ist und darum geht es schließlich immer und überall zuerst. Solche schweren tödlichen und verstümmelnden Unfälle passieren nicht so oft. 99mal berührt, 99mal ist nichts passiert. Passiert es dann doch, dann versteckt man sich gern hinter der sogenannten „Verkettung unglücklicher Umstände“, nicht nur in Sölden. Da kann man halt nichts machen, damit muss mensch leben. Man tut so, als habe da die Natur, das Schicksal und nicht die Ökonomie gearbeitet. An dieser Ökonomie kann und darf man ja nichts ändern.

Die „Verkettung solch unglücklicher Umstände“ resultiert aber fast immer aus der ökonomischen Logik, der die Akteure folgen und unter unseren Bedingungen folgen müssen. In der Rechtfertigung des Verhaltens kommt es dann regelmäßig zu geradezu zynischen Äußerungen, die an Kälte und Gleichgültigkeit kaum zu überbieten sind. In jedem „normalen“ kapitalistischen Produktionsbetrieb hängen heute Warnschilder, die besagen, dass man sich niemals unter schwebenden Lasten aufhalten soll. Weil sie ökonomisch vernünftig handeln – das duldet keine Umwege! - laufen die Leute aber trotzdem immer wieder darunter her. Und auch hier passieren immer mal wieder schwere Unfälle. Einen Dummen, einen Verantwortlichen findet man dann meistens. Allein das, was kompromissloses sicherheitsbewusstes Handeln verhindert, wird nicht zur Verantwortung gezogen.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 06/2007

Über Privatisierung und „Sozialstaat“

Gibt man bei Google das Wort „Privatisierung“ ein und nimmt sich die Zeit ca. 20 Seiten durch zu blättern, so erkennt man schnell das ganze Ausmaß des Privatisierungswahns. Da steht wirklich alles zur Disposition.

- Bahn
- Krankenhäuser
- Kurbetriebe
- Stadtreinigung
- Wohnungen
- Sparkassen
- Häfen
- Wälder/Forstflächen
- Abfallwirtschaft
- Flugsicherung
- Bildungswesen
- Messen
- Arbeitslosenversicherung
- ARD/ZDF
- Wasserversorgung
- Strafvollzug
- Heer
- Geheimdienste

(Diese Liste herausgefilterter Objekte möglicher oder bereits in Gang gesetzter Privatisierung erhebt nicht den Anspruch der Vollständigkeit.)

Mittlerweile macht sich sogar das Verfassungsgericht Sorgen über das Ausmaß der Privatisierung.:

„Karlsruher Verfassungsgespräch: Privatisierung öffentlicher Aufgaben

(rof) Das 7. Karlsruher Verfassungsgespräch findet am Dienstag, 22. Mai, um 19 Uhr im Sitzungssaal des Bundesverfassungsgerichts zu "Privatisierung öffentlicher Aufgaben - Gefahren für die Steuerungsfähigkeit des Staates und für das Gemeinwohl" statt. Nach der Einführung durch den Präsidenten des BVG, Prof. Hans- Jürgen Papier, und einem Grußwort von OB Heinz Fenrich moderiert der Chefredakteur des Westdeutschen Rundfunks, Jörg Schönenborn, die Podiumsdiskussion mit Klaus Bräuning, Bundesverband der Deutschen Industrie, Prof. Horst Hippler, Rektor der Universität Karlsruhe, Prof. Stefan Leibfried, Universität Bremen, Prof. Bernhard Nagel, Universität Kassel, Ministerpräsident Günther Oettinger und Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble. Einlasskarten für Bürger gibt es am Freitag, 18. Mai, ab 8 Uhr an der Rathauspforte, pro Person gegen Vorlage des Personalausweises maximal zwei. Auch für die zweite Person ist der Personalausweis bzw. eine Kopie vorzulegen. Telefonische Reservierung ist nicht möglich.“

Man kann es als eine Orgie bezeichnen, die da organisiert wird. Alles soll dem Markt überantwortet werden! Das bedeutet, das der Profit des Einzelkapitals zum non plus ultra jeder gesellschaftlichen Entscheidung wird. Begründet wird diese Orgie mit mehr Effizienz, besseren Service, mehr Fortschritt, mit billiger, billiger, billiger. Das alles zum Wohle des sogenannten Konsumenten, der vermeintlich oder tatsächlich danach schreit. Der Konsument ist Kunde und die

„Kundenorientierung“ (siehe Qualitäts-Managementsysteme) scheinbar die oberste Selbstverpflichtung des Kapitals. Den sozialen Preis dafür zahlen zunächst vor allem die unmittelbaren ProduzentInnen. Billiger, billiger, billiger geht nur, wenn man aus jeder Arbeitskraft ein Optimum an Arbeit zu möglichst billigen Löhnen herausholt. Technik allein reicht dafür nicht. Im Gegenteil, die teure Technik verlangt für ihre Verwertung billige und allseits verfügbare Arbeitskraft, die man heuern und feuern kann. Also wird entlassen was das Zeug hält, werden Löhne gedrückt, Sozialleistungen gestrichen etc.

Bei näherem Hinsehen und manchmal auch erst nach einiger Zeit erweist sich jedoch die vermeintliche „Kundenorientierung“ als bloßer Rattenfängertrick, mit dem der Masse der Menschen die wohlthätigen Zwecke des Kapitals vermittelt werden sollen. Am Schluss zahlt die Zeche auch der Konsument. Der König Kunde wird zum Bettlerkönig Kunde. Billig erweist sich dann als minderwertig, Massenmist eben, Schrott, für den es sich oft nicht lohnen würde auch nur eine Stunde zu arbeiten. Was billig bedeutet, das können wir etwa an den Lebensmitteln und der Kleidung sehen. Hoch belastet mit giftigen Stoffen etc. Massenmist ist aber auch die Überflutung der Welt mit Schadstoff spuckenden PKWs und LKWs (Edelschrott), mit Beta-Versionen von nicht ausgereifter Software, mit High-Tech-Plunder aller Art.

Schließlich und endlich wird auch der Service immer beschissener. Ahnungslose Menschen in Call-Centern, durchgereicht werden von einem zum anderen, etc. („König Kunde“ muss sich selbst helfen etwa in Gestalt der zahllosen Foren im Internet.) Aber dafür können wir uns immer mehr von dem Massenmist leisten und immer neue, phantastische Produkte bestaunen, deren Werbung uns ein Lebensgefühl vermittelt, als lebten wir im Schlaraffenland, allerdings nur, wenn wir Produkt x von Kapitalist y kaufen. Hauptsache der Rubel rollt.

Die Dummdreistigkeit mit der heute die wohlthätigen, sozialen Zwecke des Kapitals verkündet werden, ist schon beeindruckend. Die soziale Bilanz wird jedoch immer verheerender, solange das Spiel anhält. „Wenn ihr, die Lohnabhängigen, tut, was wir von euch verlangen, dann schaffen wir Arbeit und was Arbeit schafft, ist sozial.“ So die phantastische Massage. Ja, sie sind sozial, was die Interessen ihrer Klasse betrifft. Für die ist nämlich sozial, was wettbewerbsfähige Lohnarbeitsplätze schafft. Davon lässt es sich als Kapitalist gut leben. Von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen können aber die Lohnabhängigen nicht gut leben. Die zweifelhafte soziale Wohlfahrt, die für sie übrig bleibt, heißt buckeln bis das Kreuz schmerzt, im wahrsten Sinne des Wortes (Skeletterkrankungen zählen zu den häufigsten Ursachen von „Arbeitsunfähigkeit“, auch da, wo buckeln nur sitzen heißt). Die Wettbewerbsfähigkeit von Lohnarbeitsplätzen schließt eben soziale Wohlfahrt auf der einen Seite und soziales Elend auf der anderen ein.

Was lernen wir daraus? Zurück zum „Sozialstaat“, zu einem „sozial regulierten Kapitalismus“? Der „Sozialstaat“ ist genau so eine ideologische Erfindung, wie die „Kundenorientierung“ des Kapitals. Das Kapital ist nur sich selbst verpflichtet. Es ist Verwertung von Wert sonst nichts. Alle anderen Zwecke sind im fremd und wenn sie formuliert werden, dann dienen sie ausschließlich der Verdummung. Und so wenig das Kapital wirklich „kundenorientiert“ ist, so wenig ist „der Staat“ sozial und war es nie. Er war und ist stets ein Machtinstrument der herrschende Klasse zur Sicherung der Produktionsverhältnisse, Verkörperung von Rahmenbedingungen der historisch-spezifischen Form von Ausbeutung. (Hätte es den „Sozialstaat 06/05 07/05“ gegeben und wäre er mehr als ein Instrument, nämlich ein Subjekt, dann würde er sich

wehren gegen das, was mit ihm geschieht.) Die konkreten Ausgestaltungen des Machtinstrumentes „Staat“ sind Produkt von Klassenauseinandersetzungen. Gestaltungsbefugnis haben die politisch Mächtigen, wie immer sie zu dieser Macht gekommen sind. In ihren Handlungen drücken sich Klasseninteressen und Klassenkompromisse aus. Was uns als angeblicher „Sozialstaat“ vorgegaukelt wird, war nichts anderes als eine ganze Reihe zugestandener sozialer Reformen, um schlimmeres, nämlich die Abschaffung des Privateigentums, zu verhindern. Diese sozialen Reformen waren nicht das originäre Produkt weitsichtiger, sozial und human eingestellter bürgerlicher Politiker, sondern Resultate eines Klassenkampfes, der sich über Jahrzehnte hinzog und teilweise mit blutiger Gewalt ausgetragen wurde. Diese Reformen sollten ausnahmslos den Klassenkampf beenden und eine soziale Partnerschaft zwischen Lohnarbeit und Kapital begründen. Nicht zuletzt mit Hilfe dieser sozialen Reformen ist es im vorigen Jahrhundert gelungen die Kritik am kapitalistischen Privateigentum weitgehend zum Verstummen zu bringen. Darin, also in der Erkenntnis, das man dem Kommunismus das Wasser abgraben kann und muss, bestand die ganze Weitsichtigkeit der bürgerlichen Politiker seit Bismark. Wo kein tatsächlicher oder vermeintlicher Kommunismus, da braucht es auch nicht mehr eine solche Weitsichtigkeit und also keinen „Sozialstaat“. Es gibt keine Kraft mehr, die den „Sozialstaat“, nämlich die zugestandenen sozialen Reformen, verteidigen könnte. Dafür aber gibt es um so mehr ökonomische Notwendigkeit ihn abzuschaffen. Es kann also problemlos umgesetzt werden, was „ökonomisch notwendig und vernünftig“ ist. Man darf nicht vergessen, dass diese zugestandenen Reformen das Kapital bares Geld gekostet haben. In Deutschland wird beispielsweise die ganze gesetzliche Unfallversicherung (Berufsgenossenschaften) aus den Beiträgen des Kapitals finanziert. Die kapitalistischen Unternehmen zahlen darüber hinaus ihre Beiträge zur Krankenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung. Wäre der Staat ein „Sozialstaat“ gewesen, dann hätte er seine eigene Verschuldung nicht zugelassen. Als „Sozialstaat“ hätte er im Zuge der sich ausdehnenden und sich konsolidierenden Massenarbeitslosigkeit die dafür verantwortlichen automatisch zur Kasse gebeten. Er hätte also die Beiträge der Kapitalisten zu den Sozialversicherungen genau in dem Umfang erhöht, indem die Massenarbeitslosigkeit Löcher in die Kassen riss. Solche Maßnahmen hätten wiederum den sich verschärfenden Klassengegensatz auf die Spitze getrieben, bis hin zur Entscheidung über das Privateigentum an Produktionsmitteln.

Seit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 zeigen überzyklisch ansteigende Massenarbeitslosigkeit und Unternehmenspleiten die krisenhafte Entwicklung der Kapitalverwertung an (Tendenzieller Fall der Profitrate). „Sozialpartnerschaft“ musste neu buchstabiert und eingeübt werden. Sie heißt jetzt „Wertschöpfungsgemeinschaft“ und ist ganz unverschnörkelt rein ökonomisch bestimmt. Die „Partnerschaft“ zwischen Lohnarbeit und Kapital basiert nun nicht mehr auf vom Kapital zugestandenen sozialen Reformen, sondern auf durch das Kapital selbstherrlich gesetzten Zielen: alles für den Profit und die Akkumulation. Damit die „Wertschöpfungsgemeinschaft“ funktioniert muss vor allem flexibilisiert werden und müssen sich die VerkäuferInnen von Ware Arbeitskraft ganz dem Wirken des Marktes unterwerfen. Sie müssen bereit sein so viel und solange zu arbeiten, wie es der Markt verlangt und sie müssen bereit sein, sich mit so wenig Geld zufrieden zu geben, wie es der Markt verlangt. Privatisierung bedeutet nicht nur Demontage der „öffentlichen Daseinsvorsorge“ und der zugestandenen Sozialreformen. Sie bedeutet auch, dass dem Kapital neue Wege der Verwertung eröffnet werden. Privatisierung bedeutet nicht nur „Beitragssenkung“ für die Profiteure des Vereins mit Namen bürgerliche Gesellschaft. Sie bedeutet auch, dass der

ganze Verein zur Ausbeutung frei gegeben wird. Der Privatisierungswahn des Neoliberalismus ist weit mehr als bloße Ideologie und Politik, wie uns manche linken Theoretiker in ihrem sozialreformistischen Bemühen um Bewahrung des Kapitalverhältnisses weiß machen wollen. In ihm drückt sich die objektive Entwicklungsgesetzlichkeit des Kapitals aus, die bürgerliche Gesellschaft immer intensiver zu durchdringen, der rastlosen Bewegung des Gewinnens neue Wege zu erschließen, ohne die das Kapital an sich selbst, seiner Überakkumulation ersticken würde. Aus diesem Grunde kann man den neoliberalen Privatisierungswahn auch nicht einfach abwählen. „Sozialstaat“ gibt es allenfalls wieder, wenn Lohnabhängige massenhaft für die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln streiten, sozusagen als Nebenprodukt des Kampfes zur Verwirklichung von Kommunismus.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 07-08/2007

Aus Anlass des bevorstehenden Parteitages der Grünen: Die Wölfe fressen jetzt Kreide.

(Über bürgerliche Sozialpolitik)

Was ist da los? Mütter und Väter der Agenda 2010 wollen wieder „soziale Themen“ besetzen. Die SPD will einen Mindestlohn und die Auszahlung von Arbeitslosengeld I an ältere „Arbeitnehmer“ verlängern. Die Grünen wollen das Arbeitslosengeld II (Hartz IV) mit dem Etikett „Grundsicherung“ versehen und erhöhen, etc. Deutet sich da eine Wende in der Politik an? Absolut nicht!

Jahre lang haben diese Sozialräuber ihren WählerInnen mit ökonomischer Vernunft in den Ohren gelegen. Es müsse das getan werden, was ökonomisch sinnvoll und notwendig sei. Ein Angriff auf die Lebensbedingungen von Lohnabhängigen folgte dem nächsten. Dem Kapital wurden „unerträgliche Lasten“ genommen, damit der private Reichtum in den Händen weniger explodieren kann, usw. Was hat sich also geändert?

Geändert hat sich nur die Ökonomie selbst, oder besser gesagt, ihr Verlaufsstadium, die Konjunktur. Ein Krisenzyklus dauert ungefähr 10 Jahre. (Krisen: Mitte der 70iger Jahre, Beginn der 80iger Jahre, Beginn der 90iger Jahre und Beginn des 21. Jahrhunderts.) Zur Zeit erleben wir eine Hochkonjunktur, wie lange nicht mehr. Ursachen dafür sind u.a. die Verbesserung der Kapitalrentabilität durch die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Lohnabhängigen (weniger Lohn, intensiver arbeiten, länger arbeiten). Sie arbeiten mittlerweile deutlich weniger für die eigene Reproduktion und deutlich mehr für das Kapital. Unbezahlte Mehrarbeit nimmt zu, die Gewinne sprudeln. Der Weltmarkt wurde erfolgreich in die ehemals „sozialistischen“ Länder, besonders China und Russland ausgedehnt. In beiden Ländern verfügt das Kapital über eine riesiges Potential an billigsten Lohnarbeitskräften und in beiden Ländern entstehen riesige Absatzmärkte, z.B. für Investitionsgüter. Weltweit brummt der Maschinen- und Anlagenbau, allen voran Deutschland. Ein Wachstum wie seit Ende der 60iger, Anfang der 70iger Jahre des vorigen Jahrhunderts nicht mehr.(vergl. die sich überschlagenden Erfolgsmeldungen in den VDMA-Nachrichten – Ausgaben 2007)

Die Hochkonjunktur lässt die Steuereinnahmen des Staates wachsen. Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung „erwirtschaften“ hohe Überschüsse usw. So entstehen Spielräume für bürgerliche Sozialpolitik. Man kann den in den letzten Jahren immer häufiger den Wahlurnen fern gebliebenen WählerInnen ein paar kleine Geschenke machen, um sie wieder an die Wahlurnen zurück zu holen. Niemand sollte sich jedoch täuschen, denn die „Konsolidierung der Staatsfinanzen“ bleibt vorrangige Aufgabe und so hat keiner etwas dagegen, dass die sprudelnden Einnahmen, etwa der Arbeitslosenversicherung und der Rentenversicherung, vor allem dafür genutzt werden sollen, das Kapital weiter zu entlasten. Die „Lohnnebenkosten“, sprich die Beiträge für Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung sollen weiter sinken. Indem die bürgerlichen Sozialpolitiker das machen, bereiten sie bereits jetzt noch schärfere Angriffe auf die Lohnabhängigen vor. Sie schwätzen von Rückkehr auf den Wachstumspfad, schlagen sich auf die Schultern und meinen, nun ginge es – dank ihrer „Anstrengungen“ - „wieder“ nur noch aufwärts. Volksverdummung ist eben ihr Geschäft, denn die nächste Krise kommt bestimmt. Durch weltweit enorme Investitionstätigkeit wird nicht nur mehr Lohnarbeit geschaffen, sondern auch (relativ) überflüssig gemacht. Kapital einer gegebenen Größe braucht weniger Arbeitskräfte, um sich zu verwerten. (Neue Technologien kommen zum Einsatz) Der Ölpreis klettert und klettert und klettert Durch diese Entwicklungen verändert sich die Wertzusammensetzung des Kapitals rapide. Das variable Kapital nimmt im Verhältnis zum konstanten ab, der Druck auf die Profitraten wächst (was in der Hochkonjunktur nicht spürbar wird) und kann nur kompensiert werden durch immer neue Wachstumsschübe. Kann dieses Wachstum von Absatzmärkten (und das damit einhergehende überproportionale Wachstum der Profitmasse) jene Faktoren nicht überlagern, die den Fall der Profitrate erzeugen, bricht die Nachfrage in Folge steigender Kosten und zu hoher Preise ein, dann ist die nächste Krise da (Das wird wohl so um das Jahr 2010 der Fall sein). Im überzyklischen Durchschnitt sinkt die Profitrate, und in der Krise tritt schlagend hervor, dass die erhöhte technische Zusammensetzung des Kapitals menschliche Arbeitskraft für die Zwecke des Kapitals überflüssig macht. Die verfestigte „Sockelarbeitslosigkeit“ wächst. In Deutschland z.B. liegt die Arbeitslosigkeit auch jetzt – in der Hochkonjunktur, bei sprudelnden Gewinnen - immer noch bei deutlich über 3 Millionen. Wie hoch wird ihre Zahl schnellen im nächsten Konjunkturereinbruch? Auf 5, 6 oder gar 7 Millionen? In den letzten Jahrzehnten ist die Arbeitslosigkeit immer von Zyklus zu Zyklus gestiegen. Was passiert aber, wenn die Pleitenflut wieder anschwillt und 6 Millionen auf der Straße liegen? Die Steuereinnahmen brechen ein, die Einnahmen der Arbeitslosenversicherung brechen ein, die Einnahmen der Rentenversicherung brechen ein, usw. Die Einnahmen der Sozialversicherungen werden umso schärfer einbrechen, als unsere famosen reaktionären Sozialpolitiker (Sozial sei, was Arbeit schafft) ja die Beitragssätze gesenkt haben. Werden diese Sozialpolitiker dann etwa die Beitragssätze erhöhen und vor allem das Kapital zur Kasse bitten? Mit Sicherheit nicht, denn das wäre ökonomisch ganz und gar „unvernünftig“! Sie werden den Menschen dann erneut mit der ewig gleichen Nummer kommen: es muss das getan werden, was ökonomisch sinnvoll und notwendig ist. Und das bedeutet: Der Sozialraub wird neue Orgien feiern und die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen werden sich weiter verschlechtern. Das letzte Wort bürgerlicher Sozialpolitik besteht eben immer darin, die Menschen der Verwertungslogik des Kapitals zu unterwerfen. Ihr Geschäft ist die Aufrechterhaltung sozialer Illusion bei gleichzeitig skrupelloser Gestaltung (Gesetze, Verordnungen) verbesserter Bedingungen für die Kapitalverwertung. Man kann und muss sich gegen all das

wehren! Die Lohnabhängigen müssen es wieder lernen, sich als Klasse zu verstehen und zu handeln, ganz wie ihre klassenbewussten, ganz und gar ökonomisch denkenden Gegenspieler, die ihnen im Interesse einer funktionierenden Ökonomie das Fell über die Ohren ziehen. Dem (politischen) Klassenkampf des Kapitals kann nur begegnet werden mit dem ebenso politischen Klassenkampf der LohnarbeiterInnen um ihre sozialen, nicht ökonomischen Interessen! (Dazu gibt es keine realistische, Perspektiven eröffnende Alternative! Gelingt dies nicht, machen sie uns ein!) Perspektivisch immer drängender aber wird es werden, das ökonomische Kapitalverhältnis selbst durch ein soziales Produktionsverhältnis frei assoziierter ProduzentInnen zu überwinden.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 11/2007

Den Fahrstuhl nach unten kann man nicht nur mit tariflichem Lohnkampf stoppen! (Der Wert der Ware Arbeitskraft und der Streik der Lokführer/GDL)

Heute ist es so, dass fast jeder halbwegs energische Widerstand oder jeder halbwegs entschlossene Kampf für irgend eine soziale Verbesserung der Lage auch nur von kleinen Teilen der Lohnabhängigen, gut tut! In Deutschland konnten in den vergangenen Jahren die größten sozialen Schweinereien ohne nennenswerten Widerstand durchgesetzt werden. Die Folgen davon sind schon massiv spürbar, werden aber erst im Laufe der Zeit voll durchschlagen!

Die Zeit ist voller verrückter Widersprüche. Da demonstrieren in Berlin private Briefzusteller gegen einen gesetzlichen Mindestlohn, damit ihre saumäßig bezahlten Lohnarbeitsplätze nicht in Gefahr geraten sollen. Menschen malochen für Armutslöhne von 4 Euro die Stunde und weniger. Und dann fordern vergleichsweise gut bezahlte Lokführer eine Lohnerhöhung von 30%.

Wie immer man zum Streik der GDL stehen mag, es ist wunderbar, dass eine kleine Gruppe von Lohnabhängigen auf die „ökonomische Vernunft“, auf „realistisch“ hin oder her pfeift, und gegenüber einem monopolistischen Einzelkapital auf die eigenen, „egoistischen“ Interessen pocht. Nein, das lässt nicht unbedingt und automatisch auf Klassenbewusstsein schließen. Dahinter mögen sich sogar rein berufsständische Interessen verbergen. Es bleibt deshalb trotzdem wahr, dass ohne ein solches Pfeifen auf die ökonomische Vernunft, ein solches selbstbewusstes Pochen auf die eigenen Interessen, sich überhaupt kein Klassenbewusstsein der Lohnabhängigen entwickeln kann und folglich auch keine großen Auseinandersetzungen zwischen den Hauptklassen dieser Gesellschaft. Ohne einen solchen Klassenkampf aber kann das Kapital durchsetzen, was immer es will und was „ökonomisch notwendig und vernünftig“ ist.

Tarifliche Lohnkämpfe allein, wie sie jetzt von der GDL geführt werden, sind längst nicht mehr geeignet, die materiellen Lebensbedingungen der Lohnabhängigen im Durchschnitt halbwegs erträglich zu gestalten. Schon lange sind Prozesse im Gange und Entscheidungen getroffen, die darauf hinauslaufen den Preis (Lohn) unter den Wert der Ware Arbeitskraft zu drücken, damit das Kapital seine Rentabilität erhöht und ökonomisches Wachstum induziert wird. („Hauptsache Arbeit“ heißt soviel wie „Hauptsache Kapital“!)

Die Gewerkschaften ziehen im Großen und Ganzen mit, verweigern den politischen Kampf, den

Kampf der ganzen Klasse der Lohnabhängigen und bekämpfen jene, die ihn verlangen! Sollen dem Kapital Schranken gesetzt werden, dann müssen sich Bewegungen entwickeln wie in Frankreich (politische Streiks), Klassenkämpfe zur Verteidigung des Kündigungsschutzes oder des Renteneintrittsalters (eine große Zahl von Lohnabhängigen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen ist involviert in die Auseinandersetzungen mit dem „ideellen Gesamtkapitalisten“). Ohne solche Konfrontation von Klasseninteressen und entsprechende Kampfaktionen gibt es auch überhaupt keine Chance, auf gesellschaftlicher Stufenleiter, in breiter Öffentlichkeit über gesellschaftliche Alternativen zu diskutieren und sich zu verständigen. Kommunismus kann nicht das Produkt bloßer Aufklärung sein, nur der Klassenkampf überwindet die Lähmung, den – wenn man so will - „sozialen Reformstau“, lüftet die Gehirne, indem er das bloße Funktionieren unterbricht.

Zumutbarkeit von Lohnarbeit und gesetzlicher Mindestlohn

Unter den Bedingungen anhaltender Überakkumulation und sinkender Profitraten der letzten Jahrzehnte entwickelte und entwickelt das Kapital eine Tendenz den Preis der Ware Arbeitskraft unter ihren Wert zu drücken. Eine wesentliche Stellgröße für diesen Wert sind die Ausbildungskosten der Arbeitskraft. Schon durch die Entwicklung neuer Techniken, neuer Qualifikationen gerät eine einmal erworbene Qualifikation unter Druck und mit ihr der Lohn, der für die entsprechende Arbeitskraft gezahlt wird. Ein qualitativer Sprung tritt jedoch dann ein, wenn im Interesse des gesellschaftlichen Gesamtkapitals die rechtlichen Rahmenbedingungen so verändert werden, dass innerhalb kürzester Zeit per Anordnung der Bundesanstalt für Arbeit eine erworbene Qualifikation für null und nichtig erklärt, also eine besonders qualifizierte Arbeitskraft in ihrer Besonderheit komplett entwertet wird. Die neuen Zumutbarkeitsregelungen für LohnarbeiterInnen, die Bestandteil der Agenda 2010 waren, sind ein Generalangriff auf den Wert der Ware Arbeitskraft. Jede nicht sittenwidrige Arbeit ist zumutbar. Egal, was immer meine Qualifikation war, der Fahrstuhl nach unten wird in Gang gesetzt. Die LohnarbeiterInnen werden gezwungen praktisch jede Arbeit, egal wie hoch die Entlohnung ist, unabhängig von ihrer Qualifikation, anzunehmen.

Immer mehr „Arbeitgeber“ haben sich in den letzten Jahrzehnten aus ihren Klassenorganisationen verabschiedet, um der tariflichen Bindung zu entgehen. Es gibt immer mehr sogenannter „ungeschützter“ Arbeitsverhältnisse, in denen die Löhne rapide nach unten gegangen sind, Urlaubstage gestrichen werden usw. usf. Das durch Tarife gebundene Kapital der Verbände zieht längst nach und drängt mit großem Erfolg auf Flexibilisierung von Flächentarifen. Damit nicht genug, es gelingt ihnen mittlerweile sogar zusammen mit den Gewerkschaften Armutslöhne zu tarifieren, „gesellschaftsfähig“ zu machen.

Längst sind die DGB-Gewerkschaften auf den Zug der Flexibilisierung aufgesprungen, in der Hoffnung, dadurch anerkannte „Sozialpartner“ und Co-Manager des Managements zu bleiben. Nichts schlimmeres könnte den bestehenden Gewerkschaften widerfahren, als das „ihre Gegner“, die Arbeitgeberverbände sich selbst auflösen. (Womit schon einmal gedroht wurde.) Es gäbe dann nichts mehr in gegenseitiger Anerkennung von Zuständigkeiten zu verhandeln und das letzte Mittel (der Streik) würde zum unabdingbaren Erst-Mittel, was keine der DGB-Gewerkschaften will! Diese Gewerkschaften sind keine „soziale Gegenmacht“! Sie leben mehr

denn je von der inzwischen gnädigen Anerkennung des Kapitals, das sie „mitnehmen“ will, solange das für zweckmäßig gehalten wird. Das ausgerechnet ein Berufsverband wie die GDL so etwas wie entschlossene soziale Gegenmacht demonstriert, besagt alles. Sie muss erst noch um Anerkennung durch das Kapital kämpfen (eigener Tarifvertrag), befindet sich also in einer Situation, die der der Gewerkschaften vor dem 1. Weltkrieg ähnelt. Die GDL ist nur weniger „sozialistisch“, als die Gewerkschaften es damals waren. Die DGB-Gewerkschaften sind im Großen und Ganzen Teilhaber an der sozialen Macht des Kapitals und in ihrer heutigen Verfassung weitgehend unfähig zu sozialer Gegenmacht!

Die Einzelkapitalisten bieten Lohnabhängigen immer häufiger Armutslöhne an und der „ideelle Gesamtkapitalist“ (Staat) erlässt Gesetze und Verordnungen, die die Lohnabhängigen zwingen, diese Armutslöhne anzunehmen, wenn sie nicht auf jedes Geldeinkommen verzichten wollen. In diesem Zangenangriff wird der Preis der Ware Arbeitskraft unter ihren Wert gedrückt. Dem kann nicht allein mit tariflichen Lohnkämpfen Einhalt geboten werden. Erforderlich wäre eine politische, also gesellschaftliche Bewegung, die eine Rücknahme der Zumutbarkeitsregelungen (Agenda 2010) von Lohnarbeit verlangt sowie einen für das gesellschaftliche Gesamtkapital verbindlichen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 Euro die Stunde. (Vergl. das in Trend veröffentlichte Flugblatt des Aktionsbündnisses zum Mindestlohn). Eine solche Bewegung könnte in ihrer Masse nur getragen werden von den Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften. Ihre Entwicklung und Ausbreitung ist aber nur denkbar durch Initiativen außerhalb des DGB und gegen Politik und Apparat des DGB. Dafür ist es u.a. wichtig, das Flugblatt zum Mindestlohn des Aktionsbündnisses weit zu verbreiten! (Das gedruckte Flugblatt kann man auch über www.klartext-info.de beziehen.)

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 12/2007



Unterwegs im Auftrag des Kapitals

Am 05. Juni sendete Panorama eine Reportage über die Bespitzelung von Hartz-IV-Empfängern durch „Außendienstmitarbeiter“ der „ARGEN“ – Arbeitsgemeinschaft von Arbeitsagentur und Kommunen. (siehe Anhang)

Die vorgestellten Fälle machen deutlich in welche Richtung sich der bürgerliche Staat entwickelt und was vom „Sozialstaat“ durch die „Reformen“ der Hartz-IV-Parteien, allen voran der SPD und den Grünen, immer häufiger übrig bleibt: Schikane von Arbeitslosen! In Anbetracht solcher Bespitzelungen und Schikanen verschlägt einem die Dreistigkeit, mit der Bezieher von Arbeitslosengeld II als „Kunden“ bezeichnet werden, die Sprache! Das ist der pure Hohn selbst auf die normal-bürgerliche Tausch-Beziehung zwischen Kunden und Leistungsanbietern.

Ein Leistungsempfänger hatte es z.B. gewagt, einem Spitzel der ARGE den Zutritt zu seiner Wohnung zu verwehren und eine vorherige Anmeldung des „Besuchs“ verlangt. Zur Strafe wurde ihm das Arbeitslosengeld II komplett gestrichen. Begründung eines Mitarbeiters der ARGE Viersen vor laufender Kamera:

„Da er vom Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung Gebrauch gemacht hat, trägt er in letzter Konsequenz jetzt auch die Verantwortung für die Entscheidung, dass Leistungen nicht weiter gewährt werden können.“

Praktizierte bürgerliche Demokratie Anno 2008! Ob dieser Mensch wohl Gefahr läuft ein „Berufsverbot“ zu erhalten, weil er nicht zweifelsfrei auf dem Boden des Grundgesetzes steht?

Es ist wie bei einer Rasterfahndung, bei der ein bestimmter Personenkreis verdächtigt wird, einer kriminellen Vereinigung anzugehören. Bezieher von Arbeitslosengeld II brauchen über keine weiteren Merkmale zu verfügen, die sie verdächtig machen. Es reicht aus, dass sie Leistungen beziehen, um sie des Missbrauchs zu verdächtigen. Schließlich tönt es mittlerweile Land auf, Land ab: Vollbeschäftigung ist möglich! Man muss die vom Lohn abhängigen Menschen nur genügend unter Druck setzen, damit sie jede „nicht sittenwidrige“ Arbeit annehmen, die das Kapital vermehrt! Hungerlöhne und unmenschliche Arbeitsbedingungen verstoßen nicht gegen die „guten Sitten“ des Kapitals. Das Kapital braucht vielmehr solche Arbeits- und Lebensbedingungen, damit es sich auch dann erfolgreich verwerten kann, wenn es überakkumuliert ist und als allgemeines Produktionsverhältnis zunehmend unerträglich wird.

Nein, die sauberen ARGEN können auch anders, sie können geschehen lassen, zuschauen und ihre Hände in Unschuld waschen; dann etwa, wenn jemand, dem sie die Leistungen auf Null gekürzt haben verhungert. So geschehen in Speyer 2007. Die Frankfurter Rundschau berichtete darüber in ihrer Ausgabe vom 19.04.2007.

*„Nach dem Hungertod eines 20 Jahre alten Hartz-IV-Empfängers in Speyer sieht die zuständige Behörde bei sich keine Versäumnisse. **„Wir hätten nichts tun können“**, sagte Hans Grohe von der Arbeitsgemeinschaft (Arge) für die Betreuung von Hartz-IV-Empfängern am Mittwoch. **„Ich kann meinen Mitarbeitern keinen Vorwurf machen.“** Der verhungerte 20-Jährige war am Sonntagabend in seiner Wohnung gefunden worden, in der er mit seiner ebenfalls arbeitslosen Mutter gelebt hatte. Die stark geschwächte 48-Jährige sagte, sie hätten kein Geld gehabt, um Lebensmittel zu kaufen.“*

Solche Ohnmachtsbekundungen des „Sozialstaates“ hört man nicht nur von Vertretern der ARGEN. Man hört sie gleichermaßen etwa von Vertretern der Jugendämter, wenn es um Kindesmissbrauch bis hin zum Mord geht. Da kann man nichts machen! Ärzte können Knochenbrüche oder den Zustand der Unterernährung bei misshandelten Kindern feststellen, ohne dass Spitzel losgeschickt und Wohnungen untersucht werden. Da kann man nichts machen! Familie eben! Familie erscheint als unantastbares Rechtsgut mit besonderem Stellenwert und kommt gleich nach dem Privateigentum! Familie wird vor allem dann zu einer unantastbaren Einrichtung, wenn es darum geht gesellschaftliche Verantwortung abzulehnen, zurückzunehmen und auszuschalten. Familie erscheint als „Schonraum“ des Staates, wenn Kinder misshandelt werden. Familie wird dann dem Übergriff freigegeben, wenn es das Interesse des Kapitals es verlangt, weil es ökonomisch notwendig ist, um dem „Missbrauch sozialer Leistungen“ Einhalt zu gebieten. Dann ist keine Tür sicher genug, um die „Sozialarbeiter“ draußen zu halten!

Rücksichtslos aktiv wird der „Sozialstaat“ garantiert dann, wenn es darum geht im Dienste des Kapitals die „Faulheit“ auszurotten. Dann kann man nicht weg schauen und an die Stelle von Ohnmacht tritt die forsch zupackende Macht. Ein Recht auf „Faulheit“, das wissen wir spätestens seit Schröder, gibt es nicht. Mit den Kampagnen gegen die „Faulheit“ marschiert die bürgerliche Reaktion auf breiter Front und revidiert erkämpfte Klassenkompromisse. Die Anerkennung der gesellschaftlichen Ursachen von Lohnarbeitslosigkeit, und daraus folgend der Arbeitslosenversicherung“, wird zurück genommen. Die Arbeitslosen sind auf Grund ihrer individuellen Fehler, vor allem auf Grund ihrer „Faulheit“, verantwortlich für die Lohnarbeitslosigkeit. (Im Faschismus galten Arbeitslose als Kriminelle!) Mit zunehmendem Repressionsaufwand wird nun der Kampf gegen die „Faulheit“ geführt, während man sich gleichzeitig für überfordert oder nicht zuständig erklärt für die sozialen „Kollateralschäden“ des Kapitals. Es herrscht eben „Krieg“, ökonomischer „Krieg“, den sie „Wettbewerb im Zeitalter der Globalisierung“ nennen.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 06/2008

Was nicht verwertbar ist, muss vernichtet werden!

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: ich hege große Sympathie für den Widerstand der Milchbauern. Manche Formen dieses Widerstandes zeigen allerdings deutlich die soziale Perversion kapitalistischer Marktwirtschaft, die sich nicht in der als selbstverständlich empfundenen Perversion gesellschaftlicher Struktur (in der Form des Privateigentums) erschöpft, sondern die Perversion des Denkens und Handelns der darin agierenden Individuen produziert.

Weltweit hungern und verhungern Millionen von Menschen. Das Elend spitzt sich momentan zu, z.B. weil Geldanleger Termingeschäfte mit Grundnahrungsmitteln machen und ihren maßlosen Reichtum weiter vermehren wollen. Gleichzeitig erhalten Milchbauern in reichen Ländern wie Deutschland für ihre Waren nur noch einen Preis, von dem sie sich kaum nach als selbständige Bauern erhalten können. Die hungernden und verhungern den Menschen begehren auf und die Milchbauern begehren auf. Und was machen diese Milchbauern? Sie vernichten lieber ihre Milch,

als sie zu den von großen Handelsketten aufgezwungenen Spottpreisen zu verkaufen!

Was nicht verwertbar ist, muss vernichtet werden! Das gilt für jeden Gebrauchswert, der in einer verallgemeinerten Warenproduktion erzeugt wird. Sinken die Preise soweit, dass sie keine gewinnbringende Verwertung von Kapital mehr ermöglichen, dann muss das Angebot der Waren durch Vernichtung vermindert werden. Das Verlangen Privateigentum und Privatinteresse. Diese perverse Logik gilt nicht nur für die großen Kapitale, sie gilt für alle Warenproduzenten in der kapitalistischen Marktwirtschaft. Eine solche Vernichtung geschieht regelmäßig in allgemeinen Krisen und bei Firmenpleiten. Sie kann auch eine Form des Widerstandes von kleinen Warenproduzenten werden, die nicht vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, sondern vom Verkauf ihrer selbständig produzierten Waren. Vom erzielbaren Preis ihrer Waren hängt ihre Existenz ab, ganz so wie die Existenz der Lohnabhängigen entscheidend vom Preis der Ware Arbeitskraft abhängt. Wehren sich die Lohnabhängigen gegen zu geringe Löhne, dann verknappen sie ihr Angebot an Arbeitskraft, sprich, sie streiken. Der entscheidende Gebrauchswert für das Kapital wird zwar nicht vernichtet, aber dem Gebrauch durch das Kapital kurzfristig entzogen.

Im Prinzip machen die Milchbauern momentan nichts anderes! Sie wehren sich und kämpfen um ihre Existenz in der kapitalistischen Marktwirtschaft. Sie wenden die Mittel an, die diese famose Gesellschaft ihnen bietet, ja von ihnen verlangt: sie verknappen ihr Warenangebot, indem sie die Milch vernichten. Die Form dieses Widerstandes hält dieser Gesellschaft den Spiegel vor. Milch zu vernichten, wenn Millionen Menschen hungern und verhungern, das ist pervers, so pervers wie jede Vernichtung nützlicher Dinge um der Verwertung willen. Diese Perversion der Vernichtung dringend benötigter Lebensmittel, also in Anbetracht eines riesigen Elends, ist aber nur Ausdruck perverser Verhältnisse. Wer seine Sinne noch halbwegs beieinander hat, der kann das eigentlich kaum aushalten!

Immerhin gibt es auch im Widerstand der Milchbauern Ansätze und Zeichen, die über die perverse Logik kapitalistischer Marktwirtschaft hinausweisen. So haben jetzt Öko-Milchbauern aus NRW eine Tagesproduktion an eine „Tafel“ gespendet, so dass Menschen, die durch das famose kapitalistische Wachstum verarmt sind, umsonst in den Genuss von Milch und Milchprodukten kommen. Kostenlose Grundversorgung eben, als Ausdruck eines gesellschaftlichen Bewusstseins von Solidarität, jenseits von Privateigentum und Privatinteresse!

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 06/2008

Das Versagen des kapitalistischen Privateigentums hat viele Gesichter

„Gebt uns unsere Freiheit zurück!“

verlangte BDI-Chef Rogowski laut Spiegel-Online vom 26.11.2000.

Durch die Freiheit des kapitalistischen Privateigentums, die zunehmend ungehemmte Entfesselung des sich darauf gründenden Privatinteresses soll mehr „Wirtschaftswachstum“, Vollbeschäftigung und allgemeine Wohlfahrt erreicht werden. Tatsächlich wird selbst das „Wirtschaftswachstum“, diese günstigste Bedingung für lohnabhängige Existenz im Kapitalismus, immer mehr zu einer ökologischen und sozialen Bedrohung. Vielmehr noch zeigen die aktuellen Entwicklungen in den USA wie nahe sich das Kapital an eine soziale Katastrophe in Gestalt einer verheerenden Weltwirtschaftskrise heran gearbeitet hat. Milliarden müssen aufgebracht werden, um 2 Großbanken vor dem Zusammenbruch zu bewahren und damit weitaus Schlimmeres zu verhüten oder doch wenigstens hinaus zu zögern.

Zitat Frankfurter Rundschau vom 15.07.2008 :

„So nah stand das internationale Finanzsystem noch nie am Abgrund. Gerüchte über die drohende Zahlungsunfähigkeit der beiden größten US-Hypothekenbanken hatten in der vergangenen Woche Sorgen geschürt, die sich am Montag in einer veritablen Panik zu entladen drohten. Um diese zu vermeiden, hat die US-Regierung in der Nacht zum Montag einen Rettungsplan für die beiden öffentlich-rechtlichen Hypothekengiganten Fannie Mae und Freddie Mac vorgestellt, der umfangreicher ist, der umfangreicher ist, als alles bisher dagewesene. Denn die Banken sind „too big to fail“, zu groß, um pleite gehen zu können, ohne die US-Wirtschaft und vielleicht sogar die globale Wirtschaft in eine Depression zu stürzen.“

Die bis zum Erbrechen gepredigte Freiheit des kapitalistischen Privateigentums produziert zunehmend das Versagen eben dieses Eigentums, dessen einzige Funktion darin besteht, sich selbst zu vermehren, aber dabei die gesamte gesellschaftliche Reproduktion der Menschen beherrschend durchdringt. Eine Vermehrung des Privateigentums, die zunehmend stimuliert und überlagert wird durch bloß spekulative Mehrung von Eigentumstiteln- und Ansprüchen, die nicht eingelöst werden dürfen, wenn das Kartenhaus nicht zusammenbrechen soll, kann nicht unendlich fortgesetzt werden. Das maßlose Streben nach maximaler Rendite stößt an Grenzen, die auf das „Kerngeschäft“ des produktiven Kapitals, dessen Rentabilität nicht durch spekulative Zockerei sondern durch seine organische Zusammensetzung bestimmt und beschränkt wird, verheerend zurückschlagen muss. Je größer die Freiheit des Privateigentums, je maßloser das dadurch entfesselte Privatinteresse nach Rendite, desto rascher werden diese Grenzen erreicht.

Die „Wertschöpfungen“ der Spekulanten sind die Hypotheken des produktiven Kapitals, die es bedienen muss, und aus der Hypothekenkrise des „kleinen Mannes“ kann mir nichts dir nichts die Hypothekenkrise des produktiven Kapitals werden.

Unabhängig aber vom weiteren Verlauf der us-amerikanischen Finanzkrise und ihren Auswirkungen auf die Weltmarktconjunktur zeigt sich gegenwärtig allenthalben das Versagen des Kapitals, weil seine Wirklichkeit die Verheißung seiner Propheten unausgesetzt Lügen straft.

3 Beispiele:

1. Privateigentum (Privateigentümer unter sich?)

Zu den Glücksversprechen der bürgerlichen Gesellschaft gehört nicht zuletzt die Message an den „kleinen Mann“, dass auch er Eigentum bilden könne und solle. Ein schnuckeliges privates Häuschen oder doch wenigstens eine Eigentumswohnung für alle! Auf jeden Fall ein Stück Privateigentum, damit die Perspektive einer klassenübergreifenden Harmonie mindestens den Anschein einer tatsächlichen Interessengemeinschaft hat. Selbstverständlich ist es letztlich eine Horrorvision, dass alle Kleinfamilien (womöglich auch noch alle Singles) dieser Welt mit einem Stückchen Land und einem schnuckeligen Häuschen ausgestattet werden. Doch das ändert nichts an diesem Traum vom privaten Glück in einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Um so schlimmer für diesen Traum, wenn Millionen von Kleineigentümern das ihnen „vergönnte“ Privateigentum verlieren. Die soziale Partnerschaft von Lohnarbeit und Kapital, die allgemeine Abscheu vor Gemeineigentum und Kommunismus, hat nicht nur in erfochtenen Sozialreformen eine materielle Basis gefunden, sondern auch im privaten (Haus-) Eigentum vieler Lohnabhängiger. Die jetzt in den USA stattfindende Enteignung des lohnabhängigen „kleinen Mannes“ rüttelt an dieser Basis und ist selbst auch eine Form des Versagens des kapitalistischen Privateigentums. Das aber tritt erst deutlich zutage im ökonomischen Kontext. Die Bewältigung der letzten konjunkturellen Krise in den USA, Anfang dieses Jahrtausends wurde auch vollbracht durch die „segensreiche“ Ausschüttung von Krediten für den Häuslebau. Die Banken, diese Tempel des Privateigentums, boten „günstiges“ Geld, dessen Rückfluss in der Gestalt der Bedienung von Zinsen jetzt eher „ungünstig“ verläuft. So kommen die mächtigen Hypothekenbanken selbst ins Straucheln. Nicht nur „der kleine Mann“ verliert seine kleines Stückchen Privateigentum, sondern auch den großen Geldanlegern droht Verlust auf der ganzen Linie. Plötzlich ist der Staat, der sich doch besser aus aller Ökonomie heraushalten sollte, gefragt. Die Hohen Priester von Privateigentum und Markt schreien plötzlich nach ihm. Der Staat soll retten, was zu retten ist, selbstverständlich im Interesse des Erhalts des kapitalistischen Privateigentums, nicht im Interesse seiner Überwindung. Würden aktuell die 2 großen Hypotheken-Banken, die jetzt von der Pleite bedroht sind, tatsächlich Pleite machen, drohte das ganze Bankensystem der USA zu kollabieren, was wiederum verheerende Auswirkungen auf die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft hätte. Die Situation ist noch lange nicht ausgestanden und sie bleibt ein lebendiger Beweis für den Bankrott bürgerlicher Ideologie über die Selbstheilungskräfte des Marktes durch die Freiheit des Privateigentums!

2. Explodierende Preise, Spekulation und monopolistische Strukturen

Angekündigt ist im feinen Deutschland erstmal eine Erhöhung des Gaspreises um 25%. „Experten“ rechnen damit, das im Laufe dieses Jahres der Gaspreis sich insgesamt verdoppeln wird. Die Preise für Öl und Benzin klettern und klettern, dass es vor allem auch hier dem „kleinen Mann“ in den reichen kapitalistischen Zentren schwindelig wird. Für die „working poor“ und die Lohnarbeitslosen wird die Situation immer präkerer.

Aber nicht nur die Preise Gas, Öl und Benzin explodieren, gleiches gilt für viele Grundnahrungsmittel, was besonders für die verarmten Menschen in der Peripherie der internationalen Kapitalakkumulation eine katastrophale Zuspitzung ihrer sozialen Misere bedeutet. Das alles in Mitten des herbei gesehnten Aufschwungs, als Produkt des Wohltat verheißenden „Wirtschaftswachstums“.

Auch diese Entwicklungen sind ein Produkt der Freiheit des gesegneten kapitalistischen Privateigentums und zeigen gleichzeitig sein Versagen an. Es handelt sich deshalb um ein

Versagen des Privateigentums, weil das viel gepriesene Wechselspiel von Angebot und Nachfrage keineswegs so funktioniert, wie seine Apostel predigen. Es wird gepredigt, dass die möglichst unbegrenzte Freiheit des Privateigentums zu einer Konkurrenz führt, die beständig für harmonischen Ausgleich sorgt, indem sie die Preise nach unten drückt und die Einkommen wachsen lässt. Tatsächlich produziert die Freiheit des Privateigentums eine Bereicherungsgier, die ihres gleichen sucht. Die privatkapitalistische Spekulation reißt alle Schranken ein. Sie ist die Spielsucht des Kapitals. Die (noch) expandierende Weltwirtschaft, vor allem durch die enormen Wachstumsraten in Ländern wie China, Indien, Russland etc. ist der Motor für diese Spekulation, die jetzt vor allem die Preise für Rohstoffe und Grundnahrungsmittel in die Höhe treibt. Steigen die Preise allein deshalb, weil die internationale Nachfrage sehr viel stärker wächst als das Angebot, so ist das ein trefflicher Anlass für die Spekulanten, darauf zu wetten, wie hoch die Preise noch getrieben werden können, wie lange die starke Nachfrage anhält etc. Also bemächtigen die Spekulanten sich der Rohstoffe und Nahrungsmittel um höchste Renditen zu erzielen. Das auf dem Privateigentum beruhende Privatinteresse tobt sich aus auf Kosten der Gesellschaft. Die Zeche zahlen Millionen von Menschen, die an diesem Spiel nicht teilnehmen können. Sie zahlen jetzt die Zeche durch die enorm ansteigenden Preise und die große Masse der lohnabhängigen Menschen zahlt erst recht die Zeche, wenn die Spekulationsblase platzt, spätestens dann, wenn die jetzige Konjunktur der Weltwirtschaft einbricht.

Die Freiheit des Privateigentums produziert nicht den viel beschworenen „fairen Wettbewerb“. Das Privatinteresse beherrscht die Aktionen der diversen Einzelkapitale. Aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, dem Privateigentum an Produktionsmitteln, entspringt „der Wettbewerb“, die Konkurrenz, aber es handelt sich dabei nicht um eine Sportveranstaltung. Bei keinem sportlichen Wettbewerb büßt der Verlierer am Ende seine Existenz ein. Dieser Verlust der Existenz ist aber das notwendige Produkt kapitalistischer Konkurrenz. („Leichen pflastern seinen Weg“ steht als Motto über der „freien Marktwirtschaft“.) Dies gilt für alle Bereiche der Wirtschaft, in denen eine Vielzahl von Einzelkapitalen miteinander konkurrieren. Es geht ums Überleben des Einzelkapitals, die erfolgreiche Behauptung von Privateigentum durch seine Vermehrung.

Ein notwendiges Produkt der Konkurrenz ist auch der Konzentrationsprozess des Kapitals, der zur Herausbildung marktbeherrschender Großunternehmen wie etwa Microsoft führt. (In bestimmten Bereichen der Wirtschaft hat es nie eine Vielzahl konkurrierender Einzelkapitale gegeben.) Erlangt ein Einzelkapital eine marktbeherrschende Stellung oder ist der Markt nur auf eine kleine Anzahl von Kapitalen mit einer hohen Marktzutrittsschranke begrenzt, dann wird die maximale Rendite schon durch bloßes Drehen an der Preisschraube möglich. Mineralölkonzerne und Energiekonzerne verstehen sich auf das Geschäft und sie brauchen wahrscheinlich nicht einmal wirkliche Absprachen. Warum sollten sie sich auf einen „Verdrängungswettbewerb“ einlassen, wenn sie von den Verhältnissen nicht dazu gezwungen werden (stark rückläufige Nachfrage, kräftige Umsatzeinbrüche)? Dem Zweck der maximalen Verwertung, der Befriedigung der Renditewünsche der Anleger, dem Privatinteresse, kann durch kontinuierliche, allseits betriebene Preiserhöhungen Genüge getan werden. Die Freiheit des Privateigentums macht es möglich. Sie produziert nicht nur Konkurrenz, „Wettbewerb“, sondern durch die Konkurrenz zugleich die Aufhebung bzw. Einschränkung des Wirkens von Angebot und Nachfrage. Die enormen Preiserhöhungen für Öl, Benzin, Gas und in deren Gefolge auch die Preise für Elektrizität sind zu

einem nicht unerheblichen Teil auf Spekulation und monopolistische Strukturen zurück zu führen. Die angeblich so segensreichen Wirkungen des Wettbewerbs, wonach alles immer billiger und für die Masse der Menschen erschwinglich werden soll, bleiben aus. Der Markt versagt den ihm zugeschriebenen Dienst und dieses Marktversagen ist zugleich ein Versagen des Privateigentums, dessen Freiheit sich in der Befriedigung des Privatinteresses der großen Anleger austobt. Die Freiheit des Privateigentums wird somit zum Gegenteil von dem wird, was sie sein sollte: statt Schranken für die Entwicklung der „allgemeinen Wohlfahrt“ einzureißen, wird diese Freiheit selbst zur größten Schranke. Die große Welle, von der angeblich alle nach oben geschwemmt werden, produziert eine immer größere soziale Polarisierung. Schwindel erregenden Reichtum auf der einen Seite und weltweites, teils maßloses Elend auf der anderen bleiben zurück und setzen sich fest.

3. Sozial sei was Arbeit schafft

Tatsächlich ist asozial, welche Lohnarbeit das Kapital schafft. Ich spreche jetzt nicht von den elenden Zuständen etwa in den Weltmarktfabriken Asiens. Ich spreche auch nicht von den rapide zunehmenden sogenannten „präkeren Jobs“ in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern. Wovon ich spreche, das sind die mehr oder weniger gut bezahlten Jobs hierzulande und in anderen reichen Ländern. Land auf Land ab liegen die Sachwalter des Kapitals, ob sie nun Rogowski, Hundt oder „Experte“ Altbundeskanzler Schmidt heißen, seit Jahren den Menschen damit in den Ohren, dass sie wieder länger arbeiten und mehr leisten müssten. Denn neben der Freiheit des Privateigentums erfordere das segensbringende „Wirtschaftswachstum“ dieses mehr an Arbeit und Leistung. Im Arbeits- und Leistungswahn dieser Menschen mit „ökonomischem Sachverstand“ drückt sich nichts anderes aus, als der Heißhunger des Kapitals nach unbezahlter Mehrarbeit. Die soziale Bilanz des durch diese Mehrarbeit bewirkten „Wirtschaftswachstums“ ist denn auch beeindruckend. Nicht nur das die Reichen immer reicher, Armen ärmer werden und ihre Zahl wächst, dieser entfachte Leistungswahn macht die Lohnabhängigen zunehmen in neuen Formen krank. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft Stress als eine der größten Gefahren für das menschliche Wohlergehen im 21. Jahrhundert ein. Stress gilt als Krankmacher Nr. 1.

Einige Zahlen zum Krankmacher Stress im Arbeitsleben:

- In Europa klagen 30% über Stress am Arbeitsplatz und fühlen sich durch das geforderte Leistungspensum und den Zeitdruck, das Arbeitstempo ständig überfordert (Studie aus dem Jahr 2000)
- EU-weite Studien weisen darauf hin, dass etwa die Hälfte der Fehltag am Arbeitsplatz auf zu großen Stress zurückzuführen sei.
- Nach einer deutschen Studie des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen (BKK) lassen sich 31 % aller Arbeitsunfähigkeitstage beruflichen psychischen Belastungen zuordnen (Zahlen von 1998). Und zwischen 2001 und 2006 haben nach Angaben des BKK die Fehlzeiten durch Überlastungen und Stress um 17% zugenommen –also auf etwa 50%!
- Schließlich noch: Man geht aufgrund von Untersuchungen von 15.000 Herzpatienten in 52 Ländern davon aus, dass dauerhafter Stress das Herzinfarktrisiko verdreifacht und fast ein ebenso hohes Risikopotential in sich birgt wie das Rauchen. (Aus einem Vortrag des „Stressexperten“ Gerd Wenniger beim „Bund der Selbständigen“ vom 31.10.2007)

Und was wird in aller Regel an diesen Folgen der „Mehrleistung“, ob von den Krankenkassen oder von anderen „Experten“, beklagt? Selbstverständlich die dadurch hervorgerufenen „volkswirtschaftlichen Verluste“. Schlussendlich sind sie alle „Ökonomen“, denen das durch die Lohnarbeitsbedingungen hervorgerufene Leid von Menschen am Arsch vorbei geht! Statt zum Klassenkampf aufzurufen, folgt der Appell an die ökonomische Einsicht des Kapitals auf dem Fuß. „Schafft humanere Arbeitsbedingungen, dann sprudelt der Profit noch besser und die 'Volkswirtschaft' erleidet weniger Verlust.“

Selbst in diesem Punkt, den Arbeits- und Lebensbedingungen der „erfolgreichen Arbeitskraft-unternehmer“, wird das Gesabbel von den Segnungen der „freien Marktwirtschaft“ durch die Realität zunehmend lügen gestraft. Es ließen sich hier viele weitere Beispiele anführen, die den Wahwitz einer Fortsetzung gesellschaftlicher Reproduktion der Menschen in den Formen der Kapitalverwertung illustrieren. Nicht zuletzt die ökologische Bilanz des „Wirtschaftswachstum“ ist verheerend! Solange aber nicht ein Trommelfeuer der Kritik am kapitalistischen Privateigentum eröffnet wird, solange nicht offensiv um einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel gerungen wird, gibt es keinen Ausweg aus der Misere. Offenbar reicht das Wandeln ab Abgrund nicht aus, es muss der Absturz erfolgen, um frischen Wind in die Köpfe zu blasen.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 07-08/2008

Eine staatliche Bürgschaft für Opel?

Gestern Abend (16.11.2008) versammelte Anne Will mal wieder ein Gruselkabinett um sich, um über die Zukunft von Opel zu diskutieren. Darunter neben Wirtschaftsminister Glos auch der Opel-Betriebsratsvorsitzende Franz.

Franz nennt sich zwar Betriebsratsvorsitzender, aber er spricht wie ein Manager der Adam Opel AG. Es hätte keinen Unterschied gemacht, wenn dort der Vorstandsvorsitzende gesessen hätte. Wenn Franz „wir“ sagt, dann meint er die Adam Opel AG und nicht die lohnabhängige Belegschaft.

Franz ist auch Ökonom. Er hat erkannt, dass die Medien mit ihren negativen Nachrichten die Lohnarbeitsplätze bei Opel vernichten.

Franz ist ein bürgerlicher Dummkopf, der wegen seines bornierten Interesses nicht verstehen kann und verstehen will, dass die kapitalistische Marktwirtschaft mit ihrer verheerenden sozialen Dynamik die Lohnarbeitsplätze bei Opel bisher vernichtet hat und weiter vernichten wird. Ob mit Bürgschaft des Staates (langsam, allmählich) oder ohne staatliche Bürgschaft (vielleicht sehr schnell und auf einen Schlag.)

Die staatlichen Schutzschilde, die jetzt überall aufgespannt werden müssen, damit das ganze System nicht zusammenbricht, zeigen das Versagen der kapitalistischen Marktwirtschaft an. Es ist ein System ohne Zukunft oder mit einer alles verheerenden Zukunft.

Das Geld der Allgemeinheit, bzw. die Verschuldung der Allgemeinheit soll dazu genutzt werden, einzelne, für das ganze System wichtige, kapitalistische Unternehmen zu retten, damit es weiter gehen kann, wie bisher. Weitergehen wie bisher, das bedeutet unter anderem:

-
- der Gegensatz zwischen arm und reich klappt immer weiter auseinander
 - die Existenz der Lohnabhängigen wird immer unsicherer
 - ihre ganze Lebensweise wird „flexibilisiert“ (das bedeutet: vollständig den Anforderungen des Marktes und den Bedürfnissen der Kapitalverwertung unterworfen)
 - die Arbeitshetze, der Rhythmus des Lebens wird immer weiter beschleunigt, usw.

Dafür verlangt die Adam Opel AG mitsamt ihrem famosen Betriebsratsvorsitzenden eine Bürgschaft des Staates, eine Absicherung durch die Allgemeinheit! Die ganze Gesellschaft soll sicher stellen, dass das bei Opel angelegte Kapital von Privatbesitzern sich weiter zu möglichst hoher Rendite vermehren kann!

Zusammen mit Herrn Glos verlangt Herr Franz, dass das durch die Bürgschaft bereit zu stellende Geld bei der Adam Opel AG bleiben soll. Nicht bei der lohnabhängigen Belegschaft!

Die sozialen Interessen der Belegschaft spielen in dem ganzen Desaster nur in soweit eine Rolle, als es sich dabei um gemeinsame Interessen mit den Opelkapitalisten handelt. Dieses gemeinsame Interesse besteht durchaus, denn beide wollen, dass Opel weiter existiert. Die Interessen der Lohnabhängigen bei der Adam Opel AG gehen jedoch weit über dieses gemeinsame Interesse hinaus und stehen damit im schroffen Gegensatz zu den Interessen der Opelkapitalisten. Die Lohnabhängigen bei Opel, wie in anderen Betrieben, wollen

- existenzielle Sicherheit
- kürzere Arbeitszeit
- weniger Arbeitshetze
- und eine materielle Versorgung, die dem tatsächlich vorhandenen gigantischen Reichtum angemessen ist.

Dass jetzt der Staat die Privatwirtschaft retten soll, zeigt die Richtung an, die einen Ausweg aus Krise, Unsicherheit und Armut ermöglicht: Überführung aller Unternehmen in Eigentum der Allgemeinheit! Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln! Die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit ist zu groß geworden für den bornierten Zweck der Verwertung von Wert, oder anders ausgedrückt, für den bornierten Zweck der Vermehrung privater Reichtümer, von Familien wie Quandt und Konsorten!

Damit dieses Gemeineigentum an Produktionsmitteln dann auch tatsächlich im Interesse der Allgemeinheit genutzt wird, reicht die Form der Verstaatlichung nicht aus! Keine Entscheidung über Investitionen, Organisation und Länge der Arbeit etc. darf ohne Zustimmung der Belegschaften erfolgen! Dafür müssen neu zu schaffende Selbstverwaltungs- und Kontrollorgane gebildet werden! Wenn alle kapitalistischen Unternehmen in Gemeineigentum überführt sind, dann ist auch die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Allgemeinheit für die Existenz einzelner Betriebe bürgt. Last, but not least, muss sichergestellt werden, dass nicht irgendeine sogenannte politische „Partei der Arbeiterklasse“ sich als Sprecherin der Allgemeinheit (der „Arbeiterklasse“) aufschwingt, um ihre diktatorische Herrschaft zu installieren und die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen! Eine Wiederholung des „Realsozialismus“ braucht niemand!

Wenn für Opel also jetzt eine Rettungsbürgschaft in Aussicht gestellt wird, dann sollte man „Ja“ dazu sagen. Dieses „Ja“ sollte aber mit der Forderung verknüpft werden, dass die Nutzung der möglicherweise fließenden Gelder durch die Belegschaft kontrolliert wird, damit es nicht einfach weitergeht wie bisher! Um der sozialen Katastrophe zu begegnen, werden es die Lohnabhängigen

lernen müssen, Verantwortung für ihr gesellschaftliches Leben einzufordern und zu übernehmen, um all die Politiker und Kapitalisten zu „entlasten“, die jetzt so schwer unter ihrer Verantwortung für die Allgemeinheit, die Arbeitsplätze etc. „leiden“ und sich dieses „Leiden“ daher mit riesigen Einkommen und allerlei Privilegien versüßen.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 11/2008

Tagträumereien nach der Bundestagswahl

I.

Repräsentative Meinungsumfragen haben ergeben, dass eine Mehrheit der BundesbürgerInnen gegen den neoliberalen Privatisierungswahn öffentlicher Dienste und öffentlichen Eigentums ist. Eine Mehrheit ist ebenfalls für einen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde, für eine Erhöhung des Eckregelsatzes auf 500 Euro und gegen den Bundeswehreininsatz in Afghanistan. Privatisierung, Sozialraub durch die Agenda 2010 und der grandiose Wiedereintritt in den Kreis der Krieg führenden imperialistischen Mächte, das waren die politischen Schwerpunkte von Rot-Grün und danach der großen Koalition. Die Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen zeigen, dass sich eine solche Politik nicht auf eine Mehrheit der Bevölkerung berufen kann.

Soweit sich die von Politik und Medienmeinung abweichenden eigenen Positionen der Menschen in den Ergebnissen der Bundestagswahlen wiederfinden lassen, kommt das vor allem in dem respektablen Ergebnis der Partei „die Linke“ zum Ausdruck. Trotz dieser großen Unterstützung gegen die Privatisierung „öffentlicher Dienste“ etc., für einen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde und Anhebung des Eckregelsatzes auf mindestens 500 Euro wurde jedoch eine Schwarz-Gelbe Mehrheit in den Bundestag gewählt. Meiner Meinung nach drückt das zunächst zweierlei aus:

1. Die Agitation und Aufklärungsarbeit von sozialen und politischen Initiativen im außerparlamentarischen Bereich (z. B. Attac oder Klartext und das Rhein- Mainbündnis gegen Sozialabbau), wie auch der Partei „die Linke“, gegen Privatisierung und für elementare soziale Interessen der Lohnabhängigen war sehr erfolgreich.
2. Sobald der Blick sich aufs „Ganze“ richtet und eine Wahlentscheidung ansteht, dominiert die Hoffnung der Menschen auf ökonomisches Wachstum des Kapitals. Soziale Reformen ja, aber nicht in schroffer Konfrontation mit dem Kapital. Soziale Interessen werden der „ökonomischen Vernunft“ untergeordnet. Diese Unterordnung wirkt umso stärker, je bedrohlicher die kapitalistische Krise und je gebrochener die Kontinuität von Klassenkämpfen ist. Je stärker durch die Verhältnisse selbst die Systemfrage gestellt wird, desto schwieriger wird der Kampf um Reformen, wo starke sozialistische/kommunistische Kräfte fehlen. So besinnt sich die Mehrheit der aktiven WahlbürgerInnen (NichtwählerInnen sind mittlerweile wohl die Mehrheit) auf die bürgerlichen Parteien. Die selbstverständliche Erkenntnis, wonach sich der Sozialismus/Kommunismus nicht durch Wahlen einführen lässt, muss erweitert werden durch die Erkenntnis, dass selbst eher mickrige soziale Reformen sich kaum mit Wahlen durchsetzen lassen.

Die Partei „die Linke“ stellt die genannten gegen Privatisierung, Sozialraub und Krieg gewandten Positionen in den Kontext ihrer reformistischen Strategie. Es handelt sich nicht um eine Partei, die das Kapitalverhältnis grundsätzlich attackiert und dem Privateigentum an Produktionsmitteln das Gemeineigentum als Ziel gegenüberstellt. Sofern diese Partei eine Vorstellung von Gemeineigentum hat, endet das bei der Verstaatlichung. Das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft ohne staatlichen Repressionsapparat erscheint ihr allenfalls „utopisch“. Sie hat keine Systemalternative zu bieten und kann daher auch nicht für diese gewählt werden.

Im Übrigen kann sich Zustimmung zu einer sozialistischen/kommunistischen Zielsetzung nur im Kontext von Klassenkämpfen herausbilden, die sich „naturgemäß“ auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft abspielen und dem Kapital im einzelnen, wie im Ganzen (gesellschaftliches Gesamtkapital) Zugeständnisse abringen wollen. Von einer Politik, die sich die Entfaltung von Klassenkämpfen zum Ziel setzt, ist die Partei „die Linke“ meilenweit entfernt. Allein darum ist auch ihr Reformismus, der auf parlamentarische Erfolge setzt, ungläubwürdig (was sich bereits heute in realen Regierungsbeteiligungen etwa in Berlin zeigt) und obendrein perspektivlos.

II.

Die repräsentativen Meinungsumfragen zeigen, wie erfolgreich eine bestimmte Aufklärungsarbeit im Kontext der Aufstellung und Begründung elementarer sozialer Forderungen sein kann. Die breite Unterstützung solcher Forderungen demonstriert, dass Verständigung über grundlegende gemeinsame Ziele unter den Lohnabhängigen nach wie vor möglich ist. Dies gilt unabhängig davon, ob diese Forderungen reformistisch begründet werden (z.B. Attac gegen die Privatisierung) oder mit einer grundsätzlich antikapitalistischen Argumentation, wie das bei Klartext und Rainer Roth der Fall ist. (die Arbeit von Klartext war wesentlich für die Verbreitung der Forderungen nach 10 Euro Mindestlohn und 500 Euro Eckregelsatz.)

Sozialrevolutionäre können viele mehr oder weniger gute Gründe etwa gegen die letztgenannten Forderungen anführen, denn 10 Euro Mindestlohn und ein Eckregelsatz von 500 Euro sind in der Tat ein erbärmliches Existenzminimum in Anbetracht des tatsächlichen Reichtums, der in der bürgerlichen Gesellschaft produziert wird. Die Leute, die diese Forderungen entwickelt und aus der konkreten, scharfen Kritik an den aktuellen Zuständen begründet haben, beweisen jedoch Gespür für das, was gegenwärtig mehrheitsfähig ist und zur Verständigung gegen das Kapital beiträgt.

Wenn beispielsweise gegenwärtig bei Opel eine solche Friedhofsruhe herrscht, dann liegt das nicht zuletzt daran, dass es in der Belegschaft an Verständigung über gemeinsame Ziele mangelt, die soziale Interessen der Lohnabhängigen ausdrücken und gegen das Kapital durchgesetzt werden müssen. Selbst wenn alle Lohnabhängigen bei Opel jetzt Kommunisten wären und sie hätten keine konkreten Ziele, die sie jetzt und hier durchsetzen wollten, gäbe es die gleiche Lähmung, wie sie jetzt besteht. Denn zumindest eins dürfte unumstritten sein: bei Opel allein lässt sich der Kommunismus schlecht einführen.

Was die sozialrevolutionäre Bewegung (wenn man von einer solchen Bewegung momentan überhaupt sprechen kann) anbetrifft, so wird Verständigung über gemeinsame Ziele nicht besonders geschätzt. Abrenzung untereinander steht dagegen hoch im Kurs. Die Organisationen und Zirkel sind ein wirklich „leuchtendes Vorbild“ für die soziale Klasse, auf die sie ihre

Aktivitäten irgendwie beziehen, die sie aber vor allem „führen“ möchten. Die Aufgabe von KommunistInnen wäre es, einen wesentlichen Beitrag dazu zu leisten, dass aus der objektiv existierenden Klasse der LohnarbeiterInnen ein handlungsfähiges Subjekt wird, das bestimmte soziale Ziele durchsetzen will. Das ist vor allem eine unterstützende, dienende Funktion. Kommunistische Organisationen verfehlen ihren Zweck, wenn sie sich bereits als Inbegriff der Subjektivität der Klasse sehen und daraus einen penetranten Führungsanspruch gegenüber der bloß objektiv existierenden Klasse ableiten.

III.

Rund 30 Jahre lang habe ich mich als Kommunist in verschiedenen Industriebetrieben „herumgetrieben“. Meine praktische Erfahrung und theoretische Reflexion besagt kurz zusammen gefasst folgendes:

- In Anbetracht des „Werttotalitarismus“ (der funktionierenden Durchdringung des gesellschaftlichen Lebens durch die Reproduktion von Kapital) und der insgesamt verheerenden und nicht genügend kritisch aufgearbeiteten Erfahrungen des „Realsozialismus“ lassen sich unmittelbar auf den Kommunismus abzielende Argumentationen kaum vermitteln. (Es bedurfte nicht des offenen Bruches mit den Theorien über Partei und Diktatur des Proletariats, wie sie in der Komintern von Anfang an vorherrschten, um den „Realsozialismus“ zu einem Repressionsmonster werden zu lassen. Was ein bezeichnendes Licht auf diese Theorien wirft.) Die vorhandenen, sich kommunistisch nennenden Sekten, können in ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht zur Verständigung unter den Lohnabhängigen und damit zur Polarisierung zwischen Lohnarbeit und Kapital beitragen. Ohne diese zunehmende, auch subjektive Polarisierung, kann mensch aber jede Hoffnung auf die Erkämpfung eines klassenlosen gesellschaftlichen Zustandes sozialer Freiheit begraben. Die erwähnten Sekten schwimmen jedenfalls wie kleine Fettperlen auf dem Ozean.
- Zur Verständigung unter den Lohnabhängigen und zur daraus resultierenden Konfrontation mit dem Kapital führen nur soziale (Teil-)Forderungen, sei es im Betrieb, in einer Branche, national oder international. Aus meinem begrenzten Erfahrungshorizont heraus weiß ich, wie wichtig die Agitation linksradikaler Kräfte (für Festgeldforderungen) vor und in der Streikbewegung 1973 war. Ebenso wichtig war die Agitation für die 35 Stundenwoche für die entsprechenden Streiks und die Durchsetzung der Forderung in der Metallindustrie.

Das gleiche gilt für die betriebliche Ebene. Die geduldige Agitation und zähe Argumentation z.B. für die Forderungen nach einer Begrenzung der Schichtzeit von 6-14 und von 14-22 Uhr bei Opel in Bochum war wesentlich für die Verständigung in der Belegschaft über gemeinsame soziale Interessen gegenüber dem Opel-Kapital. Auf dieser Grundlage konnten die Lohnabhängigen zu einem wenigstens partiell handlungsfähigen kollektiven Subjekt werden. Im funktionierenden Getriebe der Kapitalreproduktion reproduziert Lohnarbeit als solche nur Konkurrenz! Allein die Verständigung über bestimmte soziale Ziele, die ohne die aufklärende und aufrüttelnde Agitation von Minderheiten nicht läuft, hebt diese Konkurrenz mehr oder weniger dauerhaft auf. Gleiches gilt selbst noch für ungleich „reformistischere“ Ziele. (Es kommt halt immer auf die konkreten

Umstände an!). Vor mehreren Jahren arbeitete ich als Maschinenschlosser in einem mittelständischen Betrieb des Maschinenbaus. Es gab keinen Betriebsrat, und der (Manchester-)Kapitalist unterlief das Lohnfortzahlungsgesetz mit einer Anwesenheitsprämie. Man hätte das einfach durch eine individuelle Klage beheben können. Ich habe einen anderen Weg gewählt und das Ziel der vollen Auszahlung des Lohnes im Krankheitsfall mit einer „Kampagne“ für einen Betriebsrat bzw. die Legalität von Gewerkschaft und Belegschaftsvertretung im Betrieb gemacht. Um es kurz zu machen: Es gelang mir eine Konfrontation zwischen Lohnarbeit und Kapital in diesem reaktionären Laden. Eine Minderheit beteiligte sich aktiv an meiner „Kampagne“ und über 80% unterstützten sie. Wir bekamen auch den Betriebsrat. Daraufhin stellte „Bigboss“ auf seine Weise die „Systemfrage“, indem er damit drohte, den Laden dicht zu machen, wenn ich Betriebsratsvorsitzender bliebe. Auf einer Belegschaftsversammlung in schroffster Konfrontation wurde das ausgetragen und ich stellte als Betriebsratsvorsitzender die Vertrauensfrage. Das neue Ergebnis: ebenfalls rund 80% stellten sich gegen meine „Strategie“, wollten aber das ich Betriebsratsvorsitzender bleibe. Den Gefallen habe ich ihnen nicht getan. Die volle Lohnfortzahlung hat „Bigboss“ nach dem Schreck aber „freiwillig“ gezahlt.

Das Ganze will sagen:

Unterhalb der Systemfrage kann und muss eine kleine radikale Minderheit eine ganze Menge tun, je nach den konkreten Bedingungen. Die jeweiligen Forderungen, also Ziele auf die man sich verständigen kann, erscheinen dem Außenstehenden oft als beliebig und so werden sie schon hin und wieder von besonders „radikalen Revolutionären“ prinzipiell in Frage gestellt. Wer „in der Materie“ steckt, also sich konkret mit den sozialen Umständen (theoretisch!) beschäftigt und sie kritisiert, der kann auch Forderungen/soziale Ziele formulieren, unter denen sich Lohnabhängige im Betrieb, in der Branche, national oder auch international gegenüber dem Kapital zusammenschließen können. Eine solche Agitation erfordert allerdings intensive Untersuchungsarbeit und jedes Flugblatt sollte eine Stück Enthüllungsliteratur sein. Weniger wäre, wie so oft, besser. Dies wäre aber nur eine der wichtigen Aufgaben von Sozialrevolutionären, deren Bearbeitung sie z. B. bei Rainer Roth und Klartext lernen können.

IV.

Bei den Bundestagswahlen stand eine Systemalternative nicht zur Wahl. Die Partei „die Linke“ ist eine sozialdemokratische Partei mit (vielleicht) ein paar geduldeten sozialistischen Zirkeln. Trotzistische und maoistische Parteien und Parteiaufbauorganisationen sind allein durch ihr „prinzipielles“ Festhalten an der Leninschen Parteikonzeption „wenig vertrauenswürdig“, um es mal vorsichtig auszudrücken. Sie sind in aller Regel mit ihrem Latein am Ende, wenn sie – ganz und gar unduldsam - auf der führenden Rolle dieser Partei als dominanter Klassenorganisation beharren. Das muss mensch nicht nochmal haben! (Womit ich nicht die Notwendigkeit herunterspielen will, diesen Parteimythos gründlich zu demontieren, aber weniger in Abgrenzung zu diesen hierzulande unbedeutenden Sekten, sondern in Abgrenzung zum Realsozialismus!)

Wie diese Wahl unter dem Zeichen einer tiefen ökonomischen Krise auch zeigt, ist der theoretische Aufschein einer überzeugenden sozialistischen/kommunistischen Alternative dringend nötig! Wer es ernst meint mit einer solchen Alternative, muss nicht nur das Kapital grundlegend kritisieren, sondern auch den „realen Sozialismus“. Er muss sich mit der Geschichte des Sozialismus/Kommunismus beschäftigen, wie es beispielsweise in der Prokla unter dem Titel „Sozialismus?“

passiert ist und Antworten auf die hier aufgeworfenen Fragen geben können. (Partei- und Staatsfrage müssen in deutlicher und überzeugender Abrenzung zu allen bisherigen Formen des Realsozialismus beantwortet werden. Gelingt dies nicht, bleiben kommunistische Überzeugungen Makulatur und die Aussichten düster.)

Es geht um die Neubegründung eines modernen Kommunismus in offener und solidarischer Debatte! Auch hier ist Verständigung ein wichtiges Ziel, das nur möglich wird, wenn man sich auf praktische, soziale Ziele, wie etwa Gemeineigentum, Selbstverwaltung und demokratische Planung, einigt. (Wie diese theoretisch untermauert und begründet werden, ist zweitrangig und sollte unter KommunistInnen in gegenseitigem Respekt voneinander ausgetragen werden.) Eine Neubegründung des Kommunismus dient nicht primär dazu, um heute die „Massen“ zu begeistern, sondern damit sich jene Kräfte zusammenschließen und organisieren können, die im Sinne des Kommunistischen Manifests ihren Beitrag zu sozialen Befreiung der Klasse der LohnarbeiterInnen leisten können. Das würde dann sicherlich auf etwas größere Kreise der Lohnabhängigen ausstrahlen. (Die Sache der sozialen Revolution ist aus meiner Sicht vorrangig weder eine Frage der „Aufklärung der Massen“, noch eine Frage der „Kunst des Aufstandes“, sondern wesentlich eine Sache des Kapitals selbst, dass in seiner Entwicklung eine Situation erzeugt, in der die soziale Revolution eine praktische Notwendigkeit wird. Wir werden erfahren, wenn es soweit ist!

V.

Die Sozialdemokratie hat eine verheerende Niederlage erlitten! Gut so! Die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ hat es leider nicht erwischt. Schade! Schwarz-Gelb bildet die neue Regierung! Gut so! Warum?

- In der Schröder-Ära hat die Sozialdemokratie mit jeder „sozialistischen Tradition“ (also auch mit dem einem bestimmten Sozialreformismus) gebrochen. Die Agenda 2010 ist die größte soziale Schweinerei seit Gründung der Bundesrepublik! Sie ist das Werk von SPD und Grünen, ebenso wie Deutschlands Rückkehr in den Kreis der Krieg führenden imperialistischen Mächte. Dass den Grünen weder Agenda-Politik noch Kriegspolitik das Rückgrat gebrochen haben, ist ein Skandal und wirft ein bezeichnendes Licht auf die Wählerschaft dieser Partei. Soweit sich das um sogenannte „Alt-68er“ handelt, verschlägt es einem schon fast die Sprache. In der großen Koalition hat die SPD die Politik der Agenda fortgesetzt und sich zum „Vorkämpfer“ der Rente ab 67 gemacht! Für wie blöd halten die Macher dieser Politik eigentlich die Mitgliedschaft ihrer Partei und den wehrten „Wähler“? Meinen sie, das ihre dämliche Propaganda alle soziale Erfahrung übertönen kann? Etwas über 20% waren durchaus angemessen. Weniger hätte auch nicht geschadet.
- Die Politik der neoliberal gewendeten SPD war Wegbereiter von Schwarz-Gelb. Die Leute sind fern geblieben oder haben schwarz gewählt. Dass Schwarz-Gelb jetzt im Sattel sitzt, ist auch gut so! Das ist eine echte Herausforderung, wenn das Original der „Marktgläubigen“ jetzt dran ist. In Anbetracht der tiefen Krise und der verbleibenden Perspektiven für Kapitalakkumulation, können sie eigentlich nur verlieren! (Das wird eine Probe aufs Exempel radikaler Kapitalkritik! Der prokapitalistische Reformismus der SPD hat restlos abgewirtschaftet und jetzt darf Schwarz-Gelb sich an der Misere des

Kapitals die Zähne ausbeißen. Es reicht nicht, dass das Privateigentum versagt, die „politischen Ordner“ seiner Verwertungsbedingungen müssen auch restlos abgewirtschaftet haben, bevor die Fragen einer sozialen Revolution für mehr Menschen von Interesse sein werden. Ich gehöre nicht zu denen, die jetzt schon ganz sicher sind, dass die jetzige Krise bereits eine soziale Katastrophe bisher unbekanntes Ausmaßes (nach 1945) in den hoch entwickelten Ländern produzieren wird. Es mag einen Aufschwung geben, aber wenn er kommt, wird er nicht lange dauern. Wachstum durch staatliche Verschuldung ist nicht bedeutend besser und dauerhafter als Wachstum durch private Verschuldung. (Keynesianismus- Neoliberalismus). Das aber ist der einzige Wechsel der stattgefunden hat ... man freut sich über den ökonomischen Erfolg von Abwrackprämien, die Banken genießen die Senkung der Leitzinsen auf Null etc. Gönnen wir es den Priestern der scheiternden Marktökonomie für einen Moment. Das dicke Ende kommt so sicher wie das Amen in dieser Kirche der „Volkswirtschaft“.

VI.

Wie die erwähnte Prokla im Editorial richtig vermerkt, hat der Sozialismus notwendig auch eine systemimmanente Variante. Er drückt sich nicht zuletzt aus in den bestehenden Sozialversicherungen. Die Kritik daran ist hierzulande in sozialrevolutionären Kreisen wohlfeil, solange man nicht unter amerikanischen Verhältnissen leidet oder in Schwellen- oder Entwicklungsländern lebt!

In Deutschland ist beispielsweise die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eine Selbstverständlichkeit. „Normalo“ weiß sowieso nicht, woher die kam, es sei denn von wohlmeinender bürgerlicher Politik (tatsächlich: langer, erbitterter Streik). Ich kenne praktisch keinen Artikel von Sozialrevolutionären, der diese Errungenschaft des Reformismus preist als ein Stück sozialer Emanzipation im Kapitalismus. (Das Kapital muss aus dem Profit auf Zeit alle Kosten für den „Arbeitsausfall“ von LohnarbeiterInnen zahlen!!) Es sind nicht die sozialen Reformen des Kapitalismus, die die soziale Revolution verhindern können, auch wenn sie in dieser Absicht zugestanden werden. Wie man mittlerweile aus der Geschichte des Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg lernen kann, verhindern solche zugestandenen Reformen nicht den Prozess einer sich verschärfenden Krisendynamik und geraten unweigerlich unter den Hammer, wo nicht große Klassenkämpfe das verhindern. Wo aber große Klassenkämpfe geführt werden, ist alles möglich, sogar der Umschlag in eine soziale Revolution.

Bei mir kommt eine verbreitete Kritik am Reformismus, die den Kampf um soziale Reformen gering schätzt, mittlerweile so an:

Die soziale Lage der Klasse der Lohnabhängigen geht auch vielen Sozialrevolutionären am Arsch vorbei. Was sie interessiert, ist die Zustimmung zu ihrem Konzept „sozialer Befreiung“. Viel Zustimmung erhalten sie nicht, was sie aber nicht dazu veranlasst, über ihre Konzepte nachzudenken, sondern eher über manipulative, reformistische Kräfte, die die massenhafte Zustimmung zu ihrem je einzig revolutionären Konzept von sozialer Befreiung, verhindern. Derweil ist größte Zersplitterung bei größter „Prinzipientreue“ angesagt. Doch bei aller Kritik am bürgerlichen Staat, wollen wir mal festhalten, dass KommunistInnen zu keiner Zeit des entwickelten Kapitalismus eine solche Freiheit genossen haben, ihre Auffassungen zu artikulieren

und zu verbreiten, wie in der parlamentarischen Republik eines hochentwickelten kapitalistischen Landes unserer Tage. Und da leben wir... ohne Zustimmung durch die Mehrheit der Lohnabhängigen, trotz der sich dramatisch zuspitzenden ökonomischen und sozialen Widersprüchen. Wem das nicht Anlass ist, alle existierenden Organisationsansätze mit „Führungsanspruch“ in Frage zu stellen, dem kann eigentlich nicht mehr geholfen werden.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 10/2009

Unterschriften sammeln für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro Mindestlohn??

Aus radikal antikapitalistischer Sicht lassen sich viele mehr oder weniger gute Gründe gegen eine solche „Zumutung“ aufzählen, z.B. dass in Anbetracht des ungeheuer angewachsenen Reichtums dieser Gesellschaft ein Eckregelsatz von 500 Euro und ein Mindestlohn von 10 Euro wahrhaft erbärmlich erscheinen. Und wenn schon so erbärmliche Forderungen, dann sollte doch dafür mit anderen Mitteln gekämpft werden, als mit einer Unterschriftensammlung. Was soll das bringen? Ist es doch ganz offensichtlich, dass man diesen Staat, der zig Milliarden kapitalistischen Unternehmen in den Arsch bläst, vermutlich nur durch Generalstreiksaktionen zur Erfüllung solcher elenden Minimalforderungen bewegen kann.

Das alles kann ich nachvollziehen und trotzdem finde ich die Forderungen und die Unterschriftensammlung richtig. Warum?

1. Wer illusionslos den Tatsachen ins Auge blickt, muss feststellen, dass hierzulande die Kräfte des Widerstands gegen die kapitalistische Bewältigung der Krise augenblicklich schwach bis zur Ohnmacht sind. (Von weitergehenden Zielen will ich gar nicht sprechen.) Jüngstes Beispiel „Quelle“. Wir erleben gerade eine der größten Abwicklungen eines kapitalistischen Unternehmens der jüngeren Geschichte („größte Entlassungswelle Deutschlands binnen einer Woche“ FR vom 31.10.2009). Die Frankfurter Rundschau berichtete in ihrer Ausgabe vom 13. Oktober ferner, dass „das gekündigte Quelle-Personal größtenteils gefasst und gut vorbereitet“ auf die Entlassungswelle reagiere. (Das liest sich wie der Bericht über eine Hinrichtung, zu der der Delinquent „gefasst und gut“ vorbereitet geführt wird.) „Es habe aber auch Tränen und Fast-Zusammenbrüche gegeben.“ Psychologen vor Ort seien gefragt. Gleichzeitig läuft mit noch ca. 4000 Lohnabhängigen reibungslos der „Resteverkauf“ von ca. 18 Millionen Produkten an. 4000 Menschen, die aktiv ihre eigene Abwicklung unterstützen, ohne irgendeine nennenswerte Aktion des Widerstands oder gar der Verweigerung! (Nicht mit uns! Nicht in unserem Namen!) Auch sie werden entlassen, sobald die Verramschung der Restware erledigt ist. Die Internetseite von „Quelle“ kann den Ansturm der Schnäppchenjäger kaum verkraften. Wie die Geier auf den Aas, stürzen sich die Schnäppchenjäger auf den Rest. Der Insolvenzverwalter reibt sich die Hände. Überall sind es Lohnabhängige, die für eine reibungslose kapitalistische Abwicklung sorgen. Als disziplinierte LohnarbeiterInnen verkaufen und versenden sie und als

Schnäppchenjäger kaufen sie. Sie verhalten sich als perfekte MarktteilnehmerInnen. Das Klassenbewusstsein tendiert gegen Null! Das ist momentan die traurige Realität.

2. Ohne Klassenbewusstsein gibt es keinen nennenswerten Widerstand der von kapitalistischer Abwicklung betroffenen Lohnabhängigen und ohne Klassenbewusstsein gibt es keine unterstützende Solidarität anderer Lohnabhängiger. Wer sich heute nicht auf theoretische Kritik am Kapital und revolutionäre Phraseologie beschränken will, wer praktisch an der Entwicklung von Klassenbewusstsein arbeiten will, der muss ganz unten anfangen, fast bei null! Die Forderungen nach Erhöhung des Eckregelsatzes auf 500 Euro und die Forderung nach einem Mindestlohn von 10 Euro sind Minimalforderungen, die schon heute von vielen Lohnabhängigen unterstützt werden. Begründet man sie aus schroffer Kritik am Kapital, wie es beispielsweise „Klartext“ (www.klartext-info.de) tut, so leistet man einen praktischen Beitrag zur Entwicklung von Klassenbewusstsein und eröffnete damit die Perspektive wenigstens für künftige Klassenauseinandersetzungen. Es handelt sich um Forderungen, die ebenso minimale wie elementare Interessen aller LohnarbeiterInnen

Darum unterschreibt jetzt! <http://www.500-euro-eckregelsatz.de/>

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 11/2009



Gesetzlicher Mindestlohn
10€ brutto - lohnsteuerfrei!
Alg II: mindestens 500€ Eckregelsatz!

www.mindestlohn-10-euro.de

Mehr Netto vom Brutto!?

So lautet eine zentrale Parole der FDP, unter der die soziale Reaktion vorangetrieben werden soll. Über Senkung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen soll das Kapital entlastet werden, sollen soziale Leistungen – ob finanziert aus Steuermitteln oder Sozialversicherungsbeiträgen – immer weiter zusammengestrichen werden. Wer mehr soziale Vorsorge betreiben will darf, das als Privatperson tun. Effekt für die LohnarbeiterInnen:

1. die Masse hätte (vielleicht nominell) mehr Netto vom Brutto, muss aber aus diesen netto erhaltenen Löhnen und Gehältern mehr zahlen, wenn das bestehende Niveau an sozialer Versorgung z.B. im Krankheitsfall gehalten werden soll.
2. Erstmals seit 1949 sind im vergangenen Jahr die Bruttolöhne gesunken. Dagegen hat die FDP nichts einzuwenden. Brutto darf sinken und es darf sogar Netto sinken, Hauptsache es ist mehr vom Brutto.

Die Parolen der FDP sind Rattenfängerparolen, mit denen Lohnabhängige geködert werden sollen, um die Interessen des Kapitals zu bedienen. Profiteur einer solchen Entwicklung ist einzig das Kapital. Es profitiert doppelt:

1. Sinken seine Ausgaben für Löhne (auch die Sozialversicherungsbeiträge sind Lohnbestandteile)
2. Findet es neue Anlagemöglichkeiten für Kapital (private Versicherungen)

Muss man diese Parole der FDP also im Interesse der Lohnabhängigen absolut ablehnen? Durchaus nicht! Hätte die Linke eine einheitliche und klare Position zum „Sozialstaat“, den Sozialversicherungen, dann ließe sich diese Parole gut einbauen in eine antikapitalistische Politik. Die Begründung einer solchen Politik sähe in Grundzügen etwa so aus:

Man nehme die gesetzliche Unfallversicherung als Vorbild. Sie wird allein aus „Arbeitgeberbeiträgen“ bestritten. Ihre Leistungen erhalten Lohnabhängige nach Arbeitsunfällen. Arbeitslosigkeit ist auch eine Art von „Arbeitsunfall“, für den Lohnabhängige nichts können. Also soll die Arbeitslosenversicherung allein aus „Arbeitgeberbeiträgen“ finanziert und die jetzt vom Nettolohn abgezogenen Sozialversicherungsbeiträge an die LohnarbeiterInnen ausbezahlt werden. Selbstverständlich müssten die „Arbeitgeberbeiträge“ in einer Größenordnung angehoben werden, die den Wegfall der Sozialversicherungsbeiträge von Lohnabhängigen kompensiert. Gleiches sollte mit Krankenversicherung und Rentenversicherung passieren. So hätten Lohnabhängige wirklich deutlich mehr Netto vom Brutto.

Die Verwirklichung solcher Reformen erscheint selbstverständlich ganz unrealistisch und illusorisch in Kapitalismus, weil es die Möglichkeiten der Profitproduktion massiv einschränken würde. Es wäre trotzdem eine ganz und gar „vernünftige“ Argumentation, weil eigentlich allen klar sein müsste, dass in jeder Gesellschaft soziale Leistungen für diejenigen, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht durch Arbeit zu ihrer Reproduktion beitragen, nur aus den gesellschaftlich produzierten Überschüssen bestritten werden können. Heute fallen diese Überschüsse in Form des Profits der Unternehmen in die Hände von Managern und vermögenden Geldbesitzer, Investoren. Sie „verwalten“ diese Überschüsse als Privatpersonen und Funktionäre des Kapitals angeblich „im Interesse der Allgemeinheit“. Sie verwalten die Überschüsse tatsächlich ausschließlich in ihrem eigenen Interesse, zur Vermehrung ihres Eigentums am

„Produktivvermögen“, wie ihrer teils riesigen privaten Geldvermögen. Für die nicht arbeitenden Vermögenden ist es sowieso Realität, dass ihre gesamten Einkommen aus den Überschüssen der gesellschaftlichen Produktion bestritten werden.

Würden solche Reformen durchgeführt, dann bliebe sowohl für den Luxus der Reichen wie für die Akkumulation von Kapital spürbar weniger übrig. Den Interessen der Lohnabhängigen wäre in diesem System soweit Rechnung getragen, als überhaupt nur möglich. Man könnte meinen, der Grundsatz „arbeiten um zu leben und nicht leben, um zu arbeiten“ sei dann weitgehend verwirklicht. Allein die Forderung nach solchen Reformen, würde jedoch die Interessen der Lohnabhängigen denen des Kapitals schroff gegenüber stellen. Würde eine große Zahl der LohnarbeiterInnen, womöglich ihre Mehrheit, für solche sozialen Reformen jenseits aller ökonomischen Vernunft, aber in vollem Bewusstsein einer sozialen Vernunft, den Kampf beginnen, dann stellte sich die Systemfrage sehr schnell. Sie würde sich stellen durch den entschiedenen Widerstand der Sachwalter des Kapitals und sie würde sich vor allem stellen, weil entschieden werden müsste, ob die Menschen sich weiterhin den ökonomischen Sachzwängen des Kapitals unterwerfen, oder ob sie ihre sozialen Interessen durchsetzen wollen ... notfalls auch durch den Beginn einer sozialen Revolution.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 03/2010

„Eins, zwei, drei und vier ... Arbeitsplätze wollen wir!“ Wirklich??

Solche Parolen drücken – ob gewollt oder nicht - ein gemeinsames Interesse von Lohnarbeit und Kapital aus. Denn wer wollte allen Ernstes leugnen, dass das Kapital keine Arbeitsplätze will, nämlich möglichst viele profitable Arbeitsplätze? Dass sich unprofitable Arbeitsplätze nicht halten lassen, steht auf einem ganz anderen Blatt. Das allgemeine Verlangen nach Arbeitsplätzen eröffnet jedenfalls ungeahnte Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Lohnarbeit und Kapital und steht quer zu allen Versuchen, die sozialen Interessen der Lohnabhängigen denen des Kapitals entgegen zu stellen und dafür zu kämpfen. Doch schauen wir etwas näher hin.

Kleine (ideologische) Ursache ...

Die bürgerlichen Meinungsforschungsinstitute haben in Umfragen festgestellt, dass existentielle Unsicherheit immer mehr Menschen bedrückt. Selbst relativ gut verdienende Lohnabhängige machten sich „Sorgen um ihren Arbeitsplatz.“ Weil das so ist, überbietet sich Politik, auch linke Politik und gewerkschaftliche Politik, mit praktischen Vorschlägen für und dem Verlangen nach Erhalt und Vermehrung von Lohnarbeitsplätzen. Was jedoch bedrückt die Menschen wirklich? Es ist die Sorge um ihre Lohneinkommen, die Sorge, vielleicht bald nur noch soviel Geld zu haben, dass es kaum zum Leben reicht. Würde man LohnarbeiterInnen die Frage vorlegen:

„Sind sie bereit, auf ihren Arbeitsplatz zu verzichten, wenn sie weiterhin die gleiche Summe Geld erhielten?“ so würden wahrscheinlich 80 bis 90 Prozent antworten:

„Aber gern doch, meinen Arbeitsplatz schenke ich Ihnen!“

Beim letzten Opel-Streik wurde vor laufender Kamera versehentlich einem Kollegen das Mikrofon

unter die Nase gehalten, mit der Frage, wie denn die Arbeit drinnen so sei. Der schaute den Reporter entgeistert an und sagte sinngemäß nur:

„Ja dann gehen Sie doch mal rein, in dieses Irrenhaus!“

So denken viele LohnarbeiterInnen zu Recht über ihre Arbeit und „ihren“ Arbeitsplatz. Es ist nichts, worüber man sich freuen, an dem man hängen könnte; zu beschissen ist oft die Arbeit und sind meistens die Bedingungen, unter denen sie ausgeführt werden muss. Zu sozialer Isolierung und mangelnder Anerkennung führt das Fehlen eines Arbeitsplatzes nur, wenn man von dem geringen Arbeitslosengeld I oder gar II leben muss. Die Reichen und Superreichen erleiden auch ohne Arbeitsplatz in dieser Gesellschaft in der Regel weder soziale Isolation noch mangelnde Anerkennung. In der kapitalistischen Gesellschaft hängt eben der soziale Status eines Menschen an der Menge des Geldes, über das er verfügen kann ... auf keinen Fall am Besitz eines „eigenen“ Arbeitsplatzes!

Was also die Leute wirklich bedrückt, was ihre Existenzsorgen im Kapitalismus ausmacht, ist der drohende Verlust des Geldeinkommens, nicht der Verlust „ihres“ Arbeitsplatzes. Die Sorge um den „eigenen“ Arbeitsplatz ist die interessierte Verdolmetschung der Sorge um das Geldeinkommen. Es handelt sich um eine bürgerliche Sprachregelung! Wer dieser Sprachregelung einmal auf den Leim gegangen ist (das ist zweifellos die Mehrheit nicht nur der LohnarbeiterInnen, sondern auch der linken Agitatoren), der braucht nur noch einen kleinen Schritt zu gehen, um den Existenzsorgen durch Lohnabhängigkeit mit dem Kampf für (Lohn-)Arbeitsplätze zu begegnen.

Große (praktische) Wirkung ...

Je höher die Arbeitsproduktivität in dieser Gesellschaft (durch Einsatz von Maschinerie, Wissenschaft und Technik), je schärfer die Krisen der Kapitalakkumulation, desto unsicherer die Einkommen von LohnarbeiterInnen. Das Kapital selbst sorgt dafür, dass das Angebot an Ware Arbeitskraft die Nachfrage übersteigt. Um sich greifende Lohnarbeitslosigkeit ist die Folge. Die LohnarbeiterInnen verlieren nicht etwa „ihren“ Arbeitsplatz, der hat ihnen nämlich nie gehört (weder das Stückchen Fabrik oder Büro in dem sie arbeiten, noch die sachlichen Mittel, mit deren Hilfe sie die Arbeit verrichten!), sondern ihre Arbeitskraft wird nicht mehr nachgefragt, also auch nicht gekauft! Es ist vielmehr das Kapital, das profitable Arbeitsplätze, die ihm gehören, verliert. Es verliert diese Arbeitsplätze, weil sie gar nicht mehr profitabel oder nicht mehr profitabel genug sind. Das Kapital schafft und erhält nur solche Arbeitsplätze, die seinen Profit mehren. Wer sozialen Widerstand gegen das Kapital unter der zentralen Parole „Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen“ stellen will, den hat das Kapital da, wo es ihn haben will! ... und es geht fortan hauptsächlich darum, zu wie viel Verzicht und Einschränkung man denn bereit ist, um profitable Arbeitsplätze für das Kapital zu schaffen und zu sichern.

Nicht der Verlust eines „eigenen“ Arbeitsplatzes ist Ursache des Verlustes von Lohneinkommen, sondern die rückläufige Nachfrage des Kapitals nach Ware Arbeitskraft (nichts anderes nämlich können Lohnabhängige in dieser famosen Gesellschaft ihr Eigen am „Produktivvermögen“ dieser Gesellschaft nennen)! Das interessiert aber beispielsweise von sozialdemokratischem Geist benommene GewerkschafterInnen schon lange nicht mehr. Sie kämpfen um Erhalt und Schaffung „unserer“ (Lohn-)Arbeitsplätzen. Und je prekärer die Situation von Lohnabhängigen, umso mehr treten andere Fragen in den Hintergrund und bestimmt der K(r)ampf um Lohnarbeitsplätze das Geschehen. Begleitet wird das Getöse vielfach von einer linken Kritik, die den Gewerkschaften

vorwirft, nicht konsequent genug für den Erhalt von (Lohn-)Arbeitsplätzen zu kämpfen. Ob Tarifaufeinandersetzung oder Betriebsratswahlen, überall und immer geht es um zu erstreitende „sichere“ Lohnarbeitsplätze. „Kluge“ gewerkschaftsnahe Ökonomen, wollen solche Arbeitsplätze durch stärkere Kaufkraft auf Seiten der Lohnabhängigen (Nachfrage beleben) herbei zaubern. Die Gewerkschaftsfunktionäre selbst beklagen das „Missmanagement“ in den Unternehmen. (Warum eigentlich wechseln sie nicht offen die Seite, werden einfach alle Manager und zeigen uns, wie es geht?) Unten, an der Basis, kommt dann schon mal was anderes dabei 'rum. Mir liegen Wahlprogramme zu Betriebsratswahlen vor, in denen es kurz und knapp heißt:

„Es gibt nichts mehr zu verteilen! Es geht um den Erhalt unserer Arbeitsplätze!“ So gesehen könnte man auch gleich einpacken. Verzicht ist angesagt, damit die Arbeitsplätze des Kapitals erhalten bleiben. Die praktische Politik der Gewerkschaften, auch in den jetzt abgeschlossenen Tarifaufeinandersetzungen, hat das schon längst zu ihrer Maxime gemacht. Der ganze K(r)ampf um Lohnarbeitsplätze hat vor allem ein Resultat, eine große Wirkung, dass nämlich der Klassenkampf um Forderungen, die einen Sinn machen, nicht oder schlecht geführt wird und die Klasse der Lohnabhängigen Stück für Stück Verlust erleidet. Merke:

„Sobald daher die Arbeiter hinter das Geheimnis kommen, wie es angeht, daß im selben Maß, wie sie mehr arbeiten, mehr fremden Reichtum produzieren und die Produktivkraft ihrer Arbeit wächst, sogar ihre Funktion als Verwertungsmittel des Kapitals immer prekärer für sie wird; sobald sie entdecken, daß der Intensitätsgrad der Konkurrenz unter ihnen selbst ganz und gar von dem Druck der relativen Übervölkerung abhängt; sobald sie daher durch Trade's Unions usw. eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren suchen, um die ruinierenden Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen, zertert das Kapital und sein Sykophant, der politische Ökonom, über Verletzung des "ewigen" und sozusagen "heiligen" Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr. Jeder Zusammenhalt zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten stört nämlich das "reine" Spiel jenes Gesetzes.“ Marx, Kapital Bd. 1, S. 669,670

Was hätten unsere heutigen „Trade Unions“ je mit einem „planmäßigen Zusammenwirken zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten“ zu tun gehabt? Nichts, buchstäblich nichts! Das u.a. macht ihre Anerkennung im System aus, wie die Ohnmacht der Klasse der LohnarbeiterInnen! Man ist zu sehr dem „ökonomischen Sachverstand“ verpflichtet, als dass man durch den „Zusammenhalt zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten das 'reine' Spiel“ von Nachfrage und Zufuhr stören möchte. Ohne diesen Zusammenhalt sind die LohnarbeiterInnen zum Verzicht auf der ganzen Linie verurteilt, umso mehr, je mehr die industrielle Reservearmee des Kapitals sich verfestigt und anschwillt.

Ziele, die Sinn machen

Lohnarbeitslosigkeit ist das unvermeidliche Produkt von kapitalistischer Produktion und Akkumulation. Der Erhalt jedes Arbeitsplatzes, den sich das Kapital schafft und für dessen profitable Nutzung es die Ware Arbeitskraft braucht, ist weder sinnvoll noch wünschenswert. Es handelt sich auch nicht um ein realistisches Ziel, das etwa für gesicherte Geldeinkommen sorgen könnte, sondern führt in die perspektiv- und ausweglose Sackgasse ständigen Verzichts. Realistische und sinnvolle Ziele für die Klasse der Lohnabhängigen, zur Abschwächung ihrer Spaltung und zur Linderung der sozialen Folgen von Lohnarbeitslosigkeit könnten sein: Streichung von Hartz IV, Erhöhung des Arbeitslosengeldes und Auszahlung während der

gesamten Dauer der Arbeitslosigkeit. Finanzierung der Arbeitslosenversicherung allein aus Beiträgen des Kapitals. Unterstellung der Arbeitslosenversicherung unter Selbstverwaltung.

Solange ein Kampf für solche sozialen Ziele nicht von erheblichen Teilen der Klasse geführt wird, stirbt jede Belegschaft unvermeidlich für sich allein und die Lebensbedingungen der Lohnarbeitslosen, wie der Beschäftigten wird zunehmend schlechter. Es bleibt dann in der Tat nur der mehr oder weniger aussichtslose Kampf um jeden Lohnarbeitsplatz auf Betriebsebene. Was dabei herauskommen kann, hängt immer von den konkreten Umständen der Pleite oder „Restrukturierungen“ des Kapitals ab. Macht ein Unternehmen große Gewinne und plant Entlassungen, um diese weiter zu vergrößern, so könnte ein Streik und die Besetzung des Betriebes das verhindern. Steht der Laden vor dem aus, dürfte ein Streik gegen Entlassungen kaum diese Entlassungen verhindern. Es blieben 2 Alternativen:

- Ein neuer Investor tritt auf den Plan und es geht um die Konditionen, zu denen die Belegschaft oder Teile davon weiter beschäftigt werden. Viel Stoff für Auseinandersetzungen um den abverlangten Verzicht.
- Im Falle einer endgültigen Schließung käme nur noch „ein großer Sprung nach vorn“, die Gründung einer Produktivgenossenschaft zur Fortführung der Produktion, ggf. auch mit anderen Produkten, in Frage.

In jedem Fall aber lösen solche betrieblichen Kämpfe nicht die Probleme, die sich den Lohnabhängigen insgesamt stellen. Da helfen nur soziale Ziele, die die Konkurrenz unter ihnen abschwächen und auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen aller Lohnabhängigen abzielen, seien es soziale Reformziele gegen die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise oder seien es Ziele, deren Durchsetzung eine soziale Revolution zur Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise einleiten würden.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 04/2010



Ideologische und wissenschaftliche Begriffe. Womit arbeiten wir?

Beispiel „Eurozentrismus“

In Wikipedia steht folgende Definition des Eurozentrismus:

„Unter Eurozentrismus versteht man die Beurteilung außereuropäischer Kulturkreise nach europäischen (westlichen) Vorstellungen auf der Grundlage der in Europa entwickelten Werte und Normen. Eurozentrismus ist somit eine Einstellung, die Europa unhinterfragt in den Mittelpunkt des Denkens und Handelns stellt.“

„Europa“ ist ein geographischer Begriff und kein sozialer. Was mit dem Begriff „Eurozentrismus“ aber ausgesagt werden soll ist eine bestimmte soziale Sichtweise der Verhältnisse auf dieser Erde. Diese Sichtweise ist eine bürgerlich-kapitalistische Sichtweise, die in Europa entstanden ist, hier ihre sozialen Wurzeln im „Kapitalismus“ hat. Dass diese Verhältnisse und diese Sichtweise in Europa und nicht in Asien oder Afrika etc. entstanden ist, ist eine „historische Fundsache“, in der Sprache der Regulationstheorie ausgedrückt. Will sagen, die Verhältnisse und die entsprechende Sichtweise hätten grundsätzlich auch in Asien entstehen können, weil der geographische Begriff „Asien“ kapitalistische Entwicklung und bürgerliche Ideologie nicht ausschließt. (Das schon mal rein begriffslogisch) Das Geographische ist nicht kennzeichnend, nicht wesentlich. Wesentlich ist das Soziale. Vereinfacht ausgedrückt: auf der Suche nach Gold und anderen Reichtümern unterwarfen Europäer die Welt, und das Bewusstsein der eigenen Überlegenheit konnte sich nur behaupten auf Basis einer tatsächlichen z.B. waffentechnischen Überlegenheit, letztlich einer „sozialen Überlegenheit“, die sich in besonderer Aggressivität, besonderer Heimtücke etc. ausdrückte. Kennzeichnend an dieser in entscheidenden Dingen auch technischen Überlegenheit war und ist die soziale Charakteristik und Aggressivität des Kapitals. Die Erfolge bei der Unterwerfung bestärkten die in aggressiver Absicht der Unterwerfung und Eroberung aufgebrochenen Europäer in dem Bewusstsein ihrer Überlegenheit, bestärkten rassistisches Denken etc. Der Aufbruch und die Aggressivität ist aber nur Ausdruck der sich entwickelnden Geldwirtschaft und des aufkommenden Kapitals, auch wenn sich dieser Aufbruch und diese Aggressivität auf Ideologien stützt, die bereits unter vorkapitalistischen Verhältnissen entwickelt wurden. Das Kapital entsteht nicht im luftleeren Raum, sondern unter ganz konkreten historisch vorgefundenen Bedingungen, die in allen Ländern ihre Besonderheiten aufweisen. Diese je historischen Besonderheiten besagen aber nichts über die wesentliche soziale Qualität.

Der Begriff des „Eurozentrismus“ verschleiert die wirklichen Triebkräfte und Ursachen von kapitalistischer Expansion und Unterwerfung und entsprechender Sichtweisen auf Völker, in denen sich die sozialen Verhältnisse nicht soweit in eine bürgerliche Richtung entwickelt hatten und haben. Der „Eurozentrismus“ ist in Wirklichkeit eine „Kapitalzentrismus“, der sich eben in bestimmten Sichtweisen nicht nur auf die Klassen in den bereits kapitalistisch entwickelten Gesellschaften, sondern auch auf die Völker der Welt ausdrückt. Völker, die das Kapitalverhältnis nicht soweit entwickelt haben, werden eben als unfähig, minderwertig, weniger fortschrittlich und entwickelt angesehen, wie die „eigene“ Arbeiterklasse als minderwertig angesehen wird, weil sie es nicht zu privatem Reichtum bringt. (Die Arbeiter selbst sehen sich als minderwertig an, weshalb sich niemand gern als Arbeiter bezeichnet.) Die Überlegenheitsvorstellung und „Ichbezogenheit“ der Europäer ist eine Überlegenheit und Ichbezogenheit der Geldwirtschaft und des Kapitals,

seiner Selbstreflexivität. Das macht die besondere soziale Qualität des „europäischen“ Rassismus, Nationalismus etc. aus, der übrigens in den USA oder Japan nicht wesentlich anders aussieht. (Gehören auch die USA und Japan zu Europa oder warum blicken die Leute dort in gleicher Weise auf die Völker der Welt? Japan hatte den „Eurozentrismus“ vor seinem Überfall auf China und Pearl Harbour zu besonderer Blüte entfaltet. Ein Rassismus, eine Verachtung anderer Völker, eine „japanzentrierte“ Sichtweise, die ihresgleichen suchte.)

Wenn hier der Begriff der Nation eingeführt wird, dann müsste auch der in seiner sozialen Qualität entwickelt werden. Die Nation ist ihrer sozialen Qualität nach zunächst ein geographischer, kultureller Raum, in dem sich ein innerer Markt für die Kapitalakkumulation entwickelt. Ohne einen solchen inneren, geschützten Markt keine Akkumulation von Kapital (historisch betrachtet) und daher auch keine Expansion von Kapital. Diese Expansion folgt einer ökonomischen Logik, beschränkt sich aber nicht auf „ökonomisch-friedliche“ Maßnahmen des Handels. Sie muss sich ausdrücken in politischer Gewalt, wo sie auf Schranken stößt, die nicht auf rein ökonomische Weise niedergedrückt werden können. Das Kapital entwickelt eine aggressive imperialistische Tendenz. usw.

Die Borniertheit und rassistische Aggressivität, das Überlegenheitsgefühl von Europäern kann ebensowenig mit dem Begriff des „Eurozentrismus“ erfasst und charakterisiert werden, wie die Entwicklung des Kapitalismus mit dem Begriff „europäische Entwicklung“ zu fassen wäre. Die Wurzeln des Kapitalismus liegen in der Entwicklung der vorkapitalistischen Gesellschaften. Dass deren Auflösung in Europa am weitesten fortgeschritten war und dass hier die Voraussetzung für kapitalistische Entwicklung am weitesten gediehen waren, ist „historische Fundsache“, in der sich keinerlei soziale Entwicklungsgesetzlichkeit ausdrückt, die man mit dem Begriff „europäisch“ erfassen könnte.

Ich bin im Geiste des „ländlichen Idiotismus“ (Marx) unter ganz bornierten Bedingungen groß geworden, aber ich verfolge heute, soweit ich kann, die Entwicklung in der Welt und leide und freue mich mit den Menschen in anderen Ländern. Ich freue mich wahnsinnig, dass die Venezolaner sich einen Scheißdreck um „postkommunistische“ linke Staatskritik kümmern, und die Staatsmacht nutzen, um die Gesellschaft in ihrem Interesse zu verbessern, das Elend wenigstens ein Stück weit zu lindern. (Von den Venezolanern und Bolivianern, auch den Argentinern, können wir einiges lernen! Da sollte man sich drum kümmern! Überhaupt die Entwicklung in Südamerika aufmerksam verfolgen.) Ich freue mich wahnsinnig, wenn es den Buschmännern in Afrika gelingt, ihre Vertreibung rückgängig zu machen, und den „Diamantenjägern“ ein Schnippchen zu schlagen usw. Auch China hat da seinen Platz, übrigens unabhängig davon, wie wichtig die Entwicklung der chinesischen Gesellschaft für die Entwicklung der Gesellschaft hier ist. Es interessiert mich im Interesse der Chinesen, unter dem Gesichtspunkt der internationalen Solidarität. Für die chinesische Bevölkerung sehe ich da aber im Moment ganz schön schwarz, trotz oder gerade wegen all des kapitalistischen Wachstums und der stattlichen Anzahl an „Gewinnern“, die große genug sein dürfte, um das Kapitalverhältnis fest zu installieren. Bin gespannt, wann und mit welchem „Paukenschlag“ der „normale“ kapitalistische Zyklus sich übermächtig zu Wort meldet. Da steht ordentlich Kapitalismus ins Haus, eine momentan unaufhaltsame Entwicklung!

Die Bedeutung der Entwicklung in China ergibt sich für mich nicht erst daraus und nicht primär daraus, dass sie unter ökonomisch-sozialen Gesichtspunkten für die hiesige Entwicklung wichtig

ist. Die „eigene Betroffenheit“ ist aus meiner Sicht unzureichender Leitfaden für kommunistisches Denken und wissenschaftlich-theoretische Kritik. Mir hat die Beschäftigung mit der allgemeinen Kapitaltheorie von Marx den „ländlichen Idiotismus“ ausgetrieben und einen anderen Blick auf die Welt eröffnet. Nicht die Tatsache, dass uns die Entwicklung in anderen Ländern betrifft, sondern, dass das Kapital alle Völker betrifft und überall die gleichen Prozesse anstößt und auslöst, lässt mich die weltweiten Entwicklungen in meinen engen Grenzen verfolgen. Daher ist bzw. wird es grundsätzlich möglich eine weltweite gemeinsame Bewegung gegen das Kapital zu entwickeln, im Geiste der internationalen Solidarität.

Es geht immer darum, wie die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Kapitals sich durchsetzen, und nicht ob. Das hat nichts mit einer fertigen „Weltformel“ zu tun, sondern aus meiner Sicht mit wissenschaftlich begründeter Erkenntnis. Der Prozess der Durchsetzung ist ungeheuer zerstörerisch (und nur in diesem negativen Sinne spannend) und produziert immer wieder neue widersprüchliche Formen, je nach den gegebenen Umständen des Landes, nach dem das Kapital greift. Die Untersuchung und Verfolgung dieses Prozesses unter der genannten Prämisse kann natürlich nur der machen, der sich mit den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten auseinandergesetzt und sie verstanden hat. (Nur so jemand könnte die allgemeine Kapitaltheorie auch als falsch zurückweisen.) Die meisten Kritiker haben das „Kapital“ nicht einmal verstanden! Wie sollte da eine richtige Kritik zustande kommen? Bisher hat sich die marxsche Kapitalkritik jedenfalls aus meiner Sicht glänzend bewehrt.

Abschließend:

Die Kritik am so genannten „Eurozentrismus“ ist für mich auch so eine moderne linke Marotte, die bestenfalls in moralische Appelle einmünden kann, aber kaum zum Verständnis von Ursachen beitragen kann und damit auch keine Ansatzpunkte zu formulieren vermag, wie man aus der ganzen Scheiße rauskommt. Das geht alles buchstäblich ins Leere und liefert keinerlei Grundlage für Verständigung über klare Forderungen und Ziele. Aber diese Leere ist ja der Nährboden für die heute so geliebte neue „Unbestimmtheit“ und Vielfalt, die alles zur Meinungs- und Einschätzungsfrage macht. Sich ein bisschen hier bedienen, sich ein bisschen da bedienen. Irgendeine Politik kann man damit machen, Ursachenbestimmung im Sinne der Kritik der Politischen Ökonomie und darauf gegründete Politik nicht.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 04/2010



Die Grünen und ihre „lustigen“ Parolen im Landtagswahlkampf NRW

Auf einem der mehr oder weniger phantasievollen Plakate, die die Grüne Partei zur Landtagswahl in NRW flächendeckend ausgehängt hat, steht die Parole:

„Privates muss privat bleiben!“

Neben der Parole ist ein Notebook abgebildet.

Klar, um was es hier geht? Offensichtlich um den Schutz persönlicher Daten. Rechtfertigt eine Kritik am Überwachungsstaat etc. aber die Parole „Privates muss privat bleiben“? Die beiden vergangenen Jahrzehnte lassen sich charakterisieren als Orgien der Privatisierung, zunehmende Zerstörung des bürgerlichen Sozialstaates usw. Man könnte darüber die bürgerliche Parole pinseln: „Soziales muss privat werden!“ In Deutschland war die Partei der Grünen maßgeblich daran beteiligt den Prozess der Privatisierung des Sozialen voran zu treiben ... gemeinsam mit der SPD.

Wenn diese teils dumm-bewussten, teils interessierten Vollstrecker kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten („Inwertsetzung“ immer größerer Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion durch Schaffung von Anlagemöglichkeiten für überakkumuliertes Kapital, Umwandlung von Lohnarbeit in kapitalproduktive Lohnarbeit mit all den verheerenden sozialen Konsequenzen für die Lohnabhängigen) jetzt die allgemeine Parole ausgeben „Privates muss privat bleiben“, so zeigt das, wes Geistes Kinder in dieser Partei heute versammelt sind, bzw. das Sagen haben!

Privates muss privat bleiben heißt eben auch:

Alle privatisierten Bereich der gesellschaftlichen Reproduktion sollen in den Klauen des Kapitals bleiben! Hände weg von gesellschaftlicher Einflussnahme und Kontrolle.

Privates muss privat bleiben kann aber beispielsweise auch heißen:

Die Öffentlichkeit soll sich raushalten, aus dem was in den Familien vor sich geht. Wenn Privates privat bleiben soll, dann kann es keinen Schutz für in der Familie vergewaltigte Frauen und misshandelte Kinder geben. Selbstverständlich unterstelle ich den heutigen Grünen nicht, dass sie so etwas wollen, aber die blöde bis reaktionäre Parole zum Schutz alles Privaten hält eben solche Perspektiven offen. Bei Gründung der grünen Partei hätte auch niemand vermutet, dass dieser Verein mal Hartz IV mit auf den Weg bringt. Es ließe sich noch einiges anführen, was die allgemeine Parole „Privates muss privat bleiben!“ an sozialen Schweinereien abdeckt.

Wie bei allen bürgerlichen Parteien steht eben in der Grünen Partei mittlerweile Privateigentum und Privatinteresse ganz oben in der Werteskala. Wer hinter der Parole nur Unüberlegtheit und Dummheit vermutet, täuscht sich! Sie ist Ausdruck grün-liberaler Ideologie!

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 05/2010

Vom Einzelkapital als Souverän

In der aktuellen Ausgabe von Trend ist ein Artikel der „Jungen Linken – Gegen Kapital und Nation“ abgedruckt, der tief blicken lässt in die modernen Einsichten radikaler Kapitalismuskritik. Erklärt werden soll, dass das Kapital nicht immer nur Löhne senken „will“. Die Frage, ob das Anheben oder Senken von Löhnen eine Geschichte ist, die nicht von der überlegten Kalkulation eines einzelnen Kapitals abhängt, stellen sich die Autoren erst gar nicht. Mal so, mal so, das Einzelkapital ist ganz souverän und überlegt einfach nur, welche Lohnhöhe und welche Sonderleistungen und Zuwendungen, am besten geeignet sind, eine möglichst hohe Profitrate, einen maximalen Gewinn zu erwirtschaften. Man hält es nicht für nötig, zwischen Einzelkapital und Reproduktion eines gesellschaftlichen Gesamtkapitals zu unterscheiden. Der einzelne Unternehmer bestimmt über seine gerissene Kalkulationen, wie hoch sein Profit ist. Das ist eine ziemlich dürftige Argumentation, die vergisst, dass zwischen Geldanlage und kassieren des Gewinns nicht nur die Produktion liegt, sondern auch der Umsatz von Ware in Geld auf dem Markt. Weil sich aber das einzelne kapitalistische Unternehmen auf dem Markt behaupten muss und es keineswegs in seiner Macht liegt, die Verhältnisse auf dem Markt zu bestimmen, muss sich die Kalkulation der einzelnen Unternehmen an den Vorgaben des Marktes orientieren. Es ist nicht souverän, sondern, wie Marx betont, nur ein Bruchstück des gesellschaftlichen Gesamtkapitals.

Die Verhältnisse auf dem Markt werden von niemandem direkt bestimmt. Durch und in der Konkurrenz werden vielmehr Verhältnisse und Bedingungen geschaffen, mit denen das Einzelkapital rechnen muss. Wunder über Wunder, es entstehen ökonomische Gesetzmäßigkeiten, nach denen sich Einzelkapitale richten müssen! Da wären vor allem die durchschnittlichen auf dem Markt gehandelten Preise bestimmter Waren. Der Preis, zu dem sich eine Ware verkaufen lässt, wird nicht vom Einzelkapital souverän bestimmt, sondern ist ihm sozusagen vorgegeben. Das Einzelkapital muss sich an diese Vorgabe halten und seine Kosten entsprechend kalkulieren. Und jetzt wird die Sache spannend, weil es um die Frage geht, wie diese Kosten gesenkt werden können und müssen, um den durchschnittlich erzielbaren Marktpreis zu erreichen oder – besser noch - unterbieten zu können. Dann nämlich winkt größerer Umsatz und größerer Profit. Den einzelnen kapitalistischen Unternehmen stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, um die Kosten pro Stück Ware zu reduzieren und das Ziel der Behauptung in der Marktkonkurrenz zu erreichen. In der Wahl dieser Möglichkeiten sind sie allerdings auch wieder nicht frei. Auch darin, müssen sie sich am durchschnittlich üblichen orientieren. Nehmen wir vorab die Arbeitsproduktivität:

1. Das Einzelkapital muss sich bei seinen Investitionen am durchschnittlichen Stand der technischen Zusammensetzung des Kapitals orientieren, also entsprechende Maschinerie kaufen und einsetzen. (Man wird heute kaum handwerklich gefertigte Autos in Massen verkaufen können.) Die Spielräume für ein Einzelkapital hier Kosten zu senken sind denkbar gering. Im Gegenteil: Die „Kapitalintensität“ nimmt seit dem Neustart des Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg kontinuierlich zu. Wer da nicht mithalten kann, hat schon verloren.
2. Die Löhne, um die es hier ja geht: Die seit vielen Jahren anhaltende Tendenz zu sinkenden Löhnen ist ein Produkt der Konkurrenz, die die Einzelkapitale zwingt ihre

technische Zusammensetzung zu erhöhen und sie ist ein Produkt der Konkurrenz der LohnarbeiterInnen untereinander, die gesetzmäßig zunimmt mit ihrer Verdrängung durch Maschinerie, also durch erhöhte „Kapitalintensität“ und in Folge durch das Anwachsen der industriellen Reservearmee.

Die Höhe der Löhne, die im vorliegenden Artikel der „Jungen Linken“ Gegenstand souveräner Kalkulation des Einzelkapitals sind, wird also ebenfalls von Marktverhältnissen, also nicht zuletzt dem Einwirken verschiedener Einzelkapitale aufeinander, bestimmt. Wenn sich aber - vermittelt über die Konkurrenz - eine ständige Erhöhung der technischen Zusammensetzung und in dessen Folge eine Erhöhung der „Kapitalintensität“ ergibt, dann gerät die Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals (holla, sowas soll es geben) unter Druck. Diesem Druck kann und muss das gesellschaftliche Gesamtkapital begegnen durch Erhöhung der Mehrwerttrate, also dadurch, dass die LohnarbeiterInnen kürzere Zeit (bezahlt) für sich und mehr unbezahlt für das Kapital arbeiten. (Koordinierter Angriff von Kapital und Staat). Sowas nennt man ein Bewegungsgesetz des Kapitals und auch das soll es nach Marx geben. Mit der souveränen Kalkulation eines Einzelkapitals hat das alles jedenfalls recht wenig zu tun und wir werden es erleben, dass der Druck auf die Löhne in den nächsten Jahren – gesetzmäßig - weiter enorm wächst. (Wenn einzelne Unternehmen, es sich ausnahmsweise leisten können, etwas mehr zu zahlen, um etwa qualifizierte LohnarbeiterInnen zu halten oder anzuwerben, dann widerspricht das nicht der allgemeinen Tendenz. Und, wie Marx ebenfalls schon bemerkte, setzen sich alle gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten nur als Tendenz durch.) Das, das Senken des allgemeinen Lohnniveaus, ist nämlich eine der entscheidenden Bedingungen für die Bewahrung kapitalistischer Rentabilität bei Akkumulation mit ständig wachsender organischer Zusammensetzung des Kapitals. Das ist nicht eine Frage, was das Kapital „will“, sondern was jedes Einzelkapital auf Grund der via Marktkonkurrenz in Gang gesetzten Gesetzmäßigkeit zu tun gezwungen ist, um seine Ziele zu erreichen.

In welchen bedrohlichen Zustand dieser fortlaufende Prozess durch die Errichtung immer höherer Hürden für die Verwertung des Kapitals die bürgerliche Gesellschaft versetzen wird, bleibt abzuwarten, zumal die „Junge Linke“ - wie viele radikale Antikapitalisten - wenig mehr zu bieten hat, als solche zweifelhaften Erklärungen über die Gestaltungshoheit des Einzelkapitals über Löhne und die allgemeine Bekundung, dass sie gegen Kapital und Nation ist. Letzteres darf man begrüßen, auch wenn es wenig hilfreich ist.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 11/2010

Ein Stück alljährlicher Gehirnwäsche - oder wie Deutschland sich soziale Befreiung wünscht

Und wieder wird er laufen an „Heilig Abend“, „Der kleine Lord“. Die Geschichte ist so einfach gestrickt, wie man sich das nur wünschen kann; sie lebt ganz und gar von der Konfrontation

1. eines Lords, an dem alles stimmt (großer privater Reichtum), nur dass er leider ein komplettes Arschloch ist,
2. mit einem kleinen Jungen (noch nicht anerkannter Enkel des Lord) an dem alles stimmt (der komplette Guttmensch, selbstlos, ganz und gar „artig“) nur, dass er arm ist.

Man muss nicht lange rätseln, um zu erraten, wie dieser für den gesunden bürgerlichen Menschenverstand unerträgliche Widerspruch gelöst wird:

1. der Lord wird zum Guttmenschen, ohne seinen privaten Reichtum zu verlieren
2. der Junge wird reich, ohne aufzuhören ein Guttmensch zu sein.

So ist alles beieinander, was man sich für „soziale Befreiung“ wünscht, ohne dass die bestehende Ordnung auch nur im mindesten geändert werden muss: privater Reichtum und „solidarische Gesellschaft“. Zu haben ist das Ganze schon mit wenig Aufwand: es kostet nur ein bisschen guten Willen, Geduld und eine etwas größere Portion ebenso unschuldige und ahnungslose Naivität. Das Ganze wirkt wie eine „bewusstseinsweiternde“ Droge, die vergessen lässt. In unglaublicher Gefühlsduselei breitet sich ein Nebelschleier über die erfahrene soziale Realität aus. Das spricht nicht gegen die Gefühle, die hier mobilisiert werden, aber es spricht gegen die Art, wie sie mobilisiert und gelenkt werden.

Das Gift wirkt umso besser, je fester bereits zwei Werte fest bei den Adressaten verankert sind:

1. die Sehnsucht nach riesigem privaten Reichtum (man denke an die Leidenschaft zum Glücksspiel, Lotto etc.)
2. die Sehnsucht nach gegenseitiger Solidarität, Hilfsbereitschaft etc. (man denke an Spendenbereitschaft im Katastrophenfall etc.)

Millionen werden sich am „Heiligen Abend“ mit Hilfe dieses Films berauschen, sich in angemessene Stimmung versetzen und von ihrer „sozialen Befreiung“ träumen. Ich wünschte mir, dass in dem Film ein paar Jungs und Mädchen aus den Pariser Banlieues auflaufen würden, um den Laden mal so richtig aufzumischen! Nicht weil das den realen Konflikt schon anders lösen würde, sondern um ihn überhaupt deutlich zu machen.

In diesem Sinne: schöne Feiertage und einen guten Rutsch

Peter Trotzig

Über die „Zentralität von Lohnarbeit“ im Kapitalismus

In und bei der Partei Die Linke gibt es auch eine Bundesarbeitsgemeinschaft, die vehement für ein bedingungsloses Grundeinkommen streitet. Diese Arbeitsgemeinschaft hat eine Kritik am Programmentwurf geschrieben. Man wirft der Partei vor, dass sie zu sehr „die Zentralität der Lohnarbeit“ im Kapitalismus betone. Da ist unsereins doch neugierig und will wissen warum.

Die Arbeitsgemeinschaft entwickelt folgende Argumentation:

„Marxistisch zugespitzt formuliert, ist Lohnarbeit nur für die Reproduktion der Akkumulation des Kapitals in einer bestimmten historischen Formation des Kapitalismus zentral wichtig. Die Gesellschaft kann sich nicht nur theoretisch ohne Lohnarbeit reproduzieren, sie tut es auchgrößtenteils. Weit mehr als die Hälfte der in der BRD geleisteten Arbeit (96 Mrd. Stunden) sind unbezahlte Arbeitsstunden außerhalb der Erwerbsarbeit (56 Mrd. Stunden). Ohne diese Arbeit, die überwiegend in Haushalten und von Frauen, aber auch im Ehrenamt oder in freiwilligen Kooperationen (z. B. Freie Software) geleistet wird, würde die Gesellschaft sich nicht reproduzieren können. Mehr noch: Das System der kapitalistischen Akkumulation würde sich ohne die unbezahlte Arbeit auch nicht reproduzieren können. Das Einfließen der unbezahlten Arbeit in der Gesellschaft, unter anderem zur Reproduktion der Arbeitskraft, aber auch zur Produktion von gesellschaftlichen Zusammenhängen, Ideen etc., in den Prozess der Mehrwertproduktion ermöglicht erst die kapitalistische Akkumulation. Dieser Zusammenhang wird im Programmentwurf nicht offen gelegt und dadurch verschleiert. Die neben der Warenproduktion existierenden Produktionsweisen, z. B. die häusliche Produktion (Sorge, Erziehung und Pflege) oder die Produktion in freien Kooperationen (z. B. freie Software, künstlerische Werke) oder der Bereich der Selbstbildung etc., werden in ihrer tatsächlichen Bedeutung für Gesellschaft und Wirtschaft nicht gesehen. Statt dessen wird davon gesprochen, dass die Erwerbsarbeit Grundlage der Produktivkraftentwicklung sei und dies auch auf absehbare Zeit bleiben werde.“

I.

Die heutige Gesellschaft in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern reproduziert sich also weitgehend ohne Lohnarbeit. Beweis dafür sei, dass 56 Milliarden Arbeitsstunden – ich will gar nicht hinterfragen, was alles dazu gezählt wird und mit welchen Methoden man diese Zahl ermittelt hat – unbezahlt seien. Was ist das Produkt dieser Arbeiten?

Da wird aufgezählt etwa für die „häusliche Produktion“:

- Sorge
- Erziehung
- Pflege

Über die Produkte von Ehrenämtern lässt man den interessierten Leser ganz im Dunkeln. Freiwillige Kooperationen liefern z.B. Software. usw.

Nun ist es aber so, dass sich Gesellschaft genausowenig durch Arbeitsstunden reproduziert, wie durch Geld. Sie reproduziert sich wesentlich durch das, was die geleistete Arbeit an Produkten liefert, die mensch konsumiert. Konsequenz aus den Sätzen der Arbeitsgemeinschaft: die Gesellschaft reproduziert sich hauptsächlich durch Sorge, Erziehung, Pflege und z.B. freie Software.

Nachdem ich das verstanden habe, gehe ich mal so durch meine Wohnung, um nicht vollständig die Bodenhaftung zu verlieren. Man tritt ein durch eine Tür aus Holz mit einem Schloss (Material:

Eisen- und Nichteisenmetalle). Auf dem Boden liegt ein Teppich, in den Räumen befinden sich Stühle, Tische, Betten etc., wiederum aus irgendeinem Metall oder Holz gefertigt sind. In der Küche gibt es Wasch- und Geschirrspülmaschine, Töpfe, Essbestecke, Teller und Tassen usw. Darin verarbeitet wiederum Metalle, aber auch Kunststoffe und Keramik. Auch Stereo-Anlage, Fernseher und Computer fehlen nicht. Welchen Stellenwert haben diese Dinge, neben Essen und Trinken, für meine Reproduktion? Kann ich weitgehend auf sie verzichten und mich „größtenteils“ durch Sorge, Erziehung, Pflege, Inanspruchnahme von ehrenamtlicher Tätigkeit und freier Software reproduzieren? Ich glaube, dass das nicht funktioniert.

All die aufgeführten Sachen in meiner Wohnung sind von „zentraler Bedeutung“ für meine Reproduktion, und ich möchte nicht auf diese Dinge verzichten. All diese aufgeführten Sachen sind Produkte von Lohnarbeit, die in industrieller Produktion durch das Kapital angewandt wird. Industrielle Produktion, Lohnarbeit und Kapital sind verschiedene Seiten ein und derselben Medaille, der kapitalistischen Produktionsweise. Während sich die Begriffe Lohnarbeit und Kapital auf die soziale Form beziehen, drückt die industrielle Produktion eine bestimmte Stufe der Produktivkraft von menschlicher Arbeit aus. „Marxistisch zugespitzt“ bezeichnet man das auch als System der Lohnarbeit. Denkt man an die Anzahl der Menschen, die diese Lohnarbeit leisten und an die Produkte, die sie für gesellschaftliche Produktion (von Produktionsmitteln, also Maschinen etc. will ich hier gar nicht erst anfangen) und Reproduktion liefert, dann ist diese Lohnarbeit zweifellos und offensichtlich „zentral“ für die gesellschaftliche Reproduktion unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Die Produktivkraft menschlicher Arbeit drückt sich unter kapitalistischen Bedingungen zweifellos vor allem in der industriellen Produktion und der darin verausgabten Lohnarbeit aus und nicht in „häuslicher Produktion“, Ehrenämtern und freien Kooperativen. Letzteres ist ganz verwiesen auf die Produkte industrieller Fertigung.

Lohnarbeit reproduziert nicht nur das Kapitalverhältnis, sondern sie produziert eben nebenbei auch jede Menge nützliche (und zweifellos auch schädliche) Waren mit einem Gebrauchswert für unterschiedlichste Anwendung. Sie liefert also all das, woran KämpferInnen für bedingungsloses Grundeinkommen eine „gleichberechtigte Teilhabe“ verlangen. Dieser möglichen Teilhabe an den Früchten der so nebensächlichen kapitalistischen Lohnarbeit soll das Grundeinkommen ja dienen. Wenn die Gesellschaft sich tatsächlich hauptsächlich ohne Lohnarbeit reproduzieren würde, wozu dann überhaupt ein solches Einkommen? Den Schnickschnack, den Lohnarbeit in Form von Waren produziert, braucht doch offensichtlich niemand der sich hauptsächlich über Sorge, Erziehung, Pflege und z.B. den Konsum von freier Software reproduziert.

II.

Aber nicht nur für die materielle Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft ist die Lohnarbeit zentral, sie bliebe es auch für ein angeblich bedingungsloses Grundeinkommen, wenn man nicht einfach die Gelddruckmaschine anwerfen will.

Der Adressat für die Forderung nach so einem Grundeinkommen ist offensichtlich der Staat. Dessen Einkommen sind Steuern, die er „zentral“ auf Lohneinkommen und Profite der Unternehmen (direkte Steuern), sowie auf den Umsatz von Ware in Geld (indirekte Steuern) erhebt. Die staatlichen Steuereinnahmen sind damit vollständig abhängig von erfolgreicher kapitalistischer Produktion und Akkumulation. Damit wäre also auch das vom Staat

auszuzahlende bedingungslose Grundeinkommen vollständig abhängig vom System der Lohnarbeit. Es gibt also im Kapitalismus auf jeden Fall Bedingungen für ein angeblich bedingungsloses Grundeinkommen, selbst dann, wenn der Staat, denen, die es verlangen, keine Bedingungen stellt.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft interessiert sich aber weder für die Art und Weise, wie sich kapitalistische Gesellschaft materiell reproduziert, noch interessiert es sie, welche ökonomischen Zusammenhänge im Spiel sind, die die „Zentralität der Lohnarbeit“ für jede Form von Geldeinkünften ausmachen. Sie will der „Philosophie des bedingungslosen Grundeinkommens“ zum Durchbruch verhelfen. Danach stehe den Menschen „qua Existenz die Garantie der Gesellschaft“ zu, „ein Leben in Würde, Selbstbestimmung, gleichberechtigter Teilhabe und freier Entfaltung seiner Persönlichkeit führen zu können“.

Man fragt sich, wieso diese Garantie nicht längst eingelöst ist. Hat man aber einmal dieses (bürgerliche) Terrain der universellen Menschenrechte betreten, dann braucht man sich um die (unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen fehlenden) Voraussetzungen ihrer Verwirklichung nicht mehr zu kümmern. Die Freiheit wird grenzenlos. „Die Philosophie des bedingungslosen Grundeinkommens“ kann keine Rücksicht nehmen auf irgendwelche Bedingungen oder Voraussetzungen. Ist der Mensch einmal geboren, dann steht ihm was zu, hat er einen Garantieanspruch ... mindestens auf ein erbärmliches (das bliebe es nämlich in Anbetracht der durch industrielle Produktivität tatsächlichen Möglichkeiten für ein gutes Leben) Grundeinkommen.

In der klassenlosen Gesellschaft von Beziehern des Grundeinkommens bestehen keinerlei Verpflichtungen zur „Gegenleistung“ für die Individuen gegenüber dem Gemeinwesen (Gesellschaft) deren Teil sie sind. Es handelt sich offenbar nicht um gesellschaftliche Individuen, sondern um Bezieher einer unbedingt „individualisierten“ Geldleistung, die die „Gesellschaft“ den Individuen zu garantieren hat. In der „Philosophie des bedingungslosen Grundeinkommens“ stehen sich Gesellschaft und Individuen exakt so gegenüber, wie das heute, in der bürgerlichen Gesellschaft, verwirklicht ist. Darum gibt es in der Spitze der sozialen Hierarchie der bürgerlichen Gesellschaft bereits eine Gruppe von Menschen, für die ein zentrales Anliegen dieser „Philosophie“ auf eindruckliche Weise Realität ist: Leute, denen „die Gesellschaft“ ein „individualisiertes“ Geldeinkommen verschafft, ohne das für sie ein Verpflichtung besteht, „eine Gegenleistung“ zu erbringen. Für Milliardäre gibt es (leider) keine „Bedürftigkeitsprüfung“! Solange es aber keine durch soziale Revolution nachhaltig praktizierte „Bedürftigkeitsprüfung“ für privaten Reichtum gibt, dieser vielmehr unbegrenzt wachsen kann, solange wird es auch keine Garantie auf irgendeine Form von Grundsicherung für Menschen „qua Existenz“ geben!

III.

Ist die lästige „Zentralität der Lohnarbeit“ im Kapitalismus erstmal ideologisch aus der Welt geschafft, braucht die soziale Emanzipation von den Zwängen der Lohnarbeit, vom Kapital, nicht mehr als Selbstbefreiung von tatsächlichen und potentiellen LohnarbeiterInnen gedacht werden. Da tut sich ein neuer Klassenwiderspruch auf, den manche bürgerlichen Ideologen schon lange erkannt haben: es handelt sich um den Widerspruch zwischen denen, die einen Lohnarbeitsplatz „besitzen“ und jenen, die keinen haben. Bei der Arbeitsgemeinschaft und ihrer Kritik am

Programm entwurf der Linken Partei liest sich das so:

„Die mangelhafte Analyse zieht nach sich, dass aktuelle Klassenformierungsprozesse im Programm unerwähnt bleiben. Die Phänomene der Prekarisierung von Lohnarbeit und des Umbaus vom Wohlfahrts- zum Workfarestaat werden dabei zwar teilweise beschrieben, jedoch nicht in ihrer Bedeutung begriffen. Dabei wird in allen entwickelten Industriestaaten die Bildung einer Klasse von Arbeitenden „unterhalb“ der doppelt freien LohnarbeiterInnen vorangetrieben. Mit Arbeitszwang gegen Alimentierung weit unter den tatsächlichen Reproduktionskosten, ohne Möglichkeiten, den Lohn zu verhandeln, und dabei unter verminderten politischen und anderen Bürgerrechten stehend, unterscheiden sich diese Arbeitenden deutlich von den doppelt freien LohnarbeiterInnen. Sie stellen eine Klasse mit eigenen Interessen dar.“

Da soll also eine neue Klasse mit eigenen Interessen entstanden sein. Nach diesen eigenen Interessen muss man nicht lange suchen: sie lassen sich zusammenfassen als Interesse am bedingungslosen Grundeinkommen. Langsam wird klar, worauf die Leugnung der „Zentralität von Lohnarbeit“ im Kapitalismus hinauslaufen soll: auf einen neuen potentiellen Träger sozialer Emanzipation, dessen Interesse darin bestünde, den Zwang zur Lohnarbeit schon im Kapitalismus, unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse, aufzuheben. Man kann also ohne soziale Revolution auskommen! Wie schön!

Dass diese angeblich neue Klasse in großen Teilen nichts als eine „industrielle Reservearmee“ (Marx), Manövriermasse des Kapitals ist, und als solche sein ureigenstes Produkt, „Zwillingsbruder“ der Lohnarbeit, das interessiert auch in diesem Zusammenhang nicht. Schließlich geht es um bedingungsloses Grundeinkommen! Spätestens an diesem Punkt wird jedoch deutlich, dass sich bei der „Philosophie des bedingungslosen Grundeinkommens“ um einen Spaltpilz handelt, der nicht zuletzt deshalb auch von Vertretern der bürgerlichen Klasse (Götz Werner etc.) aufgegriffen wurde. Hier soll (auch im sozialen und politischen Widerstand) ein Keil getrieben werden zwischen den Teilen der Lohnabhängigen, die vom Kapital beschäftigt werden, und jenen, die ihnen als Reserve dienen, nicht zuletzt, um den Preis der Ware Arbeitskraft zu drücken. Wenn das gelingt, können KommunistInnen ihre Hoffnung auf erneute „Bildung des Proletariats zur Klasse“ vergessen!

p.s.:

Dies sollte nicht als Verteidigung des Programms der Partei Die Linke missverstanden werden! Eins könnten KommunistInnen von der Verfechtern eines Bedingungslosen Grundeinkommens lernen: wie man

- sich auf eine zentrale Forderung verständigt, die man dann ausführlich und immer wieder begründet, um sie zu
- popularisieren und Verständigung herbei zu führen.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 12/2010

Abschalten!

(Kernschmelzen – oder was Kapital und Atomenergie gemein haben)

Man erinnert sich: als die sogenannte Finanzkrise ihren Höhepunkt erreichte, sprachen viele von einer drohenden „Kernschmelze“ des Kapitals. Der Begriff kam nicht von ungefähr, erwiesen sich doch die Finanzmärkte als nicht mehr beherrschbar. Den Begriff der Kernschmelze verdanken wir der „friedlichen“ Nutzung von Atomenergie. Bereits seit Harrisburg und Tschernobyl ist er allgemein bekannt und erfährt durch die Katastrophe in Japan eine bedrohliche Aktualität. Die außer Kontrolle geratene Spaltung von Atomkernen bedroht flächendeckend menschliche Existenz, wo sie doch der „allgemeinen Wohlfahrt“ dienen sollte.

Billige Energie für alle meinte jedoch immer zunächst und vor allem profitable Anlagemöglichkeiten für Kapital. Die angeblich 100%ige Sicherheit, von der Kanzlerin Merkel und unser heutiger Atomminister Röttgen noch immer schwafeln, war nie mehr als ein Verkaufsargument, das für Akzeptanz werben sollte. Als 100% sicher wurden auch all jene Kapitalanlagen von smarten Bankern angepriesen, die in der „Finanzkrise“ von heute auf morgen „verbrannten“ und nichts mehr wert waren. Die Spaltung von Atomkernen zum Zweck der Energiegewinnung und kapitalistische Marktwirtschaft haben eines offensichtlich gemeinsam: es handelt sich um grundsätzlich unbeherrschbare, nicht kontrollierbare Prozesse. Werden auf der einen Seite Naturkräfte in Gang gesetzt, die sich technisch letztlich nicht beherrschen lassen, so auf der anderen Seite gesellschaftliche Kräfte (Privateigentum und Privatinteresse), die politisch letztlich nicht beherrschbar sind.

Die unkontrollierbar ablaufende Kettenreaktion bei der Kernspaltung ist prinzipiell nichts anderes als unkontrollierbare Kettenreaktion auf Märkten von Privatproduzenten. Die im ersten Fall resultierende explosionsartige Freisetzung von radioaktivem Material ist prinzipiell – vom Prozess her – nichts anderes, als die explosionsartige Entwertung von Kapital. In seinen Auswirkungen ist beides verheerend und der „allgemeinen Wohlfahrt“ keinesfalls zuträglich.

Kapitalistisches Management und bürgerliche Politik bekunden nicht nur ständig ihren Gestaltungswillen, sondern versprechen auch ihre Fähigkeit zur Kontrolle alles dessen, was sie ins Werk setzen. Ein Schmar! Die ausufernde Ausübung dieser Kontrolle vermag wohl für die Wahrung privater Interessen zu sorgen, sie hat jedoch nichts zu tun mit sozialer Ein- und Vorsicht, die allein Technik und Gesellschaft kontrollierbar machen. Man sollte also nicht nur die Atomkraftwerke abschalten, sondern sich zugleich überlegen, wie man die kapitalistische Marktwirtschaft „herunterfahren“ könnte.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 03/2011

Sind AKWs „systemrelevant“?

Da ist er wieder, der Ruf nach dem Staat. Tokyo Electric Power, kurz Tepco, Betreiber von 10 Atomkraftwerken in Fukushima 1 und 2 soll vor der Pleite stehen. Der Ruf nach Verstaatlichung wurde jedoch schon vorher laut. So schreibt beispielsweise die Frankfurter Rundschau vom 30. März:

„In Japan mehren sich die Rufe, den Stromversorger Tokyo Electric Power (Tepco) zu verstaatlichen, um die Atommeiler von Fukushima schneller unter Kontrolle zu bringen und dem Konzern unter die Arme zu greifen.“

Hört sich das alles nicht an wie dazumal beim Höhepunkt der „Finanzkrise“? „Unter Kontrolle bringen“ indem man „Konzernen unter die Arme greift“? Auch die „Finanzkrise“ drückte gesellschaftlichen „Kontrollverlust“ aus. Die „Kernschmelze“ bestand in rapidem Wertverlust von Wertpapieren, „Panikverkäufen“. Es bedurfte der Kontrolle durch Verstaatlichung und Finanzspritzen für Not leidende Banken. Sollte und soll der Finanzmarkt durch Vergabe von Krediten Geld im Überfluss bereit stellen, so die AKWs Energie. Handelt es sich im ersten Fall um Tauschwert, den es durch „Kernspaltung“ (grenzenlos kreativ konstruierte, verkäufliche Wertpapiere, die selbst Schulden in Kapital umdichten) beliebig zu vermehren gilt, so handelt es sich bei Strom aus der Kernspaltung von Atomen um einen Gebrauchswert (Energie), den es beliebig zu vermehren gilt. Das Versprechen der Atomlobby lautete:

Wenn die fossilen Energiequellen ausgebeutet sind, dann steht durch AKWs jede Menge Strom zur Verfügung, billig und umweltfreundlich.

Beides, grenzenlos zur Verfügung stehende Finanzen wie grenzenlos zur Verfügung stehende Energie sind von grundlegender Bedeutung für eine Produktionsweise, die nur dann funktioniert, wenn sie beständig wächst, wie eine Krebsgeschwulst. Ein offenbar krankes und menschenfeindliches Funktionsprinzip, das weder Rücksicht nehmen kann auf die Natur des Menschen (man denke an die „grenzenlose“ Entwicklung von Nacht- und Schichtarbeit etc.), noch auf die natürlichen Grundlagen seiner Existenz. Für den Bestand der kapitalistischen Produktionsweise gleichermaßen „systemrelevant“ ist sowohl die Finanzindustrie wie die Atomindustrie:

Ohne kreditvermittelt-„grenzenlose“ Geldvermehrung keine die Produktion erweiternde Investition und Reproduktion und ohne „grenzenlose“ Bereitstellung von Energie kein „grenzenloser Fortschritt“ in der Arbeitsproduktivität. Jeder Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch technischen Fortschritt verlangt den Einsatz nicht menschlicher Energie. Wo die Verdrängung menschlicher Arbeitskraft zum Prinzip wird, um den Profit in Gestalt des relativen Mehrwerts zu steigern, da tritt an die Stelle des Heißhungers nach menschlicher Arbeitskraft der Heißhunger nach Energie.

Die Abschaltung aller AKWs würde der Maßlosigkeit der Kapitalverwertung von der Gebrauchswertseite her zunächst Schranken setzen, ganz so wie eine rigorose allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden. Es wäre eine Reform, die notwendig ist, aber keine „heile Welt“ schafft. Sie würde die Widersprüche, in denen sich das Kapital bewegt, verschärfen! Das Kapital ist in jeder Hinsicht maßlos: seine erweiterte Reproduktion verlangt nicht nur die grenzenlose Vermehrung des Tauschwertes, sondern auch die des Gebrauchswertes.

- Indem das kapitalistische Privateigentum das Privatinteresse nach Bereicherung

entfesselt und untereinander konkurrierend nach Maximal-Profit strebt, beschwört es soziale Katastrophen herauf, sei es unter dem Druck „normaler“ ökonomischer Rationalisierung, sei es als Folge seiner ökonomischen Krise. (Unsicherheit der Existenz für die Masse der Menschen, Unterwerfung und Anpassung des lebendigen Arbeitsvermögens unter bzw. an die Verwertungserfordernisse des Kapitals)

- Indem das kapitalistische Privateigentum nicht nur vorhandene Naturkräfte nutzt, sondern neue „Naturkräfte“ schafft (Kernspaltung des Atoms, analog zur „kreativen“ Vervielfältigung von Tauschwert durch die Finanzindustrie), um sein grenzenloses Bedürfnis nach Energie zu befriedigen, beschwört es die ökologische Katastrophe herauf bzw. spitzt sie zu.

Letztere hat genau so ihre Ursache in der kapitalistischen Produktionsweise, wie erstere. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass die menschlichen Charaktermasken des Kapitals (private und institutionelle Anleger, Manager) von der ökologischen Katastrophe letztlich genau so betroffen sind, die die Lohnabhängigen. Hier gibt es keine sozialen Gewinner und Verlierer ... alle gehen gemeinsam drauf, wenn die Welt durch Plutonium verseucht wird.

Unter dem Eindruck der aufkommenden Forderung nach Verstaatlichung von Tepco müssten die Verfechter der freien Marktwirtschaft jetzt eigentlich wieder auf den Plan treten und vor zu starker staatlicher Einmischung, gar sozialistischen Experimenten, warnen. (Vielleicht bringen die Wahnsinnigen auch das noch!) Die private Initiative des Marktes soll es richten und wenn Tepco die Kosten davon laufen, dann soll der Konzern doch Pleite gehen. Das wär doch was: Der Konzern Pleite, Einstellung aller Arbeiten an den Reaktoren ... und man hinterläßt nur wieder eine weitere Industriearbeit? Oder??? Mit welcher Konsequenz? Vorerst jedoch herrscht an der Front der Ritter vom „gesunden“ Marktverständnis Ruhe. Vielleicht erahnen sie die ganze besonders geartete „Systemrelevanz“ der Energieversorgung mittels Atomstrom? Wenn im Zusammenhang mit dem Atom-Desaster in Japan jetzt wieder der Ruf nach Verstaatlichung laut wird, dann zeigt das erneut das Eingeständnis des Versagens des kapitalistischen Privateigentums. Die Logik des Ablaufs ist die gleiche wie bei der „Finanzkrise“: die Gesellschaft soll einspringen und Kosten tragen, wo Privateigentum und Markt versagen. Da den Herrschaften aber gesellschaftliche Kontrolle und Einflussnahme – und sei es über ihren Staat - an und für sich als „kommunistisches“ Grundübel schlechthin erscheint, dient ihnen diese „Kontrolle“ durch den Staat nur als Mittel, um Konzernen unter die Arme zu greifen, damit sie möglichst bald wieder auf die Beine kommen, um ihr Geschäft, das vor allem einigen wenigen Betuchten nutzt, fortzusetzen.

Für seine Entwicklung aus nicht-kapitalistischen Verhältnissen brauchte und braucht das kapitalistische Privateigentum den Staat für seine Durchsetzung und für die Realisierung von Großprojekten der Infrastruktur. In dem Maße jedoch, wie das Kapital sich entwickelt, ein Bankensystem und Kreditwesen nach seinem Bilde und Bedarf erzeugt, versucht es staatliche Einflussnahme auf Sankt Markt, die „freien Produzenten“, zu reduzieren und auszuschalten. Es nimmt die staatliche Einflussnahme erst wieder hin, wenn es gilt Verlust zu vermeiden bzw. der Allgemeinheit von Steuerzahlern aufzuhalsen. Es wird wirklich Zeit, nicht nur die AKWs sondern auch das Kapital „abzuschalten“!!

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 04/2011

Anti-AKW-Bewegung – Eigentlich ganz traditionell sozialistisch?

Zu den unbestrittenen allgemeinen Zielen des Sozialismus/Kommunismus gehörte und gehört es, dass die Mehrheit der Menschen - die heute in entwickelten kapitalistischen Ländern üblicher Weise von fremdbestimmter Lohnarbeit leben - darüber entscheiden, was produziert wird und wie es produziert wird. Um dieses Ziel sicher zu stellen, müssten die kapitalistischen Produktionsverhältnisse überwunden werden und die gesellschaftlich-arbeitsteilige Produktion dem Willen der nunmehr frei assoziierten Menschen unterworfen werden. Solange kapitalistischen Produktionsverhältnisse herrschen entscheiden in erster Instanz voneinander unabhängige Privatproduzenten was produziert wird und wie es produziert wird. Die lohnabhängige Masse kann allenfalls als Konsument, durch Kaufentscheidungen, auf Produktionsentscheidungen Einfluss nehmen.

Die Anti-AKW-Bewegung beschränkt sich nicht auf diese mögliche, begrenzt marktvermittelte Einflussnahme von KonsumentInnen auf die Produktionsentscheidung für diese oder jene Form der Energie. Von Anfang an ging ihr Bestreben dahin, durch politische Aktion direkten Einfluss auf die Produktionsentscheidung zu nehmen. Die Forderung nach Abschaltung aller AKWs wendete sich sowohl an die Kraftwerksunternehmen, wie an den bürgerlichen Staat. Die Anti-AKW-Bewegung hat von Anfang an nicht nur von Kapital und Staat die Abschaltung der AKWs verlangt sondern gleichzeitig die Produktion von Energie aus erneuerbaren Energiequellen angeschoben. Ob sich diejenigen, die die Anti-AKW-Bewegung tragen und voranbringen dieser Tatsache bewusst sind oder nicht, es bleibt festzuhalten, dass die Bewegung in einem sehr wichtigen Bereich der gesellschaftlichen Produktion nach direktem demokratischen Einfluss auf die Produktionsentscheidung strebt. Das ist aus meiner Sicht eine unverkennbar sozialistische Tendenz!

Die Produktion, Bereitstellung und Nutzung von nicht menschlicher Energie gehört zu den entscheidenden Bereichen der gesellschaftlichen Produktion, die großen Einfluss haben auf die Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Entwicklung der natürlichen Umwelt. (Für die Entwicklung der Arbeitsproduktivität ist die Nutzung nicht menschlicher Energie entscheidend.) Der Versuch einer wachsenden Zahl von Menschen, auf diesen Bereich der gesellschaftlichen Produktion direkt Einfluss zu nehmen, ist auch aus diesem Grunde von besonderer Bedeutung. Solange das kapitalistische Privateigentum unangetastet bleibt, kann die Masse der von lohnabhängiger Arbeit lebenden Menschen nur durch politische Bewegung und politischen Druck auf Kapital und Staat einen entscheidenden Einfluss auf Produktionsentscheidungen nehmen. Das solche Bestrebungen nicht illusorisch sind, beweist die Anti-AKW-Bewegung. Ihr Erfolg und die Dauerhaftigkeit der durchgesetzten Entscheidung hängt jedoch immer vom Ausmaß der Mobilisierung und somit der Stärke der Bewegung ab. Es gibt keine gesellschaftlich Einrichtung, keine Organisation der Produktion selbst, die den Menschen ihr Einflussnahme und Entscheidungsmacht garantiert. Sowie der Druck auf Kapital und Staat nachlässt, beherrscht das Privateigentum das Feld und werden die marktwirtschaftlichen Kriterien der Gewinnmaximierung uneingeschränkt dominierend. Sollen sich die in der Anti-AKW-Bewegung ausdrückenden sozialistischen Tendenzen nach Einflussnahme auf die Produktion also dauerhaft durchsetzen, dann verlangt das eine Überwindung des kapitalistischen Privateigentums.

Die Anti-AKW-Bewegung ist aus 2 Gründen ganz traditionell sozialistisch:

1. weil sie in einem konkreten Einzelfall nach direkter Einflussnahme auf was und wie der Produktion strebt
2. weil sie – wie es wider alle linksradikalen Unkenrufe unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen gar nicht anders sein kann – zu diesem Zweck Forderungen sowohl an das Kapital (in diesem Fall auf Unterlassung) als auch an den Staat (in diesem Fall Durchsetzung eines Verbots) stellt.

An beiden „Traditionen“ ist nichts auszusetzen. Eine sozialistische Massenbewegung wird sich auch auf dem Boden der heutigen Gesellschaft nicht entwickeln, ohne zunächst Forderungen an Kapital und Staat zu richten.

Die Anti-AKW-Bewegung ist aus 2 Gründen nicht traditionell sozialistisch:

1. 1. weil sie die Eigentumsfrage nicht stellt
2. 2. weil sie nicht blind ist für die Risiken von Technik und Produktivkraftentwicklung

Während der erste Punkt aus meiner Sicht eine Schwäche der Bewegung ausdrückt, bedeutet der 2. Punkt eine entscheidende Stärke der Bewegung, ohne den sie sich überhaupt nicht – jenseits des traditionellen Sozialismus – in der Breite hätte entwickeln können. Die Infragestellung von Produkten und Produktionstechniken wurde in der Anti-AKW-Bewegung zum entscheidenden Ausgangspunkt für die oben benannte sozialistische Tendenz.

Die „Risikobeurteilung“ (mögliche Gefährdungen erkennen, Risiken für Mensch und Umwelt analysieren und bewerten) von Produkten, die für den Verkauf erzeugt werden von Produktionstechniken, die vor allem darauf abzielen Umsatz und Gewinn zu steigern von Arbeit und Arbeitsorganisation, die darauf ausgerichtet ist, menschliche Arbeitskraft zu möglichst niedrigen Kosten marktkonform zuzurichten und zu benutzen wird unter heutigen Bedingungen zu einem entscheidenden Ausgangspunkt für grundlegende Gesellschaftskritik und darauf aufbauenden populären sozialistischen oder kommunistischen Bestrebungen.

Man kann und muss von der Anti-AKW-Bewegung eine Menge lernen, wenn man beitragen will zur Entwicklung einer gesellschaftlichen Massenbewegung in der zunehmend mehr Menschen mitentscheiden wollen was produziert wird und wie es produziert wird.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 06/2011

Wirklich eine neue antikapitalistische Organisation oder doch eher alter Wein in neuen Schläuchen mit ein bisschen mehr Platz, nach dem sich alle sehnen?

Was soll neu sein bzw. werden, wenn die Bewahrung des alten – nämlich der Bestand der ganzen Sekten mit ihren entsprechenden Grundlagen – nicht in Frage gestellt wird, sondern man beständig danach schaut, wo eventuell Gemeinsamkeiten sind, denen man doch bitteschön Rechnung tragen sollte.

Detlev Georgia Schulze hat das beispielhaft schön beschrieben, wie er sich die Erarbeitung der Grundlagen einer „neuen“ antikapitalistischen Organisation denkt:

„Und es ist ja nicht so, daß es in Sachen Programm keinerlei Vorarbeiten gibt: Der RSB hat ein Programm, die SAV hat ein Grundsatzprogramm, Avanti hat ein langes Grundsatzpapier, auf das sich die Schöneberger in ihrem Text ja auch beziehen, SoL hat ein langes Grundsatzpapier. Die Gruppen Projekt Revolutionäre Perspektive (Hamburg) und Revolutionäre Perspektive Berlin haben zumindest mehrseitige Selbstverständniserklärungen. Die Revolutionäre Linke um die Zeitschrift radikal hat ein Grundsatzpapier vorgelegt. Diese Texte müßten kollektiv – auf Unterschiede, Übereinstimmungen und Leerstellen – mit einander verglichen werden und dann ein neuer gemeinsamer Text geschrieben werden. Um diese Diskussion in demokratischer Weise und unter Einbeziehung von GenossInnen, die nicht bereits in den genannten oder anderen Zusammenhängen organisiert sind, führen zu können, müßten entsprechende neue, gemeinsame Strukturen geschaffen werden.“ <http://www.trend.infopartisan.net/trd7811/t437811.html>

Aber, wie heißt es so schön: Ohne Zerstörung des Alten kann nichts Neues entstehen. Stattdessen soll altes hergenommen und auf „Unterschiede, Übereinstimmungen und Leerstellen“ geprüft werden. Keine Kritik? Solange in den jeweiligen Grüppchen keine nennenswerten Kräfte sich an die Kritik ihrer Grundlagen gemacht haben, stattdessen alle felsenfest von der Richtigkeit dieser Grundlagen überzeugt sind, kann mit diesen Kräften nichts Neues entstehen!!! Mit wem immer sie auch Bündnisse schmieden mögen! Man vergleiche das mal mit der Gründungsvorbereitung der Grünen, bzw. dem Anteil, den die Maoisten daran hatten. In fast allen ml Organisationen brodelte es bis zum Überkochen und sie befanden sich in einem Prozess der Auflösung. Nur so war es möglich, dass diese Kräfte einen nennenswerten Anteil am Aufbau der grünen Partei leisteten, die in der Tat etwas Neues war. (Von welcher Qualität, das steht auf einem anderen Blatt.) Hätten sich die ML-Organisationen als Organisationen am Aufbau der Grünen Partei beteiligt, wäre diese Partei niemals etwas Neues geworden!

Das Zitat vom Kerkermeister aus Fidelio: »Wenn sich Nichts mit Nichts verbindet, ist und bleibt die Summe klein.« ist ja noch ein Euphemismus auf unsere Situation, weil darin nur auf Bedeutungslosigkeit angespielt wird und nicht auf die inhaltlichen Grundlagen dieser Bedeutungslosigkeit, die die jeweilige Sonderexistenz begründen. Das Problem liegt ja nicht einfach darin, dass all die aufgezählten Gruppen klein sind. Das Problem liegt auch und besonders darin, wie sie inhaltlich aufgestellt sind, womit sie ihre Sonderexistenz begründen und was sie auf diesen Grundlagen so alles machen ... und das sieht nicht prickelnd aus. Da kann aus Nichts schnell noch schlechter als Nichts werden.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 07-08/2011

Staatsverschuldung oder der Zusammenbruch der kapitalistischen Marktwirtschaft findet im Staatsbankrott seinen angemessen Ausdruck

I.

Zunächst erscheint der bürgerliche Staat ganz unschuldig an seiner Verschuldung. Zu wenig Wirtschaftswachstum lässt die Steuereinnahmen einbrechen (70iger und 80iger Jahre des letzten Jahrhunderts) und „wohltätige“ Ausgaben haben zugenommen. Schärfere ökonomische Krisen erhöhen die Lohnarbeitslosigkeit und verringern (z.B. in Deutschland) die Einnahmen der Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung.

Der Staat ist gefragt: er senkt die Steuern, um wieder mehr Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Er senkt oder friert ein die Arbeitgeberanteile zu den Sozialversicherungen. Die Ausgaben sinken aber nicht im gleichen Verhältnis wie die Einnahmen geringer werden. Im Gegenteil, sie nehmen eher zu. Der Staat muss also gleichzeitig selbst sparen, bzw. seine Ausgaben zurückfahren. Er streicht soziale Leistungen, kürzt im Bildungsbereich, kürzt bei Ausbau und Instandhaltung des Straßennetzes usw. usf.. Als Investor und Nachfrager tritt der Staat kürzer und verhindert damit zum Teil die Ausdehnung des Marktes, die er eigentlich erzeugen will. Er beginnt seinen Refinanzierungsbedarf immer stärker dadurch zu decken, dass er sein „Tafelsilber“ verkauft (Privatisierung von Staatsunternehmen und anderes Eigentum) und durch verstärkte Ausgabe von Staatsanleihen, also durch Geldbeschaffung auf den Finanzmärkten. Letzteres bedeutet nichts weiter, als das der Staat verstärkt Kredite aufnimmt.

Die erste Etappe sich spiralförmig - im Rhythmus der Konjunkturzyklen - erhöhender Staatsverschuldung ist damit abgeschlossen. Die Wirtschaft scheint wieder zu blühen (vor allem 90iger Jahre des letzten Jahrhunderts), was allerdings vor allem blüht, ist die sogenannte Finanzindustrie. Sie blüht, weil der Staat verstärkt ihr Kreditgeld nachfragt, sie blüht, weil die Investoren ihr Kreditgeld nachfragen, um z.B. Staatsbetriebe zu kaufen, sie blüht, weil die „kleinen Leute“ wegen sinkender Lohneinkommen, verstärkt Kredite für Häuser, Autos etc. nachfragen. Das steigert den Umsatz der Finanzindustrie und erweitert natürlich den Markt insgesamt durch Schaffung zahlungsfähiger Nachfrage.

II.

Die zweite Etappe beginnt damit, dass die Finanzindustrie selbst in die Krise gerät. Die Zahlungsunfähigkeit „kleiner Leute“, ihre Unfähigkeit, die Zinsen für die Kredite zu zahlen, wird zum Ausgangspunkt der jetzt in Gang kommenden Lawine der Staatsverschuldung. (Finanzkrise) Es zeigt sich, dass die Finanzindustrie in ihrer Maßlosigkeit des Guten zu viel getan hat, zu viel Geld unter die Leute gebracht hat, das nicht durch „real erwirtschaftete“ Einkommen zurück gezahlt werden kann und nun selbst zahlungsunfähig wird. Große Kreditinstitute stehen vor dem aus und müssen gerettet werden, weil sonst das ganze Kreditgeschäft zusammenbricht. Ohne Kreditsystem aber funktioniert ein entwickelter Kapitalismus überhaupt nicht. Banken sind „systemrelevant“.

Und jetzt wird die Sache bunt, geradezu widersinnig und gewinnt an Fahrt. Der sowieso schon

teils hochverschuldete Staat nimmt bei der Finanzindustrie, die er gerade retten muss, erneut in großem Umfang Kredit auf, um einzelne „systemrelevante“ Banken vor dem Zusammenbruch zu bewahren und Konjunkturprogramme aufzulegen. Er verschuldet sich dabei in einem solchen Umfang, dass er selbst zahlungsunfähig zu werden droht. Für seine Anleihen muss er entweder enorme Zinsen zahlen oder die werten Anleger fangen an, ihm zu misstrauen und kaufen sie nicht mehr. Kaufen die Anleger die Anleihen nicht mehr ab, dann ist jedoch das Ende der Fahnenstange schnell erreicht. Kaufen sie die Anleihen zu horrenden Zinsen, dann dreht sich die Verschuldungsspirale des Staates um eine weitere letzte Windung weiter und führt letztlich zu drastischen Steuererhöhungen, wie jetzt in Griechenland, die eigentlich als kontraproduktive Todsünde schlechthin verpönt sind. Das ganze kommt aber auf jeden Fall zum Abschluss durch Staatsbankrott, worin der Zusammenbruch der kapitalistischen Marktwirtschaft ihren angemessenen Ausdruck finden wird.

III.

Der Staat war und ist ökonomisch gefragt und gefordert als Garant und Retter der kapitalistischen Marktwirtschaft, sollte und soll Rahmenbedingungen für rentable Kapitalverwertung schaffen und damit für erfolgreiches Wirtschaftswachstum sorgen. Letztlich wird er ganz unbeabsichtigt zum Sargnagel am ökonomischen Grab. Das Geld, das er für sein segensreiches Wirken anfasst, entspringt keiner autonomen Reichumsquelle, es stammt so oder so aus der gepriesenen, in immer schärfere Krisen dümpelnden Privatwirtschaft und muss durch diese „erwirtschaftet“ werden. (Alles Geld des Staates stammt aus Besteuerung von Einkommen und Umsatz von Ware und Geld, oder aus Kreditaufnahme. Wird es nicht aus dem „Wirtschaftskreislauf“ gesogen, sondern einfach in Staatsdruckereien gedruckt, dann ist es nichts wert.)

Ob der Staat spart, sich verschuldet oder Steuern erhöht, er bewegt sich immer in den Grenzen des „ökonomischen Bewegungsgesetzes der modernen Gesellschaft“, das seinem Wirken vorausgesetzt ist und dass er im übrigen ja gerade zu segensreichen Wirkung entfalten will. Sein bewusstes Eingreifen zielt auf Wirtschaftswachstum in Gestalt erfolgreicher Kapitalverwertung ab und resultiert doch letztlich im Staatsbankrott, der nichts anderes ausdrückt, als das Versagen eben dieser privatwirtschaftlichen Kapitalverwertung. Was die Pleite für das Einzelkapital, ist der Staatsbankrott für das gesellschaftliche Gesamtkapital.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 07-08/2011



Schulden, Kreditfinanzierung und Zinsen – Staat und Kapital.

Man muss sich mal vor Augen führen, was da passiert ist und weiterhin passiert:

1. Banken geraten an den Rand des Bankrotts, weil Schuldner nicht in der Lage sind, das von den Banken geliehene Geld zurück zu zahlen (Tilgung und Zinsen).
2. Zur Rettung werden einzelne Banken verstaatlicht, die Banken erhalten Geld von den Zentralbanken zum „Nulltarif“ (praktisch keine Zinsen), usw. (Banken leihen sich gegenseitig kein Geld mehr, weil sie befürchten müssen, dass die leihenden Banken selbst zahlungsunfähig werden.)
3. Staaten verschulden sich, um „Privatwirtschaft“, vor allem Banken, zu retten. Um sich zu Refinanzieren werden verstärkt Staatsanleihen ausgegeben, die natürlich von der „Privatwirtschaft“ auf dem Finanzmarkt gekauft werden sollen. (Das ist schon paradox genug!)
4. Einzelne Staaten verschulden sich so stark, dass ihre Zahlungsfähigkeit selbst in Frage gestellt ist (ähnlich der Zahlungsunfähigkeit privater Schuldner zur Beginn des Theaters). Je stärker der Fall ist, desto höher werden die Zinsen, die private Investoren für Staatsanleihen verlangen (Risikoaufschläge).
5. Private Investoren kaufen die Staatsanleihen nicht mehr, weil ihnen das Ausfallrisiko zu groß ist.
6. Zentralbanken springen ein, werfen die Gelddruckmaschine an und kaufen Staatsanleihen.

Damit ist ein Punkt erreicht, an dem der Bourgeoisie langsam aber ziemlich sicher die Mittel ausgehen, jedenfalls die noch (aber bereits umstrittenen) marktwirtschaftlichen Mittel zur Rettung der Marktwirtschaft. Was lässt sich daraus ablesen?

Die allseits umjubelte Privatwirtschaft in Gestalt der Finanzmärkte versagt. Der Staat springt als Retter ein. Aber woher nimmt der das Geld, um sich laufend zu refinanzieren? Er bekommt es von eben diesen versagenden Finanzmärkten, teils zu horrenden Zinsen. Der Staat springt damit ein für private Schuldner, damit Banken liquide bleiben, muss sich dafür aber selbst wieder bei privaten Gläubigern verschulden. Wenn diese ihm aber auch kein Geld mehr leihen, muss er es einfach kraft seiner hoheitlichen Macht drucken, was sich nicht beliebig fortsetzen lässt. Um sich weiter über den Finanzmarkt refinanzieren zu können, muss der Staat den Anforderungen privater Investoren gerecht werden. Er muss seine Zahlungsfähigkeit unter Beweis stellen, indem er drastisch spart. Er bekommt nur dann das Geld der privaten Investoren, diese kaufen nur dann seine Anleihen, wenn er seine Ausgaben kürzt oder „seine Realwirtschaft“ ordentliche Wachstumsraten ausweist. Die Ausgaben muss er vorzugsweise Kürzen beim selbst beschäftigten Personal und den sozialen Leistungen.

Das ganze Spiel dreht sich darum, die privaten Investoren bei Investitionslaune zu halten. Nur wenn ihnen eine als ausreichend erachtete Rendite winkt und gleichzeitig alles getan wird, um den einspringenden Groß- und Kollektivschuldner Staat glaubhaft zahlungsfähig zu erhalten, kann das Spiel noch ein Weile fortgesetzt werden. Bei dieser aberwitzigen Konstruktion ist es ausgemacht, dass das in einem gigantischen Crash endet. Sowohl die Zahlungsfähigkeit privater Schuldner, wie

die des Staates kann nämlich letztlich nur sicher gestellt werden, wenn die „Realwirtschaft“ in ausreichendem Umfang wächst. Nur so können Einkommen und Steuern in einem Umfang entstehen, um Schulden tilgen und Zinsen zahlen zu können. Der Finanzmarkt als Steuerungs-
zentrum von Anlagen, Investitionen und damit Steuerungs-
zentrum der gesamten Wirtschaft funktioniert auf Dauer nur, solange die „Realwirtschaft“ entsprechend wächst (Löhne, Profite, Umsatz von Ware in Geld und daraus abgeleitet direkte und indirekte Steuern). Nur so bleibt Zahlungsfähigkeit erhalten und kann das zinstragende Kapital selbst rentabel bleiben. Bleibt dieses Wachstum aus, dann werden die risikoreichen Spekulationen auf den Finanzmärkten erst zunehmen, bis es schließlich zu einer großen Verweigerung der Investoren kommt, weil die Anlagen sich für die Investoren nicht mehr lohnen, Verlustrisiko und tatsächliche Verluste einfach zu groß sind. Letztlich bleiben die Finanzmärkte vollständig abhängig von der Entwicklung der „Realwirtschaft“. Sie sind eben „nur“ Steuerungs-
zentrum für Anlagen und Investitionen in „der Wirtschaft“ und nicht „die Wirtschaft“ selbst. Der Kredit bleibt die Basis ihres Geschäftes und wenn die Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer ausbleibt, dann kollabiert der Finanzmarkt trotz des Handels mit all den schönen neuen Finanzprodukten. Versagt das Steuerungs-
zentrum „der Wirtschaft“ wegen zu geringen Wachstums „der Wirtschaft“, dann ist eine umfassende und tiefe Krise des Kapitals angesagt. Das Vorspiel liegt hinter uns, das Hauptspiel kann beginnen!

Die Entwicklung der Weltwirtschaft, soweit sich darin Wachstum der „Realwirtschaft“ ausdrückt, wird wesentlich getragen vom dynamischen Wachstum in den BRIC-Ländern, allen voran China. Zweifellos ist das Potential für kapitalistisches Wachstum in diesen Ländern enorm, es ist jedoch auch abhängig von der Entwicklung auf den großen Finanzmärkten in New York, London etc. Sofern dieses Wachstum wesentlich auf Waren-Export in die entwickelten kapitalistischen Länder beruht, kommt eine weitere Abhängigkeit von der Entwicklung in den hochentwickelten Ländern hinzu. Die weiteren Perspektiven hängen also nicht nur aber von der Entwicklung der „Realwirtschaft“ der BRIC-Ländern, sondern diese ihrerseits auch von der Entwicklung an den Finanzmärkten. Der Kollaps dieser erschütterten Finanzmärkte würde auch ein jähes Ende der wirtschaftlichen Dynamik in den BRIC-Ländern bedeuten. Die BRIC-Länder sind nicht nur zu Säulen des Weltmarktes geworden, sondern auch voll und ganz davon abhängig. Ein Versagen der Märkte in den USA und Europa könnten auch sie nicht ohne drastische Einbrüche überstehen. Und: ...man sollte sich von der aktuellen Hausse an den Börsen nicht blenden lassen!

Als Anlage noch zwei Artikel:

1. Ein Artikel aus der Frankfurter Rundschau über Privat- und Unternehmensinsolvenzen, der selbst für ein Land wie Deutschland, mit vergleichsweise großem Wirtschaftswachstum, zeigt, wie sich die Zahlungsunfähigkeit bedrohlich entwickelt.
2. Ein paar sehr interessante Anmerkungen von Wal Buchenberg

Trauriger Rekord

Verbraucher-Insolvenzen erreichen Höchststand. Noch nie waren so viele Privatleute in Deutschland zahlungsunfähig wie in diesem Jahr. Von Antje Schüddemage

Es ist ein trauriger Rekord: Die deutsche Wirtschaft glänzt mit traumhaften Wachstumsraten, die Zahl der Insolvenzanträge von Privatpersonen wird in diesem Jahr aber trotzdem einen neuen Höchststand erreichen. Die Wirtschaftsauskunftei Creditreform rechnet in ihrem Jahresbericht mit insgesamt 111 800 Verbrauchern,

die den Gang zum Amtsgericht angetreten haben. Gegenüber dem Vorjahr, als deutschlandweit 100 790 Verfahren registriert wurden, ist das ein Zuwachs um fast elf Prozent. Im krassen Gegensatz dazu steht die Entwicklung bei den Unternehmensinsolvenzen. Deren Zahl sank von 32 930 auf 32 100 – ein Rückgang um 2,5 Prozent. Damit hat sich die Hoffnung, die Zahl der privaten Pleiten würde sich angesichts der guten Konjunkturlage und der damit einhergehenden Belebung am Arbeitsmarkt abmildern, nicht erfüllt.

Doch welche Gründe stehen hinter der entgegengesetzten Entwicklung von Privat- und Unternehmensinsolvenz? Während den Unternehmen ihre fetten Gewinne aus den Jahren vor 2008 sowie staatliche Konjunkturprogramme, wie die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, durch die Krise halfen, haben die Arbeitnehmer Jahre der Lohnzurückhaltung hinter sich, die es kaum erlaubten, Vorsorge für magere Zeiten zu treffen. Im Krisenjahr 2009 nahm dann die Zahl der Arbeitslosen zu – der Verlust des Jobs ist einer der Hauptgründe für das Abrutschen in die Schuldenfalle. Ein wichtiger Faktor ist aber auch die steigende Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse.

Steigende Kosten

Damit aber nicht genug, drücken auf der Ausgabenseite gestiegene Kosten für Gesundheit, Altersvorsorge sowie Strom-, Gas- und Mietpreise das Haben. Hinzu kommt ein teilweise zu sorgloser Konsum, was der Anstieg der Konsumentenkredite belegt. Nun könnte man argumentieren, dass die Zahl der Insolvenzen ein nachlaufender Effekt ist, der die gesamtwirtschaftliche Lage mit einiger Verzögerung abbildet und deshalb die Rekordzahl an Privatpleiten krisenbedingt ist. Dem ist aber nicht so. Vielmehr sieht es so aus, als ob sich die Zahl

der Privatinsolvenzen vom Konjunkturzyklus abgekoppelt hat.

Dafür sprechen die Zahlen aus dem Creditreform Schuldneratlas 2010. Darin beziffert die Auskunftei die Zahl der überschuldeten Personen, die noch keine Privatinsolvenz beantragt haben, auf 6,5 Millionen Menschen. Das sind rund 300000 mehr als 2009. Dafür sprechen aber auch die Altersgruppen, bei denen seit einigen Jahren ein zunehmender Anteil an den privaten Pleiten verzeichnet wird: Da sind die 20- bis 29-Jährigen, die laut Creditreform überproportional stark unter prekären Arbeitsverhältnissen leiden und gleichzeitig häufig mehr konsumieren als verdienen. Und da sind die Altersklassen 50 bis 59 und 60 bis 69. Deren Überschuldung werde häufig durch Krankheit, Trennung vom Lebenspartner oder eine gescheiterte Selbstständigkeit ausgelöst, heißt es in dem Jahresbericht.

All das biete – abseits der wirtschaftlichen Entwicklung – ein enormes Potenzial für einen weiteren Anstieg der Privatinsolvenzen in den kommenden Jahren.

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/wirtschaft/verbraucher-insolvenzen-erreichen-hoehchststand/-/1472780/4880296/-/index.html>

Copyright © 2010 Frankfurter Rundschau

Wer hat das Sagen - Staat oder Kapital? (Ein Lehrstück)

verfasst von Wal Buchenberg, 03.12.2010, 08:40

Zur Zeit findet ein Zins-Wettkampf statt, der an den Wettkampf zwischen Hase und Igel erinnert. Die Staats- und Notenbank-Hasen wollen „die Märkte beruhigen“, genauer: die Zinsen niedrig halten, den Staaten und andere Schuldner zahlen müssen. Die Finanz-Igel sind davon nicht beeindruckt. Sie stehen an immer neuen Zielorten und verlangen immer neue Risikoaufschläge und höheren Zins auf ihre Kredite. Die Finanz-Igel preisen das Ausfallrisiko ein, das bisher vernachlässigt worden ist. Da ist noch einiger Nachholbedarf. Ich denke, die Staats-Hasen können diesen Wettkampf nicht gewinnen. Was tun die Notenbanken? Sie verteilen das Ausfallrisiko auf immer mehr Schultern. Also klopfen die Markt-Igel auf immer mehr Schultern und

fragen: Wie hoch ist deine Belastbarkeit? Jede „Rettungsaktion“ bringt für Finanz-Igel immer neuen Anlass zur Besorgnis und zur Überprüfung ihrer Anlagesicherheit. Mit jeder Vergrößerung und Ausdehnung der „Garantien“ wird auch die Zahl der Schuldner vergrößert, bei denen das Ausfallrisiko durch den schwereren Rettungsschirm wächst. Also werden auch dort die Risikoaufschläge steigen. Im Krisen- und Konfliktfall entscheiden nicht die Schuldner über die zu zahlende Zinshöhe, sondern die Gläubiger. Sie entscheiden, ob sie ihr Geld zu einem bestimmten Zins verleihen wollen oder nicht. Entweder die Schuldner zahlen den höheren Zins, oder die Gläubiger treten in Streik. Solche Gläubigerstreiks hat es zum Höhepunkt der Krise schon gegeben: Damals weigerten sich die Privatbanken untereinander Geld zu verleihen. Beginnende Gläubigerstreiks hat es auch gegeben, wo Staatsanleihen nicht in vollem Umfang verkauft werden konnten. Davon werden wir noch mehr sehen. Das Handelsblatt schreibt:

„Inzwischen ist es Fakt, dass viele Investoren - gleichgültig ob große oder kleine Anleger - sich schrittweise aus Anleihen der Problemländer zurückziehen.“

Auch das ist Gläubigerstreik. Die US-Notenbank kauft deshalb selbst Staatsanleihen auf. Sie reicht frisch gedrucktes Geld an ihre Regierung weiter. Das drückt auf den Dollarkurs und erhöht die Inflationserwartung. Kurz: Alles, was Notenbank-Hasen tun können und tun werden, hat zinstreibende Wirkung – auch der Staatsbankrott.

Zwar können Notenbanken innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches einen „amtlichen“ (Interbanken-)Zins festlegen. Aber sie können die Finanz-Igel nicht zwingen, zu diesem niedrigen Amtszins ihr Geld zu verleihen. Entweder muss die amtliche Zinsrate steigen oder es werden neben der offiziellen Zinsrate Schattenzinsraten entstehen, die – je nach Ausfallrisiko - deutlich höher liegen. Und neben der verlangten Zinsrate werden Aufschläge und Zusatzgebühren unter immer neuen Namen versteckt wie bei Flugtickets im Internet.

Kreditkosten sind ansteckend. Wenn Gläubiger X bereit ist bzw. gezwungen werden kann, einen Risikoaufschlag zu zahlen, warum nicht auch Gläubiger Y? Zur Zeit ist Hasenjagd in Europa. Über kurz oder lang wird auch der Dollar-Hase und der Yen-Hase von den Finanz-Igeln gehetzt werden.

Ich denke, Schulden werden für Staaten und für private Schuldner teurer werden, nicht wegen einer anziehenden Konjunktur, sondern wegen der stagnierenden Profitwirtschaft. Ich denke, die Finanz-Igel sind flinker als die Staatshasen. Moral der Geschichte:

Notenbanken und Staat/Regierung haben das Kapital („die Märkte“) nie im Griff und beherrschen „die Wirtschaft“ nicht, wie uns Anhänger des „Primats der Politik“ (Marxisten-Leninisten, Stamokap, Staatslinke, GSP etc.) weißmachen wollen.

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 2011 (Ausgabe nicht mehr zu ermitteln)

Stuttgart 21 – bloß „bürgerbewegter Protest“?

Anti-Staatlichkeit ist heute wieder ein Eckpunkt radikaler Kapitalismuskritik, doch in welchen praktischen Bewegung kann sie sich Geltung verschaffen und was soll an die Stelle des Staates treten? In seiner Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ schreibt Marx über die Pariser Kommune: *„Wenn alle großen Städte sich nach dem Muster von Paris als Kommune organisierten, könnte keine Regierung diese Bewegung durch den plötzlichen Vorstoß der Reaktion unterdrücken. Gerade durch diesen vorbereitenden Schritt würde die Zeit für die innere Entwicklung, die Garantie der Bewegung gewonnen. Ganz Frankreich würde sich zu selbsttätigen und sich selbst regierenden Kommunen organisieren, das stehende Heer würde durch die Volksmiliz ersetzt, die Armee der Staatsparasiten beseitigt, die klerikale Hierarchie durch die Schullehrer ersetzt, die Staatsgerichte in Organe der Kommune verwandelt werden; die Wahlen in die nationale Vertretung wären nicht mehr eine Sache von Taschenspielerstücken einer allmächtigen Regierung, sondern der bewusste Ausdruck der organisierten Kommunen; die Staatsfunktionen würden auf einige wenige Funktionen für allgemeine nationale Zwecke reduziert. Das ist also die Kommune - die politische Form der sozialen Emanzipation“* (Marx, *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, Dietz Verlag Berlin 1963, S. 173)

Nach meinem Kenntnisstand ist dieses „Konzept eines revolutionären Bruchs“ in der Geschichte von Marxismus und Arbeiterbewegung fast völlig unter die Räder geraten und ersetzt worden durch einen "Staatssozialismus", der die Bedeutung der zentralen Staatsmacht nicht nur betonte, sondern ihn auch entsprechend ausbaute. (Das verband sozusagen Sozialdemokratie der 2. und Kommunismus der 3. Internationale) Die Rätebewegung schien einen neuen, anderen Ansatz einer anti-staatlichen Revolution zu begründen, aber es gelang nicht Rätebewegung und Eroberung der Kommunen miteinander zu verbinden. Unter den Sozialrevolutionären setzte sich viel mehr eine „betriebszentrierte“ Betrachtungsweise durch und im Bolschewismus verband sich das mit einer allmächtigen zentralen Staatsgewalt, diesem Garanten einer Unterdrückung sozialer Emanzipation.

Was soll das mit dem „bürgerbewegten Protest“ gegen das Bahnhofprojekt in Stuttgart zu tun haben?

Erst mal gilt es festzuhalten, dass hier eine ganze Menge lohnabhängiger „Bürger“ sich in ihrer Kommune in eine wichtige Investitionsentscheidung einmischen und ihren Protest gegen Bundesbahn und Landesregierung auf die Straße tragen. Sie greifen mit anhaltendem Widerstand in die Entscheidungsmacht von Landesregierung und Konzern ein. Nein, von einem Willen zu sozialer Revolution ist diese Bewegung sicher nicht getragen, aber sie tut etwas, was den Rahmen repräsentativer bürgerlicher Demokratie im Ansatz sprengt. Sie beugt sich nicht einfach zentraler staatlicher Macht und der Investitionsentscheidung eines großen kapitalistischen Konzerns.

Der Ort dieses Widerstands ist die Kommune; eine Kommune, fest eingebunden in den bürgerlichen Staat, beherrscht durch zentralstaatliche Gewalten und weit entfernt davon, eine Kommune im Sinne der Pariser Kommune zu sein. Aber wenn das anti-staatliche Konzept der Pariser Kommune zum tragen kommen soll, dann muss der Kampf auf kommunaler Ebene ja irgendwie beginnen. Stuttgart 21 ist ein Ansatz für einen solchen Kampf. Solche Kämpfe müssten sich ausweiten, wobei es unter anderem um folgende Ziele ginge:

- Kommunalisierung von Energieversorgung (die Anti-AKW-Bewegung wäre der Boden für einen solchen Kampf)

-
- Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung
 - Kommunalisierung des Transportwesens
 - Kommunalisierung des Bildungswesens
 - schließlich Kommunalisierung aller Staatsfunktionen, einschließlich der Militärgewalt

Diese Perspektive einer anti-staatlichen Kommunalisierung wäre jedoch nur dann ein Schritt in Richtung wirklicher Selbstverwaltung, wenn er verbunden wäre mit den radikaldemokratischen Prinzipien der Pariser Kommune (jederzeitige Abwählbarkeit der Volksvertreter etc.)

Peter Trotzig, Trend-Onlinezeitung 07-08/2011